



# Landtag von Baden-Württemberg

114. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 10. Dezember 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 14:02 Uhr

Schluss: 19:56 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .	6813	Abg. Nikolaos Sakellariou SPD . . . . .	6848
1. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 (Staatshaushaltsgesetz 2015/16 – StHG 2015/16)</b> – Drucksache 15/5959		Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP. . . . .	6851
a) <b>Einzelplan 02: Staatsministerium</b> – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6002		Abg. Matthias Präfrock CDU . . . . .	6852
b) <b>Einzelplan 16: Staatsgerichtshof</b> – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6016 . . . . .	6813	Minister Reinhold Gall . . . . .	6853, 6857
Abg. Peter Hauk CDU . . . . .	6813, 6832	Abg. Thomas Blenke CDU (Kurzintervention) . . .	6857
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE. . . . .	6816, 6839	Beschluss . . . . .	6858
Abg. Claus Schmiedel SPD. . . . .	6818, 6841	d) <b>Einzelplan 15: Ministerium für Integration</b> – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6015 . . . . .	6860
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. . . . .	6822, 6837	Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU . . . . .	6861
Ministerpräsident Winfried Kretschmann . . . . .	6826	Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE . . . . .	6863
Beschluss . . . . .	6843	Abg. Gerhard Kleinböck SPD . . . . .	6865
c) <b>Einzelplan 03: Innenministerium</b> – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6003 . . . . .	6844	Abg. Andreas Glück FDP/DVP. . . . .	6866
Abg. Thomas Blenke CDU . . . . .	6844	Ministerin Bilkay Öney . . . . .	6869
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE. . . . .	6846	Beschluss . . . . .	6871
		e) <b>Einzelplan 11: Rechnungshof</b> – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6011 . . . . .	6872
		Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU . . . . .	6872
		Abg. Muhterem Aras GRÜNE. . . . .	6873
		Abg. Klaus Maier SPD . . . . .	6874
		Abg. Niko Reith FDP/DVP. . . . .	6874
		Beschluss . . . . .	6875
		Nächste Sitzung . . . . .	6875

## Protokoll

über die 114. Sitzung vom 10. Dezember 2014

Beginn: 14:02 Uhr

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 114. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr erteilt.

Krankgemeldet ist Herr Abg. Paul Nemeth.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung der Landesregierung vom 26. November 2014 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in der Landesverwaltung Baden-Württemberg im Jahr 2013 –, Drucksache 15/5976.

Ich schlage vor, diese Mitteilung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft und federführend an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

(Unruhe)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe die **Punkte 1 a und b** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 (Staatshaushaltsgesetz 2015/16 – StHG 2015/16) – Drucksache 15/5959**

### a) Einzelplan 02: Staatsministerium

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6002**

**Berichterstatter: Abg. Claus Paal**

### b) Einzelplan 16: Staatsgerichtshof

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6016**

**Berichterstatter: Abg. Claus Paal**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 02 – Staatsministerium – und des Einzelplans 16 – Staatsgerichtshof – eine Redezeit von insgesamt 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten. Innerhalb der Redezeit – das gilt für die Beratung

aller Einzelpläne – sind sowohl die allgemeinen Ausführungen zu den Einzelplänen, zu den Kapiteln und Titeln zu machen als auch die Änderungs- und gegebenenfalls die Entschließungsanträge zu begründen und zu beraten.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich in der Allgemeinen Aussprache das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Hauk erteilen.

**Abg. Peter Hauk** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die zurückliegenden Haushaltsberatungen haben wieder einmal gezeigt, dass Sie nicht kritikfähig sind, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ha, ha, ha!)

Ihre Politik des Gehörtwerdens ist schon heute, noch während dieser Legislaturperiode, ein Fall für das Haus der Geschichte.

(Beifall bei der CDU)

Sie verfolgen Ihre ureigenen Ziele ohne Rücksicht auf Verluste. Unsere zahlreichen Verbesserungsvorschläge in Form von Anträgen haben Sie rundweg abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Zu Recht! – Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Das ist bemerkenswert –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

vor allem auch die Art und Weise. Man muss auch einmal über die Art und Weise des Regierungshandelns reden. Mit Arroganz und Selbstverliebtheit gehen Sie über sachlich begründete Einwendungen einfach hinweg. Dieses Verhalten ist schlichtweg arrogant und selbstverliebt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, die eigentlich unabhängigen Landtagsmitglieder der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD folgen treu dem von der Regierung vorgelegten Haushalt, ohne ein kritisches Wort zu äußern oder offensichtliche Fehlentwicklungen zu hinterfragen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das haben Sie doch vorher schon gemacht!)

(Peter Hauk)

Ich will mich deshalb heute nur noch auf zwei wesentliche Punkte unserer Kritik konzentrieren. Erstens: Wir fordern: keine neuen Schulden, und zwar jetzt und hier.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gleich heute!)

Zweitens: Als ein klares Signal für die Personalgewinnung und für die Art und Weise, junge Menschen als Mitarbeiter für den Landesdienst zu begeistern, fordern wir, die Eingangsbeholdung für junge Beamtinnen und Beamte wieder anzuhähen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Hierzu haben wir auch dezidierte Anträge eingebracht.

Meine Damen und Herren, im Jahr 2013 haben es zehn von 16 Ländern in Deutschland geschafft, Schulden zurückzuzahlen. Bayern hat Schulden zurückgezahlt, Sachsen hat Schulden zurückgezahlt, Hessen hat Schulden zurückgezahlt, Thüringen hat Schulden zurückgezahlt, Sachsen-Anhalt hat Schulden zurückgezahlt, Niedersachsen hat Schulden zurückgezahlt, Schleswig-Holstein hat Schulden zurückgezahlt, Mecklenburg-Vorpommern hat Schulden zurückgezahlt, Brandenburg hat Schulden zurückgezahlt, ja sogar Berlin

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was?)

hat Schulden zurückgezahlt. Und Baden-Württemberg? 1,7 Milliarden € neue Schulden. Baden-Württemberg als wirtschaftsstarkes Bundesland macht immer noch Schulden. Für 2014 besteht eine Kreditermächtigung in Höhe von 1,228 Milliarden €. Aus den Vorjahren stehen noch Kreditermächtigungen von über 1,5 Milliarden € zur Verfügung. Wir sind uns sicher, dass Sie auch diese noch in Anspruch nehmen werden, um Ihre Wahlgeschenke großzügig zu verteilen.

Die CDU-geführte Landesregierung hat 2008 und 2009 gezeigt, was möglich ist. Mit einem erfolgreichen Konsolidierungskurs wurde damals erreicht, dass der Landeshaushalt zwei Jahre ohne neue Schulden ausgekommen ist – und das wohlgemerkt mit 25 % weniger Steuereinnahmen als zum heutigen Tag.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

– Danke. – Trotzdem haben wir in dieser Zeit neben dem Erreichen der Nullneuerschuldung noch einen Pensionsfonds

(Zuruf von der SPD: Oje!)

mit Rücklagen von insgesamt 500 Millionen € angelegt.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Erst durch die weltumspannende Finanz- und Wirtschaftskrise, die in Baden-Württemberg zu einem beispiellosen Einbruch der Steuereinnahmen geführt hat, wurde diese zweijährige Erfolgsperiode unterbrochen. Wir haben damals Schulden aufgenommen, um Arbeitsplätze zu sichern.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass im Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/2016 die Nullneuerschuldung zumindest für

das Jahr 2016 vorgesehen ist. Das ist, ehrlich gesagt, auch das Verdienst einer erfolgreichen Oppositionsarbeit der CDU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

– Ja, natürlich. Der Druck für Sie war doch übermächtig. Sie mussten am Ende zumindest in finanzpolitischer Hinsicht etwas vorweisen, weil Sie nicht nur als Schuldenminister – wenn alle anderen keine mehr sind – in die Geschichte eingehen wollten.

Das reicht aber nicht aus. Die Nullneuerschuldung ist bereits im Jahr 2015 möglich, und im Jahr 2014 genauso. Deshalb wollen wir die Nullneuerschuldung jetzt. Denn die Steuereinnahmen ermöglichen dies.

Ihr Doppelhaushalt 2015/2016 weist einerseits eine hohe Neuverschuldung aus, nämlich in Höhe von 768 Millionen €, andererseits ebenso hohe Zuführungen in Rücklagen, sehr hohe Rücklagen für eventuelle Mehrausgaben und Globaltitel mit sehr hohen Mehrausgaben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Aufgabe der Politik ist es, die Zukunft zu gestalten. Dazu gehört es auch, einen Haushalt aufzustellen, der Zukunft möglich macht. Deshalb sollte der Kern unserer Arbeit nicht im Streit, sondern eigentlich in der Mühe liegen, eine gemeinsame Lösung für einen schuldenfreien Haushalt zu finden.

Wir können Sie nur auffordern: Nehmen Sie Abstand von Ihrer Schuldenpolitik, kehren Sie ein auf den Weg der Konsolidierung. Unser Vorschlag: Die Nettokreditaufnahme von 768 Millionen € kann auf null zurückgeführt werden, wenn erstens die Zuführung in die Rücklage für Haushaltsrisiken um 400 Millionen € abgesenkt wird und wenn zweitens die globale Mehrausgabe für Personalausgaben und anderes um 368 Millionen € abgeschmolzen wird. Die entsprechenden Anträge der CDU-Landtagsfraktion liegen Ihnen bereits vor.

Die Aufnahme neuer Schulden zum Aufbau von unbestimmten Rücklagen ist völlig kontraproduktiv und entmachtet – aber das wollen Sie ja in Kauf nehmen – das Parlament. Denn der Gesetzgeber ist der Geldgeber des Finanzministers – nicht Pauschalen, die wir der Landesregierung hinwerfen nach dem Motto: Bedient euch, wenn es euch opportun erscheint.

Die CDU-Landtagsfraktion zeigt mit ihrem Haushaltskonzept auf, dass einerseits die Nullneuerschuldung 2015 erreichbar ist und andererseits hinreichend Spielraum im Haushalt besteht, um Haushaltsrisiken und Personalkostensteigerungen abdecken zu können. Deshalb: Handeln Sie jetzt!

Bisher kürzen Sie bestehende Ansätze im Haushalt, um sich dann kurze Zeit später für eine angeblich hohe Mittelsteigerung feiern zu lassen. So ist das etwa beim Landesstraßenbau geschehen, und so ist das auch bei den Musikhochschulen geschehen. Erst kürzen Sie um 5 Millionen €, dann kommen am Ende von Gesprächen – nach einem einjährigen Diskurs – zig Millionen Euro mehr heraus.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Probleme schütten Sie einfach mit dem Geld des Steuerzahlers zu, das Ihnen durch die gute Konjunktur in den Schoß

(Peter Hauk)

fällt. Sie vergessen dabei aber, dass dieses Geld von heute in naher Zukunft wohl nicht mehr in diesem Umfang zur Verfügung stehen wird.

Der demografische Wandel wird eine enorme Aufgabenverschiebung mit sich bringen, die von immer weniger Steuerzahlern bewältigt werden muss. Deshalb ist es ein Gebot der Stunde, die Staatsquote zu verringern. Sie aber blähen den Haushalt auf. Innerhalb von drei Jahren haben Sie es geschafft, das Haushaltsvolumen von damals 35 Milliarden € auf heute über 44 Milliarden € aufzublasen. Das ist rund ein Drittel mehr.

Dieses deutliche Plus an Mehrausgaben ist ein Armutszeugnis und auch ein Beleg dafür, dass Sie nicht fähig sind, Schwerpunkte zu setzen, wie es eigentlich die Aufgabe einer Landesregierung wäre.

Ein wichtiger Schwerpunkt, Herr Finanz- und Wirtschaftsminister, wäre z. B. die Wirtschaftspolitik. Doch diese findet in Baden-Württemberg gar nicht statt. Dabei ist eine florierende Wirtschaft die Grundlage für unseren künftigen Wohlstand. Denn nur sie generiert hohe Einnahmen.

Die Grünen wollen sich neuerdings sogar als Wirtschaftspartei darstellen. Aber schauen Sie sich doch einmal an, welche krassen Folgen das Landespersonalvertretungsgesetz oder der geplante Bildungsurlaub für die Wirtschaft haben, welche krassen Folgen es für Baden-Württemberg hat, wenn 120 Millionen € Bundesmittel für die Infrastruktur nicht abgerufen werden,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

wie das die Wirtschaft belastet, meine Damen und Herren. Das ist ein offener Angriff auf die Wirtschaft und die Unternehmen im Land.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von den Grünen)

Die Landesbauordnung bringt wieder zahlreiche grün-rote Bevormundungen, die ebenfalls eine schwere Hypothek für die Wirtschaft und für private Bauherren darstellen. Vom angeblich neu und frisch aufgefundenen Freiheitsbegriff der Grünen will man da schon nichts mehr wissen. Freiheit ja, aber nur die Freiheit, wie sie Ihnen von den Grünen gefällt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Bemerkung noch zum Thema Eingangsbesoldung. Mit dem Landesbesoldungsgesetz vom 9. November 2010 wurde die Eingangsbesoldung zum 1. Januar 2011 abgesenkt. Das war noch eine Maßnahme der alten Regierungskoalition. Dann wurde die Eingangsbesoldung durch das Haushaltsbegleitgesetz 2013/14 von Grün-Rot noch einmal abgesenkt, nämlich um 8 %. Heute ist festzustellen: Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber hat hierdurch massiv gelitten.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Wir haben heute eine andere Situation als noch vor fünf Jahren. Ihr muss man Rechnung tragen.

Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels muss auch der öffentliche Dienst viel mehr an Attraktivität gewinnen. Der Grundsatz der Bestenauslese nach Artikel 33 des Grundgesetzes steht ebenfalls einer Absenkung der Eingangs-

besoldung entgegen. Bewerberinnen und Bewerber mit den besten Abschlüssen werden nämlich bei einer wenig attraktiven Eingangsbesoldung ihre Karriere eher in der Privatwirtschaft als im öffentlichen Dienst beginnen. Der demografische Wandel wird in naher Zukunft zu einer hohen Fluktuation im öffentlichen Dienst führen. Wir fordern Sie deshalb auf, diese Kürzung der Eingangsbesoldung umgehend rückgängig zu machen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der FDP/  
DVP – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Nur so kann das Land wieder ein attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen werden.

Die Landesregierung hat die Einsparungen durch die zum 1. Januar 2013 vorgenommene nochmalige Absenkung der Eingangsbesoldung für die Besoldungsgruppen A 11 und höher sowie für die erstmalige Einbeziehung der Besoldungsgruppen A 9 und A 10 in der Begründung des Haushaltsbegleitgesetzes 2013/14 auf 55 Millionen € angesetzt. Es ist davon auszugehen, dass die reine Absenkung der Besoldung strukturelle Einsparungen – so hieß es jedenfalls im Finanzausschuss – von rund 50 Millionen € ausmacht. Eine Abschaffung der weiteren Absenkung der Eingangsbesoldung verursacht Mehrkosten in gleicher Höhe.

Wir haben deshalb einen Antrag eingereicht, der hier hoffentlich auch beschlossen werden wird, wenn Sie einsichtig sind. Eine sofortige Abschaffung der Absenkung der Eingangsbesoldung wäre wünschenswert. Die Abschaffung soll aber unseres Erachtens in zwei Schritten erfolgen, um den Landeshaushalt nicht auf einmal zu stark zu belasten. Der erste Schritt zum 1. Januar 2015 sollte darin bestehen, dass die Absenkung der Eingangsbesoldung für die niedrigeren Besoldungsgruppen A 9 und A 10 von 4 auf 0 % herabgesetzt wird. Die Absenkung der Eingangsbesoldung für die Besoldungsgruppen A 11 und höher soll von 8 auf 4 % herabgesetzt werden. Für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte soll die Absenkung nur noch ein Jahr gelten. Ab 2016 entfällt dann die Absenkung der Eingangsbesoldung vollständig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein schlüssiger Antrag mit einem schlüssigen Deckungskonzept ist ein Zeugnis dafür, wie Oppositionsarbeit schlüssig und kraftvoll geleistet werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Haushaltspolitik hingegen ist ein Armutszeugnis für Ihre eigene Politik. Statt Entschuldung Verschuldung,

(Zuruf von der SPD: Was?)

statt Schwerpunktsetzung Gießkanne, statt Zukunftschancen schwere Hypotheken für die nachkommenden Generationen. Sie versäumen es, wichtige Weichenstellungen vorzunehmen, und verteilen viel lieber das vom Steuerzahler hart erwirtschaftete Geld unter Ihrer Klientel für vermeintliche Wohltagen. Doch damit ist am Ende niemandem geholfen, außer vermeintlich Ihnen selbst. Aber ich bin sicher, die Bürgerinnen und Bürger durchschauen Ihr durchsichtiges Spiel.

Am schwersten jedoch wiegt die Tatsache, dass Sie mit diesem Haushalt für unsere Kinder und Enkel einen schweren

(Peter Hauk)

Rucksack packen, während Sie selbst derzeit mit leichtem politischen Gepäck angenehm durch die Lande reisen. Wir sind weiterhin zu einer konstruktiven Arbeit bereit. Nehmen Sie dieses Angebot an! Und ich sage es noch einmal: Nullneuerschuldung heute, Nullneuerschuldung jetzt!

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Fazit der Haushaltsberatungen, die wir geführt haben, lautet ganz anders als Ihres, Herr Kollege Hauk. Mein Fazit ist: Sie klopfen nur starke Sprüche, wir von Grün-Rot dagegen haben starke Konzepte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Im Geldausgeben! – Zurufe von der CDU)

Und ich kann Ihnen auch belegen, dass die Politik der grün-roten Regierung erfolgreich ist. Wenn ich selbst Ihnen das sage, dann glauben Sie es mir vielleicht nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nicht bloß vielleicht nicht!)

Es gibt eine Vielzahl von unabhängigen Institutionen, die dokumentieren, dass wir gute Konzepte haben und dass wir sie auch umgesetzt haben und Baden-Württemberg deshalb in vielen Bereichen sehr gut dasteht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nehmen wir einmal Punkt 1, das Thema Kinderbetreuung. Das Thema Kinderbetreuung war uns von Grün-Rot von Anfang an sehr wichtig. Deswegen haben wir mit den Kommunen den Pakt für Familien geschlossen und haben es so ermöglicht, dass die Anzahl der Plätze für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren mittlerweile auf fast 80 000 angestiegen ist, meine Damen und Herren.

Aber bei uns geht es nicht nur um Quantität – um die Frage, wie viele Plätze wir haben –, sondern bei uns besteht auch eine gute Qualität. Das beweist der Ländermonitor der Bertelsmann Stiftung zur Kinderbetreuung aus diesem Jahr. Darin heißt es: Baden-Württemberg hat im U-3-Bereich bundesweit den zweitbesten Personalschlüssel, und bei Kindern im Alter zwischen drei und sechs Jahren liegt Baden-Württemberg mit einem Schlüssel von 1 : 8 sehr nahe an den Empfehlungen der Bertelsmann Stiftung, die 1 : 7,5 empfiehlt. Baden-Württemberg schneidet hervorragend ab

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

in Bezug auf die Quantität, aber auch bei der Qualität.

Es gibt weitere Belege. Nehmen Sie die Daten des Statistischen Bundesamts. Danach landet Baden-Württemberg bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf Platz 1, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe: Ui!)

Wir sind für die Zukunft hervorragend aufgestellt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schon mal was von Erblast gehört?)

Machen wir weiter mit dem Thema Wirtschaft. Herr Kollege Hauk, Sie haben die Wirtschaftspolitik der grün-roten Landesregierung abschätzig dargestellt. In einer Studie von Ernst & Young aus dem Jahr 2014 wurden folgende Fragen gestellt: Welches deutsche Bundesland ist Ihrer Ansicht nach für eine Unternehmensansiedlung besonders attraktiv? Platz 2 für Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bestimmt wegen Grün-Rot!)

Welches Bundesland hat die meisten ausländischen Direktinvestitionen? Auch hier Platz 2.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Welches Bundesland hat die meisten Projekte mit ausländischen Direktinvestitionen? Platz 1 für Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie sehen also, wir klopfen nicht nur starke Sprüche, nein, wir haben auch gute Konzepte für ein erfolgreiches Baden-Württemberg. Das gilt auch für die Frage, wie gut Baden-Württemberg finanziell dasteht. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung im Jahr 2014: Wie sind die Bundesländer auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse aufgestellt? Auch hier ist Baden-Württemberg gut aufgestellt und landet hinter Bayern auf Platz 2.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Herr Kollege Hauk, wir kommen jetzt einmal zu Ihrer steilen These, dass wir den kommenden Generationen einen schweren Rucksack aufbürden würden. Das Gegenteil ist der Fall: Wir arbeiten daran, den schweren Rucksack,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Märchen!)

den Sie den kommenden Generationen geschnürt haben, endlich leichter zu machen, und wir werden die Schuldenbremse 2020 einhalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie stellen sich jetzt hier hin und fordern: „Keine neuen Schulden jetzt und hier.“ Ein starker Spruch. Hätten Sie von der CDU in Ihrer Regierungszeit nicht einen dermaßen dramatischen Schuldenberg angehäuft,

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

könnten wir heute ohne neue Schulden auskommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wer hat denn in den Haushaltsberatungen immer noch mehr gefordert? – Gegenruf: Sie! – Weitere Zurufe)

(Edith Sitzmann)

Wir könnten es, aber leider müssen wir für Zinsen und Tilgung Ihres CDU-Schuldenbergs 2015 1,7 und 2016 1,8 Milliarden € berappen. Ohne diese Erblast könnten wir das Ziel, das Sie hier proklamiert haben, locker erreichen. Aufgrund Ihrer verantwortungslosen Haushaltspolitik der vergangenen Jahre geht das leider nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nichtsdestotrotz werden wir in dieser Legislaturperiode drei Mal ohne neue Schulden auskommen: 2011, 2012 und 2016. Sie haben das in Ihrer jahrzehntelangen Regierungszeit genau drei Mal geschafft: 1972 – das ist lange her –, 2008 und – wie Sie gesagt haben – 2009. Aber ich kann nur sagen: Drei Mal in fünf Jahren haben Sie es nie geschafft. Wir sind mit unserer Haushaltspolitik auf einem sehr guten Weg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Um dafür auch noch einmal einen Beleg zu liefern: Nicht umsonst hat Baden-Württemberg beim Kreditrating erneut ein AAA erhalten.

(Zurufe von der SPD)

Auch Standard & Poor's erkennt also an: Baden-Württemberg ist finanzpolitisch gut und solide aufgestellt, und das ist gut so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wir sind die „AAA-Regierung“! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie sehen, wir haben überhaupt nichts verspielt. Im Gegenteil, wir haben sehr viel vorangebracht, sowohl bei der Konsolidierung, bei den Investitionen, als auch beim Sanieren. Diesen Weg der seriösen Haushaltspolitik werden wir weiterverfolgen. Alle Belege, die ich Ihnen vorgelesen habe, zeigen: Das ist richtig, und Baden-Württemberg wird so weiter gut vorankommen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Bullinger?

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Gern.

(Zuruf von der SPD: Das kann nur gut für uns sein!)

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Frau Fraktionsvorsitzende Sitzmann, trifft es zu und können Sie bestätigen, dass seit Bestehen des Landes Baden-Württemberg in 62 Jahren noch nie so viel Steuern – bei einem gleichzeitig so niedrigen Zinsniveau – eingenommen wurden?

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Das ist das, worauf die Haushaltspolitik in Baden-Württemberg seit jeher beruht. Natürlich sind wir darauf angewiesen, dass wir Wirtschaftswachstum und damit auch ein Wachstum der Steuereinnahmen haben. Sie können sich sicherlich noch gut an die Zeit der Krise erinnern, Herr Kollege Bullinger, die natürlich dafür gesorgt hat, dass sich die Auftragslage bei den Unternehmen verschlechtert hat und die Umsätze deutlich zurückgegangen sind

sowie die Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg gesunken sind. Das kann ja nicht das Ziel sein. Es ist auch so, dass wir im Zusammenhang mit den Konjunkturprogrammen, die damals zu Recht auf den Weg gebracht wurden, bis heute Mittel zurückzahlen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ist es!)

Wenn Sie die Zusammensetzung des Haushalts betrachten, dann sehen Sie: Die Einnahmen sind gestiegen, aber auch die Zuführungen in den Länderfinanzausgleich und die Personalausgaben sind deutlich gestiegen.

Das gestattet mir eine gute Überleitung zu dem Thema

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Grunderwerbsteuer ist auch deutlich gestiegen!)

„Attraktivität des öffentlichen Dienstes“. Ich kann nur sagen: Das, was Sie mit Ihrem Antrag vorhaben – den Sie hier so prominent angekündigt haben, Herr Kollege Hauk –, die globale Mehrausgabe für Personalausgaben zu kürzen, ist das Gegenteil von einem attraktiven öffentlichen Dienst. Sie schlagen damit nämlich eine Nullrunde für die Beamtenschaft vor.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Dieser Antrag bedeutet null Erhöhung für die Beamtenschaft. Wenn Sie das schon vorschlagen, dann sollten Sie auch dazu stehen, dass das Ihr Einsparbeitrag ist. Sie haben das auch hier genannt. Sie wollen bei diesem Globaltitel 368 Millionen € herausnehmen und damit die Nullneuschuldung erreichen. Dann müssen Sie aber auch sagen, dass es nicht nur null Schulden, sondern auch null Tariferhöhung für den öffentlichen Dienst gibt. Das wollen wir nicht. Wenn die CDU das will, dann sagen Sie das hier, und dann stehen Sie auch dazu.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie haben hier an dieser Stelle auch gesagt, es seien alle Verbesserungsvorschläge der Opposition abgelehnt worden. Das ist nicht richtig. Im Finanzausschuss wurde jeder Vorschlag geprüft und diskutiert. Es gab durchaus auch interfraktionelle Anträge, bei denen wir uns auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt haben.

Ich nenne nur drei Beispiele. Es gibt interfraktionelle Anträge zum Thema Jugendkunstschulen. Es gibt interfraktionelle Anträge zum Thema Tagesmütter. Außerdem gibt es einen interfraktionellen Antrag zur Erwachsenenbildung im ländlichen Raum. Das haben wir gemeinsam auf den Weg gebracht, wie viele andere Anträge auch.

Das belegt: Ihre Kritik ist nicht gerechtfertigt. Wir haben im Finanzausschuss diesen Doppelhaushalt gemeinsam gut beraten. Dafür danke ich explizit allen Kolleginnen und Kollegen, die daran mitgewirkt haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Der CDU müssen Sie noch danken!)

Sie haben heute wiederholt starke Sprüche geklopft, aber die konkreten Umsetzungskonzepte lassen weiter auf sich warten.

(Edith Sitzmann)

Ich habe es gerade schon einmal gesagt: Das, was Sie mit Ihren Haushaltsanträgen vorgelegt haben, würde eine Nullrunde für die Beamtenschaft bedeuten.

Außerdem tragen Sie die Erhöhung der Mittel für den Straßenbau nicht mit. Sie haben es abgelehnt, dass wir in den Jahren 2015 und 2016 die Investitionen in den Straßenbau erhöhen. Dabei ging es um zusätzliche 100 Millionen € für Landesstraßen und um 15 Millionen € für Radwege.

Herr Kollege Hauk, wenn Sie das ablehnen, dann erwarte ich aber auch, dass Sie dazu stehen und das sagen, wenn Sie im Land unterwegs sind. Dann müssen Sie deutlich machen, dass Sie in diesen Bereich nicht mehr investieren wollen. Wir hingegen wollen in diesen Bereich mehr investieren.

Meine Damen und Herren, auch das ist eine wichtige Investition für Baden-Württemberg. Das ist ein Punkt, bei dem Sie sich unglaublich machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte noch einen weiteren Punkt zur Verkehrspolitik ansprechen. Sie haben wieder eine dubiose Zahl von 120 Millionen € in den Raum gestellt. Wie sich diese Zahl zusammensetzen soll, das ist mir schleierhaft.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja das Problem!)

Ich nehme einmal an, Sie schüren weiter die Mär, es seien 100 Millionen € vom Bund nicht abgerufen worden. Meine Damen und Herren, das ist x-mal besprochen und x-mal widerlegt worden, auch von der Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium. Es hat sich lediglich um 5 Millionen € gehandelt. Ich verlange von Ihnen ein Mindestmaß an Redlichkeit

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das sagt die Richtige!)

und erwarte, dass Sie die Zahlen verwenden, die real sind. Hören Sie endlich auf, Märchen zu erzählen und damit durchs Land zu reisen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

An dieser Stelle muss ich Sie darauf hinweisen, dass wir Debatten geführt haben, in denen es um den Ankauf von „Steuer-CDs“ ging. Sie erinnern sich vielleicht. Ich erinnere Sie daran, dass CDU und FDP/DVP damals den Ankauf von „Steuer-CDs“ abgelehnt haben.

(Zuruf von der SPD: Ja! – Zuruf von der CDU: Das war auch richtig!)

Mittlerweile hat der Ankauf von „Steuer-CDs“ zu 25 124 Selbstanzeigen geführt, allein 7 000 in diesem Jahr. 2 Milliarden € Kapitalerträge wurden nacherklärt. Das bedeutet Steuermehreinnahmen in Höhe von 574 Millionen €.

Meine Damen und Herren, ich finde, es war richtig, das zu tun. Sie hätten dafür gesorgt, dass diese Steuereinnahmen dem Landshaushalt verloren gehen. Also auch hier: Starke Sprüche, aber Konzepte haben Sie keine. Wir haben den richtigen

Weg eingeschlagen, der der Steuergerechtigkeit und der Haushaltskonsolidierung dient.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Hauk, ferner haben Sie sinngemäß gesagt, die Grünen hätten wirtschaftspolitisch nichts auf der Pfanne.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

– Applaudieren Sie nur.

Lassen Sie mich Herrn Wolf zitieren:

(Zuruf von der SPD: Wer?)

*Wir fühlen uns bei den Grünen im Land in vielen Themen gut aufgehoben.*

Weiter sagt er, die baden-württembergischen Grünen seien fach- und sachorientiert und hätten erkannt, worauf es ankommt, um ein wirtschaftlich starkes Land wie Baden-Württemberg an der Spitze zu halten.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Recht hat der Mann!)

Das ist ein Zitat von Herrn Wolf, aber nicht von Ihrem Herrn Wolf, sondern von Metall-Arbeitgeber-Chef Stefan Wolf. Die Wirtschaft teilt Ihre Meinung also nicht. Das ist auch richtig und gut so.

(Beifall bei den Grünen)

Fazit, meine Damen und Herren: Baden-Württemberg ist mit Grün-Rot auf einem guten Weg. Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 haben wir das umgesetzt, was wir uns vorgenommen haben,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

nämlich den Dreiklang von Konsolidieren, Investieren und Sanieren. Das Land ist bei vielen Rankings sehr gut platziert. Wir haben alles dafür getan, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft ein wirtschaftlich erfolgreiches und starkes Land bleibt, in dem es darüber hinaus einen guten gesellschaftlichen Zusammenhalt gibt. Daran werden wir weiter arbeiten. Der Haushalt, den wir zu beschließen haben, stellt die Weichen dafür, dass es auch im nächsten und im übernächsten Jahr so weitergehen kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hauk, Sie haben sich zu Beginn Ihrer Ausführungen bemüht gesehen, die Art und Weise des Regierens aus Ihrer Sicht zu bewerten. Deshalb erlaube ich mir, den aktuellen Zustand der CDU aus unserer Sicht zu bewerten.

(Staatssekretär Ingo Rust: Sehr gut! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn es dem Haushalt des Landes dient, bitte schön! – Weitere Zurufe – Unruhe)

(Claus Schmiedel)

Am vergangenen Freitag wurde das Ergebnis der Abstimmung darüber, wer an der Spitze der CDU in den Wahlkampf ziehen soll, bekannt gegeben. Da wurde der Spitzenkandidat nominiert. Diese Wahl des Spitzenkandidaten wurde verbunden mit dem Versprechen: Ab jetzt beginnt die Erneuerung der CDU.

(Staatssekretär Ingo Rust: Was haben die die letzten zwei Jahre gemacht? – Zuruf: Wer hat das gesagt?)

Gestern um 19:30 Uhr konnte jeder in Baden-Württemberg in den Nachrichten des dritten Fernsehprogramms mitverfolgen, in welcher Art und Weise die Erneuerung der CDU in Baden-Württemberg beginnt, nämlich mit dem Bruch eines Versprechens.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Waren Sie nicht bei den evangelischen Bischöfen?)

Es war der Bruch eines Versprechens, das ausgemacht wurde beim Start des Rennens um das Amt des Spitzenkandidaten, nämlich des Versprechens, dass sich der amtierende Landtagsfraktionsvorsitzende Hauk an diesem Rennen nicht beteiligt und dafür bis zum Ende dieser Wahlperiode seine Position als Vorsitzender der CDU-Fraktion behält.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Was Sie alles wissen!  
– Gegenruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Vielleicht bekommt er auch E-Mails vom Büro!)

Um 19:30 Uhr wird er mit der Frage konfrontiert, wie er es beurteilt, dass der neue Spitzenkandidat der CDU, der Erneuerer, seine Tätigkeit damit beginnt, dass dieser über die Medien verkündet, dass er jetzt nach dem Fraktionsvorsitz der CDU greift. Dies kommentiert der amtierende Fraktionsvorsitzende Hauk mit der Aussage, das habe er auch überrascht zur Kenntnis genommen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Auf die Frage, ob dies ein Wortbruch sei, hat er geantwortet, eigentlich gelte das Versprechen noch.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: „Eigentlich“!)

Daraus schließen wir zweierlei: Der Landtagswahlkampf und die Erneuerung der CDU beginnen mit einem Wortbruch. Der Stil, mit dem dieser Wortbruch begangen wird, nämlich nicht in einem direkten Gespräch, sondern über die Medien zu klären, was zu klären ist, ist bezeichnend. Das gab es nach meiner Erinnerung in der Geschichte Baden-Württembergs noch nie zuvor.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Ministers Dr. Nils Schmid – Abg. Karl Zimmermann CDU: Da applaudiert der Minister noch! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU – Unruhe)

Jetzt kommen wir zum Haushalt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wäre schön! Sagen Sie noch ein paar Sätze zum Haushalt! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie haben markig hier und jetzt die Nettonull verlangt. Angeblich haben Sie auch Deckungsvorschläge vorgelegt. An dieser Stelle möchte ich das ergänzen, was die Kollegin Sitzmann schon gesagt hat. Ihr wesentlicher Deckungsposten ist die Kürzung der globalen Mehrausgabe für Personalausgaben

(Abg. Werner Raab CDU: Von Steuern versteht er was!)

um 368 Millionen € auf 424,9 Millionen €. Mit dem Betrag, der nach Ihrem Antrag noch übrig bliebe, könnte gerade einmal die Tariflohnerhöhung von 2014 im Jahr 2015 bezahlt werden, neue Tarifabschlüsse in den Jahren 2015 oder 2016 aber nicht; dafür wäre nichts mehr da, kein Geld mehr in der Kasse.

(Staatssekretär Ingo Rust: Was?)

Das heißt, Sie wollen den Beamten in Baden-Württemberg eine Nullrunde zumuten.

(Zuruf von der CDU: Quatsch! – Staatssekretär Jürgen Walter: Typisch Allerweltpartei!)

Woher kommt es denn, dass Baden-Württemberg den Zahlen des Statistischen Bundesamts zufolge nach Bayern bei der Besoldung der Landesbeamten direkt an zweiter Stelle kommt? Es kommt daher, dass wir den ehernen Grundsatz verfolgt haben: Wir verschieben zwar die Tarifierhöhung, aber wir setzen sie inhaltlich 1 : 1 um, damit die Beamten entsprechend partizipieren. Das ist dann auch gelungen. Was Sie vorschlagen, ist eine Nullrunde, die die Beamten in Baden-Württemberg auf Dauer belastet und von der Entwicklung abhängt. Deshalb lehnen wir das mit aller Entschiedenheit ab.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nun zu Ihren Vergleichen, was man alles mit den Bruttosteuerermehreinnahmen hätte machen können,

(Abg. Klaus Herrmann CDU meldet sich. – Abg. Matthias Präfrock CDU: Zwischenfrage!)

etwa Schulden tilgen und Sonstiges, auch die Reduzierung der Eingangsbesoldung zurücknehmen. Da muss ich Ihnen jetzt noch einmal ein paar Zahlen dagegensetzen. Im Vergleich zu 2010 – das war das letzte komplette Jahr, in dem Sie Regierungsverantwortung hatten – steigen im Jahr 2016 die Steuereinnahmen um 8,8 Milliarden € bzw. um 35,5 %. Der Etat steigt im Vergleich zu 2010 um 7,3 Milliarden € und damit um 19,8 %. Ihre These, das würde 1 : 1 in Haushaltsaufblähungen umgesetzt, wird allein schon dadurch widerlegt. Es geht also um 7,3 Milliarden € mehr.

(Glocke der Präsidentin)

Davon gehen in den Länderfinanzausgleich – also ohne dass wir etwas zu entscheiden hätten – 1,5 Milliarden € mehr, in den kommunalen Finanzausgleich 1,9 Milliarden € mehr, und die sonstigen Zuweisungen an die Gemeinden betragen 0,76 Milliarden € mehr.

(Glocke der Präsidentin)



**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Abgeordneter,

(Abg. Konrad Epple CDU: Endlich!)

gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Herrmann?

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Das lenkt ein bisschen von Ihrer albernem Rede ab!)

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Gern, Herr Herrmann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Gern? Gern nicht!)

**Abg. Klaus Herrmann** CDU: Herr Kollege Schmiedel, ich hatte mich schon vorhin zur Zwischenfrage gemeldet, als Sie gesagt haben, dass der Einsparvorschlag der CDU eine Nullrunde für Beamte bedeuten würde. In diesem Zusammenhang meine Frage: Ist Ihnen bekannt, dass die grün-rote Landesregierung im Haushaltsjahr 2012 397 Millionen € weniger Personalausgaben hatte als eingeplant, im Jahr 2013 775 Millionen € weniger Personalausgaben hatte als eingeplant, also einen außerordentlich großen Puffer hatte, der mit Sicherheit auch in den Jahren 2014 und 2015 wieder in dieser Größenordnung vorhanden ist? Damit kann man locker eine Nullrunde für Beamte im Jahr 2015 verhindern. Ist Ihnen das bekannt?

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Mir ist natürlich bekannt, dass es Überschüsse bei der Personalbewirtschaftung gab. Das hat auch seine Gründe. Denn es war nicht absehbar, inwiefern bzw. in welchem Umfang von der Möglichkeit der Lebensarbeitszeitverlängerung Gebrauch gemacht wird. Dies geschah in stärkerem Umfang als erwartet. Aber da wir jetzt wissen, dass diese Möglichkeit stärker als erwartet angenommen wird, ist das natürlich eingepreist und schreibt sich nicht automatisch fort.

Die Beamten im Finanzministerium schauen sich doch die Entwicklungen an und korrigieren dann vorgegebene Entwicklungen gemäß der Realität. Das passiert hier auch. Deshalb kann man überhaupt nicht davon ausgehen, dass sich dies wiederholt, sondern es ist wichtig, dass wir für Tarifierhöhungen, die voraussichtlich in ähnlicher Höhe wie beim Bund stattfinden werden, Vorsorge treffen. Wir wollen, dass die Beamten an dieser Tarifierhöhung teilhaben, und deshalb bleibt dies so vorgesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zurufe der Abg. Klaus Herrmann und Karl Zimmermann CDU)

Wenn wir also in Abzug bringen, was ohne eigene Entscheidung übertragen wird, dann bleiben von den Steuermehreinnahmen, in Haushaltsvolumen umgesetzt, 400 Millionen € mehr gegenüber 2010 übrig. Dem ist noch entgegenzusetzen, dass die laufenden Kosten unserer Einrichtungen im Laufe dieser sechs Jahre um 800 Millionen € steigen und die freie Wohlfahrtspflege um 0,35 Milliarden € höhere Ansprüche hat. Damit sind wir schon deutlich über dem Niveau, das wir an Steuermehreinnahmen haben, ohne dass wir irgendetwas grundsätzlich neu gestaltet hätten.

Das zeigt: Das, was wir für die Neugestaltung aufwenden, was wir auch im Bildungsbereich investieren, kommt nicht durch Steuermehreinnahmen hereingeregnet, sondern ist hart erwirtschaftet und erspart. Deshalb ist es einer guten Haushaltsführung zu verdanken, dass wir eigene Schwerpunkte setzen können, ohne stärker in die Verschuldung gehen zu müssen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ein letztes Fazit zur Verschuldung.

(Der Redner hält eine Grafik hoch. – Zurufe von der SPD: Ah!)

Sie sehen hier zwei große Balken; sie sind ungefähr gleich hoch. Der eine Balken zeigt die zusätzliche Nettokreditaufnahme – also monetäre Schulden – in dieser Wahlperiode. Dem gegenüber steht der Abbau des Sanierungsstaus – das ist zufälligerweise der grün gekennzeichnete Block –

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

um mehr als 1 Milliarde € sowie die Zuführungen in die Pensionsrücklage bzw. in den Pensionsfonds. Sie sehen: Wenn man implizite und monetäre Verschuldung gegeneinander aufrechnet, dann bleibt sogar noch ein kleines Plus.

(Zuruf von den Grünen: Sehr gut!)

Das heißt, unter dem Strich ist in dieser Wahlperiode für das Land Baden-Württemberg und dessen Bürger eine Nullneverschuldung eingetreten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf: Bravo! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen aus vielen Umfragen, auch aus neuen Umfragen, dass die Menschen in Baden-Württemberg stolz auf ihr Land sind,

(Zuruf von der SPD: Auf ihre Regierung!)

stolz auf die Leistungskraft, stolz auf die wirtschaftliche Stärke, stolz auf das Einkommen und darauf, was man damit machen kann,

(Abg. Walter Heiler SPD: Auf den VfB!)

stolz auf das gute Leben in Baden-Württemberg. Dieser Stolz ist auch berechtigt. Denn man ist letztlich stolz auf den eigenen Beitrag, den man zu diesem guten Leben in Baden-Württemberg, zu dieser guten Arbeit als Werker in der Fabrik, als Verwaltungsangestellter in den Verwaltungen, als Krankenschwester in den Krankenhäusern oder als Lehrer in den Schulen leistet. Man ist stolz, dass man einen eigenen Beitrag dazu geleistet hat, dass es Baden-Württemberg so gut geht, wie dies derzeit der Fall ist.

Deshalb – das sind unsere Schwerpunkte, nach denen Sie, Herr Kollege Hauk, gefragt haben – sind die Schwerpunkte so gesetzt, dass wir den Rahmen, innerhalb dessen sich die wirtschaftlichen Akteure, die Arbeitnehmer, die Unternehmen, das Handwerk, der Mittelstand, die Schulen, die Krankenhäuser und Mobilität entwickeln, so aufstellen, dass Baden-Württemberg vorn an der Spitze bleibt.

(Claus Schmiedel)

Deshalb ist es eine zentrale Aufgabe, die der Wirtschaftsminister wahrnimmt und die sich in diesem Haushalt wiederfindet, dass die gute Technologie, die die in Baden-Württemberg hergestellten Produkte prägt, dass die hohe Wettbewerbsfähigkeit aufgrund des technologischen Vorsprungs auch für die Zukunft gesichert wird.

Darum investieren wir in die Leichtbauagentur, in die Erneuerbare-Energien-Agentur. Darum unterstützen wir Forschungsinstitute beim wichtigsten Thema der Energiewende, der Energiespeicherung, etwa das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung in Stuttgart oder die Entwicklung der Redox-Flow-Technologie in Pfinztal oder das Batterieforschungszentrum in Ulm.

Deshalb helfen wir auch mit dem Projekt „Industrie 4.0“ und der digitalen Stabsstelle, die wir mit diesem Haushalt im Staatsministerium gründen werden, mit – und zwar erfolgreich –, dass im Dialog der Landesregierung mit der Wirtschaft im Land die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft gestärkt wird und gute Arbeit, Wachstum und Wohlstand auch in Zukunft in Baden-Württemberg garantiert sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie kritisieren in fast jeder Debatte ein angebliches Unterlassen beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Aber Fakt ist einfach: Unter Verkehrsminister Winne Hermann

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da blüht das Land!)

sind mehr Straßen gebaut worden als in jeder Wahlperiode zuvor.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich weiß nicht, ob er sich das von Anfang an gewünscht hat,

(Heiterkeit)

aber er macht's, und das ist das Entscheidende.

(Staatssekretär Ingo Rust: Straßen-Winne!)

Deshalb haben wir noch einmal einen Lückenschluss beschlossen, damit wir dort, wo seit fünf, zehn oder 15 Jahren Infrastruktur besteht, die aber noch nicht verbunden ist, die Lücken schließen und die Mobilität verbessern können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir unterstützen den öffentlichen Personennahverkehr. Wir unterstützen auch den Radverkehr – ein in Baden-Württemberg leider in der Vergangenheit unterschätztes Mobilitätsangebot, das die Straßen wesentlich entlasten kann.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Unser Ziel ist es, in den Städten 20 % des Verkehrs über Fahrradmobilität abzuwickeln. Da muss man investieren, da muss man die Rahmenbedingungen schaffen. Das machen wir,

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie hätten das schon längst einführen können! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rück CDU)

aber nicht aus Eigennutz, sondern damit die Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger und vor allem für die Wirtschaft auch in Zukunft gewährleistet wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Aha!)

Wir müssen die Familien unterstützen. Edith Sitzmann hat schon auf das hohe Niveau an Quantität und Qualität bei der Kleinkindbetreuung hingewiesen. Aber Sie haben die Ganztagsgrundschule jahrzehntelang vernachlässigt. Bei unserer Regierungsübernahme waren wir Schlusslicht in der Bundesrepublik Deutschland, was die Zahl von Ganztagsgrundschulen anbelangt. Wir haben ein Gesetz gemacht – endlich, nach 50 Jahren Versuchsschulen –, das definiert, was unter einer Ganztagsgrundschule zu verstehen ist.

Das hilft den Kindern, weil die Aufgaben in der Schule gemacht werden, sodass – unabhängig davon, ob jemand daheim ist, der mithelfen kann – jeder die gleichen Chancen hat, weiterzukommen. Und es hilft natürlich den Familien, weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dringend eine Ganztagsgrundschule erfordert. Deshalb leisten wir in diesem Bereich einen richtigen Beitrag. Familien müssen auch entlastet werden.

Wir alle haben beobachtet, mit welchen Trippelschritten Sie sich auf Ihrem Parteitag

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Glocke der Präsidentin)

der Abschaffung der kalten Progression oder wenigstens einer Reduzierung der kalten Progression genähert haben. 2017 fangen wir an;

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer hat das denn im Bundesrat abgelehnt?)

das ist viel zu spät. Aber jetzt sage ich einmal Folgendes: Wer in Baden-Württemberg Kinder auf Hochschulen hat – unterstützt, Sie würden vielleicht doch die Wahl gewinnen –,

(Zuruf von der CDU: Aha!)

dem würde eine Einsparung bei der kalten Progression überhaupt nichts nützen, weil Sie Familien, die ein Kind auf der Hochschule haben, mit 1 000 € pro Jahr belasten würden. Bei zwei Kindern wären es 2 000 €. Glauben Sie, der Facharbeiter bei Daimler oder Bosch hat irgendetwas von der Einsparung bei der kalten Progression, wenn Sie hinterher mit 1 000 oder 2 000 € zulangen?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Deshalb haben Sie es bei der Grunderwerbsteuer wieder geholt, und zwar auf einmal! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Wir müssen die Kommunen stärken. Unsere Kommunen in Baden-Württemberg sind traditionell besser ausgestattet als Kommunen in anderen Ländern – auch besser als in Bayern. Aber da hat sich doch vor der Wahl viel angestaut. Ich erinnere an den Streit über die Unterstützung der Kleinkindbetreuung. Die Kommunen haben gesagt: „Wir warten noch einmal ab, und wenn die CDU wieder gewinnt, gehen wir sofort

(Claus Schmiedel)

vor Gericht.“ Jetzt hat sie nicht gewonnen, und wir haben mit den Kommunen verhandelt. Sie sind nicht vor Gericht gegangen, sondern wir haben einen Pakt für die Familien geschlossen, in dem klar geregelt ist: 68 % der Betriebskosten für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren kommen vom Land.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben übrigens auch einen Pakt geschlossen, was den kommunalen Finanzausgleich anbelangt. Deshalb regnet es den Kommunen richtig rein. Deshalb steigen auch die Zuweisungen. Deshalb sind sie insgesamt sehr gut ausgestattet, um das bereitstellen zu können, was die Familien in Baden-Württemberg für gutes Leben – in Freizeit, Sport und Kultur – brauchen.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Deshalb setzen wir diesen Weg fort. Wir haben einen Pakt über die Grundschulen geschlossen und werden jetzt auch einen über die Inklusion schließen. Diese Landesregierung, diese Koalition ist so kommunalfreundlich, dass selbst der schwärzeste Oberbürgermeister oder Bürgermeister, den wir besuchen, nicht umhinkommt, zu sagen: „Herr Schmiedel, das, was Sie machen, ist wirklich toll. Auf diese Landesregierung ist Verlass. Das ist eine richtig gute Partnerschaft, die wir fortsetzen wollen.“

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der CDU: Wer hat das gesagt? – Abg. Thomas Blenke CDU: Wer war das?)

Fortsetzen wollen wir nach der nächsten Landtagswahl auch diese Koalition. Die Ergebnisse können sich sehen lassen, und wir sind ganz sicher, wenn wir um eine Fortsetzung des Mandats werben und bitten und Wahlkampf machen, dass sich das unter dem Strich auszahlt und das Land Baden-Württemberg auch in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts gut regiert in eine gute Zukunft geht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf: Schulen machen!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der Tagesordnung steht der Haushalt des Staatsministeriums.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jawohl!)

Das ist traditionsgemäß der Anlass für eine Aussprache über die Politik des Ministerpräsidenten und nicht für eine Aussprache über Führungsfragen von einzelnen Fraktionen, Herr Kollege Schmiedel.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch!)

Deshalb möchte ich mich auch mit der Politik des Ministerpräsidenten befassen. Sonst bekommt er am Ende noch den Eindruck – wenn man die bisherige Debatte verfolgt hat, hält man das für möglich –, er wäre nicht so wichtig in diesem Landtag von Baden-Württemberg.

Zunächst das Positive, das Lob, Herr Ministerpräsident: Es war gut und richtig, dass Sie im Bundesrat dem Asylkompromiss zugestimmt haben. Das war nützlich im Interesse des Landes Baden-Württemberg, und es war gut, dass Sie an dieser Stelle die Landesinteressen über grüne Parteiideologie gestellt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es war auch gut, Herr Ministerpräsident, dass Sie, als dieser Karikaturenstreit ausgebrochen ist, klar Position bezogen und klar deutlich gemacht haben: In Deutschland und im Besonderen in Baden-Württemberg herrscht Meinungsfreiheit, und es kann nicht sein, dass ein türkischer Staatspräsident erklärt, bestimmte Karikaturen dürften in Baden-Württemberg nicht erscheinen. Denselben Mut hätte ich mir vom Kultusminister gewünscht, der sich hinter dem Verlag versteckt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Nun kommen wir zu den eher kritischen Teilen Ihres Regierungshandelns.

(Zuruf von der CDU: War das schon alles Positive?)

Wir haben über den Haushalt geredet, und den Haushalt, meine Damen und Herren, verantwortet vor allem der Ministerpräsident. Wir haben festgestellt, dass seit 2010 die Steuereinnahmen um rund 9 Milliarden € gestiegen sind und Ihre Landesregierung diese 9 Milliarden € auch zusätzlich ausgibt. Das kann man schwarz auf weiß nachlesen. Herr Schmiedel, da können Sie auch mit irgendwelchen Statistiken kommen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Solche Statistiken kann ich Ihnen auch vorlegen und könnte Ihnen ausrechnen, dass das Land Baden-Württemberg in den 60 Jahren seines Bestehens noch keine neuen Schulden gemacht hat – wenn man so rechnet, wie Sie rechnen, Herr Kollege Schmiedel.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Was? – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wenn man die Benefits des Geldes, das man ausgibt, mit einrechnet, gibt es im Grunde auch keine neuen Schulden.

Bei dieser Ausgabenpolitik, Herr Ministerpräsident, wird auch deutlich, dass diese grün-rote Lüge von der Erblast in keiner Weise zutrifft. Es ist nicht eine Folge schwarz-gelber Haushaltspolitik,

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

dass Sie jetzt zusätzlich Geld ausgeben, sondern das sind Ihre eigenen Ausgaben. Bei 9 Milliarden € zusätzlichen Steuereinnahmen kann man wirklich nicht behaupten, die eigenen Schulden seien die Schuld der Vorgängerregierung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Man sieht auch an allen Ecken und Enden, wo Sie Ihren Volksbeglückungswahlkampf schon angefangen haben. Ich finde es schon apart, Herr Ministerpräsident, dass Sie jetzt der Oppo-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

sition ein Stillhalteabkommen anbieten: „Wir wollen jetzt ein ganzes Jahr lang keinen Wahlkampf führen.“ Die Opposition soll stillhalten, damit Sie in dieser Zeit mit dem Scheckbuch durchs Land fahren können, um Geld zu verteilen. Diesen Vorschlag finde ich schon hochinteressant. Das bezeichnen Sie natürlich nicht als Wahlkampf – das ist klar –, sondern das ist Regierungskunst.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Winfried Mack CDU)

Diese Regierungskunst des Geldausgebens geht dann bis drei Wochen vor der Wahl, und dann darf die Opposition Wahlkampf machen. Herr Ministerpräsident, so schlau sind noch mehr.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Gruber?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Aber sicher.

**Abg. Gernot Gruber** SPD: Ich will gar nicht bewerten, wer für welche Schulden welche Verantwortung trägt.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Schade.

**Abg. Gernot Gruber** SPD: Meine Frage an Sie als Haushaltspolitiker, weil Sie gerade gesagt haben, neue Schulden hätten mit alten Schulden gar nichts zu tun: Wissen Sie, wie viel Zinsen für die alten Schulden gezahlt werden müssen?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Kollege Gruber, wir zahlen mit Sicherheit nicht 9 Milliarden € Zinsen, sondern die 9 Milliarden €, die Sie einerseits eingenommen haben und andererseits wieder ausgeben, haben mit Ihrer Regierungspolitik zu tun. Man braucht im Grunde keine höhere Schule besucht zu haben, um das nachzuvollziehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Gernot Gruber SPD: Ich habe eine höhere Schule besucht!)

Man sieht ja auch, wie diese Politik beispielsweise vom Kollegen Schmiedel vollzogen wird. Er ist im Moment wie das Christkind im Land unterwegs. Zweimal innerhalb einer Woche war er in Karlsruhe und hatte jeweils einen dicken Scheck dabei.

Ihr Wirken erinnert mich an das Weihnachtsmärchen von Charles Dickens. Darin gab es einen Geizhals, Ebenezer Scrooge, der irgendwann in der Nacht einmal vom Geist eines Verstorbenen heimgesucht wurde. Dieser hat ihn durch das Land geführt und ihm gezeigt, wo überall Not ist. Anschließend ist er dann wieder aufgewacht, war geläutert und ist durch das Land gezogen und hat sein Vermögen verschenkt.

So ähnlich ist es bei „Ebenezer Schmiedel“, der in der Vergangenheit offenbar gegenüber den Beamten geizig war. Dann ist ihm wahrscheinlich irgendwann in der Nacht der Geist von August Bebel erschienen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

hat ihn durch das Land geführt, und als er wieder aufgewacht ist, war er geläutert. Seither verschenkt er das Geld. Der Un-

terschied ist nur: Ebenezer Scrooge hat sein eigenes Vermögen verschenkt, „Ebenezer Schmiedel“ hingegen verschenkt das Geld des Steuerzahlers. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Heiterkeit des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Gern.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ohne Taschenrechner! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt erzählt er von seinem Traum!)

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Herr Kollege Rülke, war es auch der Geist von Bebel, der Sie in Karlsruhe dazu gebracht hat, anzukündigen, dass Sie eine namentliche Abstimmung über diesen Zuschuss für Karlsruhe beantragen wollen?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Kollege Schmiedel, das war nicht der Geist von August Bebel, sondern der von Friedrich Naumann, der mich dazu gebracht hat.

(Heiterkeit des Abg. Konrad Epple CDU)

Im Übrigen wäre unsere Politik eine andere. Sie streichen erst – beispielsweise der Europäischen Schule in Karlsruhe – das Geld, damit Sie anschließend als Weihnachtsengel wieder einschweben können und erklären können: „Hier bekommt ihr es zurück.“ Wäre es nicht einfacher, das Geld gar nicht erst zu streichen, Herr Kollege Schmiedel?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben ebenfalls Anteil an dieser Haushaltspolitik. Im Sommer wurde darüber gestritten, ob die Schuldenbremse ab 2016 oder ab 2020 wirkt. Dann kam Ihr Finanzminister und hat erklärt: Erst ab 2016 macht er keine Schulden. Dann hat der Ministerpräsident erklärt: Nur dann, wenn das nachhaltig sei. Hinterher haben Sie das bestritten. Ich darf aus dem Plenarprotokoll der 111. Sitzung vom 12. November Herrn Staatssekretär Rust zitieren. Er ist inzwischen geflüchtet, aber im Plenarprotokoll ist er verewigt. Ich zitiere Herrn Staatssekretär Rust:

*Erstens eine Richtigstellung: Der Ministerpräsident – das hat er mir gerade noch einmal bestätigt – hat nicht gesagt, dass es keine Eintagsfliege sein soll und die Neuverschuldung dauerhaft auf null sein soll, sondern dass sich die Neuverschuldung innerhalb eines Rahmens von maximal einer halben Milliarde bewegen soll. Das wird der Fall sein. Wenn Sie zitieren, dann bitte richtig, Herr Rülke.*

Ich habe mir noch einmal angeschaut, was der Ministerpräsident gesagt hat – „Mannheimer Morgen“ vom 4. Juni 2014; ich zitiere –:

*„Für 2016 liegt alles auf der Hand“, gibt Kretschmann zu. Doch das reicht ihm nicht. Den Verzicht auf neue Schulden im Wahljahr 2016 will er nur akzeptieren, wenn dies in den Jahren danach ebenfalls möglich ist.*

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Nun kann es vielleicht sein, dass der „Mannheimer Morgen“ falsch zitiert. Minister Stoch hat das ja einmal behauptet. Dass er das Sitzenbleiben abschaffen wollte, war angeblich eine Ente des „Mannheimer Morgen“. Deshalb habe ich auch noch in anderen Zeitungen nachgeschaut. „Stuttgarter Zeitung“ vom 3. Juni 2014:

„Wir wollen den Etat nachhaltig sanieren“, sagt Kretschmann. Es mache einen Unterschied, ob die Nullverschuldung nur „in“ 2016 stehe oder „ab“ 2016.

„Südkurier“ vom 4. Juni 2014:

Soll man „bis“ 2016 ohne neue Schulden auskommen oder „ab“ 2016. „Wir wollen die Nettonull so schnell wie möglich erreichen“, sagt Kretschmann.

Oder „Schwäbische Zeitung“:

... der Ministerpräsident ... betont die Frage, ob es eine Nullverschuldung „in“ oder „ab“ 2016 geben soll.

„Badische Zeitung“ vom selben Tag:

Die Frage ist: Ist es eine Null in 2016 oder eine Null ab 2016?

Herr Ministerpräsident, lügen die alle? Haben die alle Sie falsch verstanden? Ihr Staatssekretär hat ausweislich dessen, was er mit Ihnen vereinbart hat, erklärt, das hätten Sie nicht gesagt, sondern es ginge um maximal 500 Millionen € neue Schulden. Sie haben auch lange Zeit verheimlicht, was Sie in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen haben, dass Sie nämlich 2015 neue Schulden machen wollen, 2017, 2018 und 2019 auch wieder und nur 2016 keine neuen Schulden machen wollen. Warum? Weil in diesem Jahr Landtagswahlen sind. Das ist Ihre Politik.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist Zufall!)

Seien Sie wenigstens so ehrlich und geben es zu, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Auch in anderen Bereichen der Landespolitik sieht es relativ düster aus. Es war ja schon die Rede von Herrn Minister Hermann, der Geld überall liegen lässt, wo man welches vom Bund bekommen kann. Vom Schallschutz war heute nicht die Rede. Nur bei den Gutachten greift er kräftig zu und beim Nationalpark Herr Minister Bonde, der diesen gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt hat – übrigens mit beeindruckenden Erfolgen: Der Nationalpark wurde vom Landtag beschlossen, und schon werden neue Pilzarten entdeckt.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Der Pilz des Jahres 2013 war der Tannenstachelbart. Der Pilz des Jahres 2014 ist die Zitronengelbe Tramete. Die Zitronengelbe Tramete ist offensichtlich im Nationalpark bereits in dem Moment entstanden, in dem er beschlossen wurde.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Ob das allerdings eine so gute Nachricht für den Nationalpark und für die Menschen im Nordschwarzwald ist, steht dahin. Ich darf aus einer Pressemitteilung der Nationalparkverwaltung Bayerischer Wald vom 7. Juli 2010 zitieren:

*Um sich optimal entwickeln zu können, benötigt die Zitronengelbe Tramete ... vom Borkenkäfer flächig abgetöteten Bergfichtenwald ...*

Da werden sich die Nordschwarzwälder aber freuen, dass jetzt die Zitronengelbe Tramete kommt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Heiterkeit)

Die Überschrift dieser zitierten Pressemitteilung vom 7. Juli 2010 lautet:

*Borkenkäfer hilft seltenen Arten*

Herzlichen Glückwunsch in den Nordschwarzwald, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Blicken wir weiter. Landesbauordnung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oh! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Efeu-Verordnung!)

Überdachte Fahrradstellplätze – die grüne Idee, weil die Leute ja ihre Fahrräder nicht selbst trockenhalten können. Zwangsbegrünung bzw. staatlich oktroyierter Efeubewuchs. Das ist die neue Landesbauordnung, Frau Kollegin Sitzmann. Das ist offensichtlich die grüne Politik.

Dazu fällt mir ein schönes Zitat ein:

*Wer erwachsene Menschen erziehen will, will sie in Wahrheit bevormunden und daran hindern, politisch zu handeln.*

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Frau Kollegin Sitzmann, wissen Sie, von wem das Zitat ist? Ich darf es wiederholen:

*Wer erwachsene Menschen erziehen will, will sie in Wahrheit bevormunden und daran hindern, politisch zu handeln.*

Keine Idee? Dann frage ich den Ministerpräsidenten: Wissen Sie, von wem das sein könnte? Sie sollten es wissen. Es ist von Hannah Arendt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie es nachlesen wollen: „Die Krise in der Erziehung“, ein Vortrag, den sie am 13. Mai 1958 in Bremen gehalten hat. Sie können es finden im Sammelband „Zwischen Vergangenheit und Zukunft“, München, im Jahr 2000 erschienen – übrigens ein außerordentlich empfehlenswerter Aufsatz, der sich, wie gesagt, mit der Krise der Erziehung auseinandersetzt.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Herr Ministerpräsident, Sie haben erklärt, Hannah Arendt sei Ihr Leitstern. Ich kann Ihnen diesen Aufsatz nur ans Herz legen. Ich darf daraus zitieren: Die „fortschrittliche Erziehung“ hat „alle bewährten Lehr- und Lernmethoden über den Haufen geworfen“. Dadurch wurden auch „alle Regeln des gesunden Menschenverstands beiseite“ geschoben. Sagt Hannah Arendt.

Auf Seite 261: Wenn alle Kinder gleich sein sollen, werden alle Unterschiede verwischt. Dies geschieht „auf Kosten der Begabten“ und „auf Kosten der Autorität des Lehrers“. Sagt Hannah Arendt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dann erklärt sie: Es gibt drei ruinöse Grundüberzeugungen – Seite 262 –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

die zur Krise in der Erziehung führen: erstens wenn die Kinder „sich möglichst selbst ... verwalten“ – das ist die erste ruinöse Grundüberzeugung; sagt Hannah Arendt –, zweitens die Vernachlässigung der Fachausbildung der Lehrkräfte – eine ruinöse Grundüberzeugung, sagt Hannah Arendt – und drittens wenn man „das Lernen durch Tun und das Arbeiten durch Spielen“ ersetzt. Dadurch werden die Kinder in einer künstlichen „Kinderwelt“ belassen und nicht auf „das Erwachsen-sein vorbereitet“. Sagt Hannah Arendt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Meine Damen und Herren, entweder, Herr Ministerpräsident, müssen Sie nachher hier erklären, dass Hannah Arendt fort-hin nicht mehr Ihr Leitstern sei, oder Sie müssen die 209 Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg zumindest neu überdenken. Jedenfalls kann ich Ihnen nur raten, die Muße an den Weihnachtsfeiertagen zu nutzen, einmal wieder Hannah Arendt zu lesen, aber möglichst die gesamten Werke von Hannah Arendt.

Wir, meine Damen und Herren, sind aber an einem Schulfrieden in Baden-Württemberg interessiert. Das heißt, wir wollen mit Ihnen zu einer Vereinbarung kommen, die allen Schultypen einschließlich der Gemeinschaftsschule eine Perspektive ermöglicht. Aber wir erwarten von Ihnen, dass diese Perspektive dann auch den anderen Schulen in Baden-Württemberg ermöglicht wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was sagen Sie übrigens, Herr Ministerpräsident, zur Gutachtenaffäre Ihrer Fraktion? Der Kollege Sckerl ist im Moment nicht da; er tut gut daran.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sckerl?)

Zu dieser Gutachtenaffäre will ich gar nicht das wiederholen, was Oppositionsabgeordnete gesagt haben, sondern ein verdienstvolles Zitat des Kollegen Sakellariou aus der SPD-Fraktion vorbringen. SPD-Obmann Nikolaos Sakellariou stellte gegenüber der „Südwest Presse“ gestern fest:

*Ich bin erschüttert. Vergleicht man, zu welchem Zeitpunkt welche Äußerungen von Sckerl gemacht wurden, kann man nur einen Widerspruch zur Wirklichkeit konstatieren.*

Das heißt auf Deutsch: Er hat gelogen.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Wenn Sie nun gelesen haben, was die Opferanwälte zum Thema Sckerl gesagt haben, dass die Opferanwälte nun auch den Rückzug des Kollegen Sckerl aus diesem Gremium fordern, dann würde ich mir von einem Regierungschef, der hohe moralische Ansprüche an sich und andere anlegt, auch hierzu eine klare Aussage wünschen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Jawohl. – Offensichtlich scheitert auch die Energiewende in Baden-Württemberg: 13 Windräder im Jahr 2011, neun Windräder im Jahr 2012, 2013 wieder auf zwölf Windräder hochgeschneit. 2014 bisher zwei. Aber die gute Nachricht ist – das Jahr hat noch drei Wochen –: Es kann noch ein drittes hinzukommen. Erwin Teufel wurde ja immer als jemand bezeichnet, der angeblich jedes Windrad persönlich bekämpft. Herr Ministerpräsident, wenn ich die Entwicklung unter der Regierung Kretschmann anschau, muss ich sagen: Im Vergleich zu Ihnen war Erwin Teufel ein Pionier der Windkraft in Baden-Württemberg.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn es in diesem Tempo weitergeht, Herr Ministerpräsident, dann müssen Sie im Amt das Alter einer Aldabra-Riesenschildkröte erreichen, um die Energiewende noch mitzuerleben.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns auf das konzentrieren, bei dem wir in Baden-Württemberg gut sind: Energieeffizienz, Speicherung und Leitungsausbau.

Zum Ende: Wenn man sich die Bilanz des Regierungshandelns dieser Koalition anschaut, möchte ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, zum Abschluss selbst das Wort geben. „Stuttgarter Zeitung“ vom 2. August 2014, ein Interview mit dem Titel „Wandern ist eine Form des Denkens“.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, jetzt wirklich zum Ende zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit bereits überschritten.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Es mag Ihnen ja unangenehm sein, aber dieses Zitat will ich Ihnen nicht ersparen. Ich zitiere den Ministerpräsidenten:

(Zurufe, u. a.: Das ist unterhaltsam! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

*Ich erinnere daran, dass die alten Griechen ja im Gehen philosophiert haben.*

*Wenn ich allein unterwegs bin, nehme ich mir oft vor, über irgendein Problem nachzudenken und dieses einer Lösung zuzuführen. Das gelingt aber eigentlich nie. Die Gedanken verlieren sich anders als bei den alten Griechen beim Gehen im Unbestimmten.*

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Genau so macht diese Regierungskoalition Politik. Deshalb ist es nötig, dass Sie 2016 abgewählt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Walter Heiler SPD: Was soll man da noch sagen? – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg, unser Land, ist in einer hervorragenden Verfassung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Hohe Beschäftigung, niedrige Jugendarbeitslosigkeit, überhaupt niedrige Arbeitslosigkeit, nirgendwo in Europa wird mehr in Forschung und Entwicklung investiert als bei uns.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war aber vorher schon so!)

Es wird fast nirgendwo mehr erfunden als bei uns, nirgendwo investieren ausländische Firmen mehr als bei uns. Bei uns sind am wenigsten Menschen arm, und nirgendwo engagieren sich mehr Menschen ehrenamtlich als bei uns.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Allein diese wenigen Feststellungen zeigen: Baden-Württemberg ist in einer hervorragenden Verfassung. Unser Land ist leistungsstark, es ist die Speerspitze von Innovation und Prosperität in Deutschland und in Europa. Die Attraktivität dieses Landes zieht immer mehr Menschen an. Trotz des demografischen Wandels ist Baden-Württemberg ein wachsendes Land, und darüber freuen wir uns.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Unser Land hat eine gute Substanz, aber darauf ausruhen dürfen wir uns nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Herr Abg. Zimmermann, es ist wirklich interessant: Egal, über welches Thema wir sprechen, Sie haben immer die propersten Zwischenrufe.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Er ist nämlich Meister Proper! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

In einem harten globalen Wettbewerb, Herr Kollege Zimmermann, muss nämlich Prosperität immer wieder neu verteidigt werden, und wer bei Leistungsbereitschaft und Innovation nachlässt, fällt zurück.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Unser heutiger Wohlstand geht immer noch zulasten der Natur; der letzte Klimabericht hat uns das noch einmal deutlich vor Augen geführt. Die Bildungschancen in unserem Land sind immer noch ungleich verteilt, stark von der Herkunft ab-

hängig, und der demografische Wandel fordert Anpassung in vielen Bereichen.

Deswegen verfolgt die Landesregierung klare Ziele. Sie will die Substanz dieses Landes weiter stärken, die Prosperität langfristig sichern und mehren und den ökologischen Grenzen der Belastbarkeit unseres Planeten Rechnung tragen, indem wir alles dafür tun, um Wirtschaftswachstum vom Naturverbrauch zu entkoppeln und – soweit wir das können – den Bildungserfolg von der Herkunft zu entkoppeln.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, stärken wir konsequent die Erfolgsfaktoren dieses Landes, damit es langfristig wirtschaftlich stark bleibt, was den innovativen Mittelstand betrifft, was unsere leistungsfähige Infrastruktur betrifft. Das erfordert eine gute Bildung, exzellente Wissenschaft, starke Kommunen, aber auch eine lebendige Demokratie und Bürgergesellschaft. Das sind klare Ziele, die wir verfolgen, das ist ein klarer Kurs, den wir beschreiten. Aber wir gehen ihn Schritt für Schritt und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. So regieren wir Baden-Württemberg, damit unser Land Spitze bleibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dazu gehören natürlich solide Finanzen. Das, was Sie vorgebracht haben, kann mich nur wenig beeindrucken.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Niemanden!)

Herr Kollege Rülke, wenn Sie so tun, als liege durch die erhöhten Steuereinnahmen das Geld nur so herum und man müsse es nur greifen, muss ich mich doch darüber wundern. Wenn es so wäre, wenn das Geld im Haushalt nur so herumläge, warum wollen Sie dann die Landesstiftung ruinieren, indem sie nach Ihrem Willen 1 Milliarde € bereitstellen soll?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aus dem Haushalt mit dem vielen herumliegenden Geld ist Ihnen doch offensichtlich nichts eingefallen, Sie müssen auf die Landesstiftung zurückgreifen. Das ist nicht sehr überzeugend, Herr Kollege Rülke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dann wollen Sie ernsthaft die Rücklagen für das Personal angreifen. Wissen Sie, Ihr Finanzminister Mayer-Vorfelder

(Zurufe von der SPD: Oi!)

hatte in den Neunzigerjahren einmal zu wenig Mittel für das Personal vorgehalten und brauchte mehr, als er hatte. Was hat er damals gesagt? Er hat gesagt: „Das wird uns niemals wieder passieren.“ Genau daran halten wir uns.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, unsere Finanzpolitik unterscheidet sich in der Tat von Ihrer, von der der Vorgängerregierungen ganz deutlich. Wir machen Haushaltspolitik in dem Dreiklang Konsolidieren, Sanieren und Investieren. Dieser Drei-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

klang ist richtig. Denn nur schöne Zahlen zu schreiben, das Landesvermögen aber verrotten zu lassen, ist nicht wirklich solide. Es ist nicht vernünftig, in die Bereiche, in die wir notwendigerweise investieren müssen, zu investieren, wenn die Quellen des Reichtums der Zukunft untergraben werden. Darum verfolgen wir den Kurs: Konsolidieren, Sanieren und Investieren. Das ist der richtige Weg. Das zeigt sich immer deutlicher.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben das strukturelle Haushaltsdefizit bereits deutlich reduziert. Wir haben den Sanierungsstau deutlich abgebaut und für zukünftige Lasten deutlich vorgesorgt, etwa in Form von Pensionsrückstellungen in Höhe von 1,5 Milliarden €.

Mit diesem Doppelhaushalt werden wir diesen erfolgreichen Kurs fortsetzen. Wir machen 1 Milliarde € Schulden weniger, als in der Finanzplanung vorgesehen. Noch brummt die Wirtschaft, noch sind die Steuereinnahmen hoch, noch nie waren die Zinsen niedriger. Wann, wenn nicht jetzt, ist es wirklich klug zu investieren und klug zu sanieren, damit wir die Substanz des Landes stärken? Genau das machen wir mit diesem Doppelhaushalt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In Deutschland wird zu wenig investiert. Darum legt Ihr Finanzminister im Bund jetzt ein 10-Milliarden-€-Investitionsprogramm auf. Wir investieren in Baden-Württemberg. Wir investieren deutlich mehr in die Infrastruktur: 15 Millionen € zusätzlich in den Hochwasserschutz, wir legen ein Bauprogramm im Umfang von 30 Millionen € für Flüchtlingsunterkünfte auf, 40 Millionen € zusätzlich für den Ausbau des schnellen Internets, 50 Millionen € zusätzlich für den Kita-Ausbau, 100 Millionen € zusätzlich für Landesstraßen, 160 Millionen € zusätzlich für den Hochbau, 500 Millionen € für die Fortführung der Sanierung der Krankenhäuser, 200 Millionen € zusätzlich für die Sanierung der Hochschulen. Außerdem treffen wir mit weiteren 1,2 Milliarden € für Pensionsrückstellungen und 300 Millionen € für steigende Flüchtlingszahlen noch stärker Vorsorge für kommende Lasten und Risiken.

Das ist, glaube ich, in diesen Zeiten die richtige Ansage. Ich will noch einmal sagen: Sie haben in 40 Jahren drei Mal die Nullneuerschuldung hinbekommen, wir in einer Legislaturperiode drei Mal. Dazu kann man unseren Finanzminister doch nur beglückwünschen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Bravo!)

Wir wissen: Eine der Säulen, die die Stärke Baden-Württembergs ausmachen, sind die Kommunen. Die grün-rote Landesregierung ist die kommunalfreundlichste Landesregierung aller Zeiten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben die Finanzlage der Kommunen weiter gestärkt, so dass die Kommunen in den letzten Jahren Überschüsse erzielen und mehr investieren konnten.

Grün-Rot hat aber auch – Kollegin Sitzmann hat dies bereits gesagt – das AAA zurückerobert. Experten sehen das Land

auf dem richtigen Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse. Wir sind also auf dem richtigen Weg. Wir bauen die Verschuldung Schritt für Schritt ab, wir bauen Schritt für Schritt den Sanierungsstau ab und beenden damit die Politik auf Pump. Wir stehen also für eine solide Finanzpolitik.

Natürlich, Herr Kollege Rülke, ist noch nicht alles in trockenen Tüchern. Wir haben auch nach 2016 noch harte Sparaufgaben anzupacken. Das ist gar keine Frage. Wir sind aber auf dem richtigen Weg, und wir mehren die Substanz dieses Landes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, eine große Stärke unseres Landes liegt in den gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land. Bei uns gibt es nicht ein Zentrum, sondern viele. Baden-Württemberg hat eine leistungsfähige, kleinteilige Landwirtschaft, es verfügt über schöne Kultur- und Naturlandschaften. In fast jedem Tal gibt es einen bekannten Hidden Champion,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber kein Internet!)

einen innovativen Mittelständler, der in seinem Bereich Weltmarktführer ist. Dieses Kapital zu mehren, dafür arbeitet die Landesregierung. Ich nenne einige Beispiele: Bei der Bundeswehrstrukturreform ist es gelungen, ein neues Prüf- und Technologiezentrum von Daimler in Immendingen anzusiedeln und in einer Rochade gleichzeitig den Standort Stetten am kalten Markt zu stärken. Daran sieht man: Wir tun etwas. Hier habe ich mich wirklich 14 Tage lang um nichts anderes gekümmert. Wir – auch ich persönlich – kümmern uns um den ländlichen Raum.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Der Innenminister hat mit der Polizeireform eine große Aufgabe geschultert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja! Besonders bei den Ausschreibungen!)

– Irgendetwas finden Sie natürlich immer,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Dafür sind wir auch da! Wir sind die Qualitätskontrolle!)

sei es, dass Sie das Glück haben, dass Ihnen ein Gericht einmal in die Parade fährt. Ansonsten haben Sie doch an Substanz gar nichts zu bieten. Was hätten Sie mit der Polizeireform gemacht, wenn ein Gericht anders entschieden hätte? Sie wären doch wirklich blank dagesessen.

In der Sache ist diese Reform jedenfalls richtig. Damit stärkt der Minister die Polizeipräsenz im Land. Das ist genau das, was wir brauchen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Sie müssen nicht alles nachreden, was er Ihnen aufschreibt! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)



(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Herr Strobl, der gerade das Rennen um die Spitzenkandidatur im kommenden Landtagswahlkampf verloren hat, sprach davon, wir würden im Bund keine Beute machen. Es ist nun nicht gerade mein Politikverständnis, dass man herumrennt und Beute macht.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Davon halte ich eigentlich nichts. Ich gehe schon nach etwas anderen Kriterien vor. Baden-Württemberg ist schließlich Bestandteil der Republik.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD  
– Zuruf der Abg. Bärtl Mielich GRÜNE)

Wir haben uns aber erfolgreich dafür eingesetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dass Baden-Württemberg in den kommenden Jahren 176 Millionen € mehr aus den europäischen Fonds erhält, obwohl die Mittel für Deutschland insgesamt sinken. Also auch da können wir uns sehen lassen. Dies kommt den ländlichen Räumen zugute.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Bravo-Rufe  
von den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Rülke, wir haben den Nationalpark Schwarzwald geschaffen, ein Stück wilde Natur, eine echte ökologische Infrastruktur, die mehr und mehr Besucher anlockt und damit auch einen Beitrag zur Belebung des Tourismus in dieser Region leistet.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Eben! Es läuft gut!)

Er zeigt: Ökologie und Ökonomie können Hand in Hand gehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das, was Sie zur Zitronengelben Tramete gesagt haben, vertiefe ich lieber nicht. Ich möchte Sie auch einmal schonen, Herr Rülke.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD  
– Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr souverän!)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Infrastruktur auf allen Gebieten stärken. Denn die Infrastruktur muss zu den Unternehmen kommen und nicht die Unternehmen zur Infrastruktur. Deswegen setzen wir uns mit Hochdruck für den Breitbandausbau ein, schreiben ihn fort und verdreifachen im Doppelhaushalt die Mittel hierfür. Auch daran sehen Sie: Wir mehren das Kapital unserer starken ländlichen Räume und stärken damit die Substanz des Landes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Selbstverständlich nehmen wir auch große Herausforderungen auf, etwa den demografischen Wandel, den wir gestalten müssen. Die Bevölkerungszahl nimmt ja ab, und wir werden älter.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jeden Tag!)

Ich kann nur sagen, liebe Katrin Altpeter: Herzlichen Dank, dass Sie die wichtige Zukunftsaufgabe so beherzt angepackt haben, damit auch in Zukunft alle medizinisch gut versorgt

und betreut werden können. Wir haben die Mittel für die Krankenhaussanierung deutlich erhöht, die Telemedizin gestärkt, mit dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz eine der bundesweit innovativsten Regelungen in diesem Bereich geschaffen, ein Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten erarbeitet und mit der Zustimmung aller Fraktionen im Landtag verabschiedet. Auch das ist eine starke Leistung, mit der wir die Substanz des Landes mehren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des  
Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt, verehrte Damen und Herren von der Opposition, dürfen natürlich die Straßen nicht fehlen. Gute Verkehrswege sind wichtige Lebensadern der Wirtschaft und unverzichtbar, damit die Bürgerinnen und Bürger mobil bleiben können. Deshalb investieren wir mehr in unsere Straßen als jede Landesregierung zuvor. Kollege Schmiedel hat es schon gesagt: Zwischen 2001 und 2010 wurden pro Jahr durchschnittlich 570 Millionen € in unsere Straßen investiert; seit 2011 investieren wir pro Jahr durchschnittlich 730 Millionen €, also fast 30 % mehr.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber wir investieren nicht nur mehr, wir investieren auch intelligenter. Wir haben das Prinzip „Erhalt vor Neubau“ durchgesetzt und eine Priorisierung der Straßenbauprojekte nach objektiven Kriterien und damit Transparenz geschaffen.

Mit dem Doppelhaushalt verstärken wir unsere Anstrengungen nochmals und stellen zusätzlich 100 Millionen € für unsere Landesstraßen bereit.

Wir kümmern uns also um die Straßen, aber mit gleichem Nachdruck natürlich auch um den Schienenverkehr. Auch da darf ich Minister Hermann beglückwünschen, denn er hat erreicht, dass es mit dem vereinbarten Kieler Schlüssel bei den Regionalisierungsmitteln gelungen ist, dass Baden-Württemberg zukünftig fast 20 % mehr als bisher von den Bundesmitteln für den Schienenverkehr erhält.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Bärtl  
Mielich GRÜNE: Das ist doch super! – Abg. Karl  
Zimmermann CDU: Wenn er es nimmt!)

Wenn ich sehe, was er nach langen Verhandlungen mit den Landkreisen, mit der Region Stuttgart hinbekommen hat, muss ich sagen: Das ist beachtlich. Nach vielen Jahren Verhandlungen liegt ein neues Konzept vor, nach dem z. B. dort, wo es keine S-Bahn gibt, Expressbuslinien eingesetzt werden. Das ist eine wirklich tolle Maßnahme gegen die Staus im mittleren Neckarraum. Auch das kann sich sehen lassen.

Wenn Sie sich dauernd über den Radverkehr lustig machen, zeigen Sie nur: Sie sind nicht auf dem Stand der Debatte.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich empfehle Ihnen dazu einmal einen Besuch in der Schweiz. Die Schweizer nennen den Radverkehr und den Fußgängerverkehr Langsamverkehr. Die werden es Ihnen einmal schön darlegen, sodass auch Sie endlich verstehen, dass man mit Investitionen in diesen Langsamverkehr, wenn man es gut mit den mittleren und großen Entfernungen kombiniert, mit viel

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

weniger Mitteln viel mehr erreichen kann als mit vielen anderen Maßnahmen. Das sollten Sie sich einmal zu Gemüte führen, statt sich darüber immer lustig zu machen.

Noch einen Rat: Sie sollten Ihre Kontakte zur Wirtschaft wieder einmal etwas verstärken

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der SPD)

und z. B. mit Bosch reden und sich fragen, warum Bosch so prominent in den Bau von Elektrofahrrädern einsteigt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie sollten sich aber auch einmal zu Gemüte führen: Es gibt nicht nur Hardware, es gibt auch Software,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wow!)

es gibt eine digitale Revolution,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ui!)

und die Mobilität der Zukunft ist eine intelligent vernetzte Mobilität. Wir werden die Staus nämlich nicht wegbekommen, indem wir nur versuchen, ihnen hinterherzubauen. Wir müssen die Verkehrsinfrastruktur auch intelligenter nutzen. Deswegen haben wir das Projekt „Car2go“ in Stuttgart auf die Beine gestellt – zusammen mit Daimler, zusammen mit der Stadt, zusammen mit der EnBW. Wir tun etwas für die E-Mobilität. Autonomes Fahren und Echtzeitinformationssysteme werden die Verkehrsträger darüber hinaus stärker miteinander vernetzen.

Alle Fachleute sagen uns: Wenn wir das konsequent machen, können wir Stauregionen um ein Drittel entlasten, weil wir damit die bestehende Infrastruktur besser nutzen. Das ist ein Gebot der Stunde. Denn nur damit erreichen wir das notwendige Tempo, das wir brauchen. Es ist klar, dass die dauernden Staus im Großraum Stuttgart allmählich an die Substanz des Wirtschaftsstandorts gehen. Deswegen haben wir das alles sehr klar auf dem Schirm, und wir müssen alles dafür tun, dass sich das abbaut und mindert. Dafür wird sich diese Regierung engagieren. Da können Sie sicher sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sie sagten, weniger Autos seien besser als mehr Autos!)

Jetzt komme ich zu dem wichtigen Thema Bildung. Es ist ganz einfach: Bei der Bildung denken wir vom Kind her.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir trauen den Eltern etwas zu. Wir wollen, dass jedes Kind das Beste aus seinen Talenten machen kann, egal, ob es Lisa oder Mehmet heißt, egal, ob die Eltern Ärzte oder Krankenpfleger sind, egal, ob die Eltern 100 000 € verdienen oder auf Arbeitslosengeld angewiesen sind. Jedes Kind und jeder Jugendliche hat die Chance verdient, etwas aus seinem Leben zu machen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und seine Talente zu entfalten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Bis jetzt ist es völlig in Ordnung!)

Deswegen ist eine gute Bildung mit individueller Förderung, die Entkopplung des Bildungserfolgs von der Herkunft die entscheidende soziale Frage der Zukunft. Denn nur, wer an Bildung teilnimmt, wird auch Chancen in der Welt und im Leben haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nicht mit Ihren Konzepten!)

Darum ist es so wichtig. Es ist aber auch die wichtigste Quelle für den Wohlstand der Zukunft. Deswegen hat eine gute Bildung bei uns oberste Priorität. Wir haben z. B. die Sprachförderung konsequent gestärkt, die Mittel für Kitas vervielfacht und allein im letzten Jahr 8 000 neue Kita-Plätze geschaffen. Wir haben den Ganztags in den Grundschulen beschlossen. Bereits zum aktuellen Schuljahr sind 178 Ganztagsgrundschulen und -förderschulen nach dem neuen Konzept an den Start gegangen. All das hilft den Kindern, es hilft aber auch den Familien, weil es die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert. Ich glaube, das ist bei dem Fachkräftemangel, auf den wir zugehen, ganz wichtig.

Als Sie von der Opposition noch regierten, haben Sie die Augen vor den zurückgehenden Schülerzahlen verschlossen und damit ein unkontrolliertes Schulsterben in Kauf genommen. Damit haben wir Schluss gemacht durch die regionale Schulentwicklung und das Ermöglichen der Einführung von Gemeinschaftsschulen, wenn dies vor Ort gewünscht wird. Ich freue mich, dass viele CDU-Kommunalpolitiker vor Ort konstruktiv daran mitarbeiten, damit es gelingt, in Zukunft das Erreichen aller Abschlüsse flächendeckend zu ermöglichen.

Wir haben also einen klaren Kurs: Ein Zweisäulenmodell ist unser Ziel. Der Weg richtet sich nach der Nachfrage vor Ort. Wir zwingen niemandem etwas auf, sondern dort, wo das Neue nachgefragt wird, kann es auch gemacht werden. Kultusminister Stoch geht diese Probleme ganz entschlossen und strukturiert an.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und alle sind begeistert!)

Von der GEW bis hin zur Wirtschaft höre ich nur Anerkennung seiner Arbeit, und ich finde, er macht wirklich einen richtigen guten Job.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: Bravo!)

Wir setzen diesen Kurs mit dem Doppelhaushalt fort – 165 Millionen € zusätzlich für die Kitas, 160 Millionen € zusätzlich für die Schulen. Mit dem Doppelhaushalt werden 3 200 Lehrer mehr an unseren Schulen unterrichten als bisher geplant, weil wir mehr Schüler haben werden als erwartet.

Wir haben den Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen halbiert, und wir werden mit dem Nachtrag im Bildungshaushalt auch die Realschulen weiter stärken, damit auch sie mit der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft umgehen können und jedes Kind bestmöglich fördern können.

Gut ausgebildete junge Menschen sind unser größtes Kapital. Genau das werden wir konsequent weiter fördern, und wir werden damit ebenfalls die Substanz unseres Land mehren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Ich habe es, liebe Kolleginnen und Kollegen, schon gesagt: Die Region Stuttgart ist die innovativste Region; nirgendwo sonst wird so viel in Forschung und Entwicklung investiert wie bei uns: über 5 % des Bruttoinlandsprodukts – das ist ein absoluter europäischer Spitzenwert. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Mit dem Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“ schaffen wir dafür eine entscheidende Grundlage. Bis 2020 investieren wir damit insgesamt 1,7 Milliarden € zusätzlich in unsere Universitäten. Auch damit schützen wir also die Quellen unseres Wohlstands. Wir mehren auch im Wissenschaftsbereich die Substanz des Landes. Man muss sich also nicht wundern, dass Kollegin Bauer in Hochschul- und Forschungskreisen bestes Ansehen genießt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn wir unseren Wohlstand langfristig sichern wollen, dann müssen wir natürlich das Wirtschaftswachstum vom Naturverbrauch entkoppeln. Der neueste Klimabericht treibt uns hierzu nochmals verstärkt an. Deswegen haben wir ein Klimaschutzgesetz verabschiedet, zu dem nun ein umfangreiches Maßnahmenpaket umgesetzt wird, etwa im Nachhaltigkeitsbeirat. Wir lösen die Windkraftblockade; Schritt für Schritt können mehr Anlagen in Betrieb gehen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Was? – Lachen des Abg. Peter Hauk CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Ja!)

– Dass ausgerechnet Sie sich darüber lustig machen, muss doch sehr verwundern. Das Thema Windkraft zeigt – vielleicht denken Sie darüber einmal nach –, wie schwer es manchmal für eine Nachfolgeregierung ist. Man muss hartnäckig an einem solchen Thema dranbleiben und schauen, dass das auch gemacht wird.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Erfolglos!)

20 Jahre lang wurde die Windkraft bekämpft. Wie schwer ist es da für die Nachfolger, diese Blockade aufzulösen! Kompliment – das haben Sie geschafft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Dass dies so schwer werden würde, hätte ich nicht gedacht; das hat mich selbst auch überrascht.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Aber, wie gesagt, wir brauchen hierzu die entsprechenden Instrumente wie z. B. ornithologische Gutachten. Die kann man sich nicht einfach aus der Nase ziehen.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht; das ist nun einmal so.

Wir haben eine Ressourceneffizienzstrategie initiiert – eine super Plattform, die Umweltminister Untersteller da macht. Sie wird geradezu geflutet von Unternehmen. Denn dies dient nicht nur ökologischen Zielen, sondern auch ökonomischen. Gerade bei unseren Kernbranchen machen die Rohstoffkosten nämlich bis zu 50 % aus.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die machen nichts mehr! Das wird auch teuer!)

Auch dies ist also eine richtige Strategie; es ist Nachhaltigkeitspolitik auf höchstem Niveau. Kein Wunder, dass Minister Untersteller für seine Kompetenz gelobt wird; das erfahre ich überall, wohin auch immer ich komme.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir treiben – um beim Thema Wirtschaft zu bleiben – die Fachkräftesicherung ebenso voran wie die Digitalisierung, um eben intelligenter produzieren und konsumieren zu können und um wirtschaftlich stark zu bleiben.

Minister Nils Schmid hat die Fachkräfteallianz auf den Weg gebracht. Er hat einen Venture-Capital-Fonds für Start-ups aufgelegt; denn dort hängen wir, wie jeder weiß, etwas zurück. Er hat bereits im Jahr 2012 die Digitalisierung angepackt. Wir haben die „Forward IT“-Strategie im Kabinett verabschiedet. Er ist jetzt dabei, die Allianz Industrie 4.0 zu schaffen. Wir führen ein Schulfach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ ein, damit die jungen Leute wirklich darauf vorbereitet werden, eine gute Berufswahl zu treffen, und damit ihnen klar wird: Nicht nur, wenn man studiert hat, hat man Aussichten auf gute Jobs, sondern auch mit einer Ausbildung im dualen System. Auch darauf wird mit diesem Fach vorbereitet.

Man sieht also: Nils Schmid ist nicht nur ein hervorragender Finanzminister, er macht auch einen klasse Job für unsere Wirtschaft. Herzlichen Dank dafür. So muss man es machen!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber es ist auch wichtig, dass wir mit der Bürgerschaft arbeiten. Wir wissen es alle: Wir können vieles anstoßen und auch umsetzen, aber letztlich brauchen wir überall engagierte Menschen – in den Kommunen im Land, in den Unternehmen. Nirgendwo halten die Menschen so eng zusammen wie bei uns. Das zeigt auch eine Studie der Bertelsmann Stiftung. Nirgendwo engagieren sich so viele Menschen für ihr Gemeinwesen wie bei uns. Das sind Bürgerinnen und Bürger, die sich einbringen und die nicht einfach abtauchen, die anpacken und nicht einfach abwarten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht erst seit 2011!)

Es sind Bürgerinnen und Bürger, die aktiv unser Gemeinwesen mitgestalten, die aufeinander Rücksicht nehmen und füreinander eintreten. Diese Bürger sind, neben den innovativen Unternehmen und den starken Kommunen, die dritte Säule des Erfolgs für unser Land. Das Ziel der Landesregierung ist es, auch dieses Kapital zu mehren. Deswegen machen wir mehr Bürgerbeteiligung und eine Politik des Gehörtwerdens.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Er träumt immer noch!)

Jetzt gibt es einmal ein Zitat von Perikles, Herr Dr. Rülke, und nicht von Hannah Arendt. Er hat bereits 430 Jahre vor Christus eine berühmte Rede – die „Gefallenenrede“ – gehalten.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: So alt sind Sie doch noch gar nicht!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Seine Worte haben meiner Ansicht nach an Klugheit und Kraft nichts verloren. Ich zitiere:

*Denn wir sehen nicht im Wort eine Gefahr fürs Tun, wohl aber darin, sich nicht durch Reden zuerst zu belehren, ehe man zur nötigen Tat schreitet.*

Genau nach dieser Maxime machen wir Politik. Wir diskutieren, wir beteiligen, wir beraten, und dann entscheiden wir – ich erinnere etwa an den Volksentscheid über die Finanzierung von Stuttgart 21 nach einer breiten öffentlichen Debatte. Auch dazu muss man Nils Schmid noch einmal beglückwünschen; denn es war schließlich seine Idee, die den Frieden im Land in dieser Frage weitgehend hergestellt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben auch bei der Schaffung des Nationalparks eine intensive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort gemacht. Wir haben dann allerdings entschieden.

Auch bei der Vorlage eines kontrovers diskutierten Konzepts für die Musikhochschulen haben wir eine breite Debatte geführt und sind zum Schluss zu einer einvernehmlichen Lösung gelangt. Einen kleinen Schönheitsfehler gibt es allerdings: Das Einsparziel ist dabei nicht erreicht worden; wir geben sogar noch mehr Geld aus als zuvor – aber immerhin intelligenter.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Aber immerhin!)

Ich möchte hier auch noch einmal darauf hinweisen, dass Frau Staatsrätin Erler ebenfalls allen Respekt verdient. Sie kümmert sich Tag für Tag um die Querschnittsaufgabe, darauf hinzuwirken, dass alle Ministerien mitmachen. Ich bin davon überzeugt, dass die guten Umfragewerte für die Landesregierung auch damit zusammenhängen, dass wir diesen neuen Stil in die Politik eingebracht haben.

Denn, meine Damen und Herren, eine Debatte auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern, höchstmögliche Transparenz, breite Diskussion und dann eine klare Entscheidung: Diese neue politische Kultur tut dem Land gut, und sie stärkt die Substanz unseres Landes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Natürlich funktioniert dies alles nicht ohne eine gute Verwaltung. Ich darf daher allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst herzlich für ihre engagierte Arbeit danken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss, meine Damen und Herren, zu einer wichtigen aktuellen Frage noch etwas sagen. Das Christentum hat unser Land maßgeblich geprägt, und eine der wichtigen Aussagen des Christentums lautet: „Der Fremde ist der Nächste.“ Dass wir denen beistehen, denen es schlechter geht als uns, dass wir denen Schutz gewähren, die vor unfassbaren Gräueltaten fliehen, dass wir denen eine neue Heimat und Hoffnung geben, denen alles genommen wurde, das ist unsere humanitäre Verpflichtung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Ich bin wirklich stolz, Ministerpräsident eines Landes zu sein, in dem sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich engagieren, um der steigenden Zahl von Flüchtlingen zu helfen, die Annahme statt Ausgrenzung, die Hilfe statt Hass, die Solidarität statt Abschottung zeigen. Das ist die breite Haltung der Bevölkerung. Das ist ein sehr hohes Gut, und wir Politiker haben die Verpflichtung, einen Beitrag dafür zu leisten, dass dieses hohe Gut auch erhalten bleibt, dass wir die Flüchtlinge gut unterbringen und ihnen eine Perspektive bieten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Natürlich ist die steigende Zahl der Flüchtlinge eine große Herausforderung für uns. Aber ich habe es schon einige Male gesagt und möchte es noch einmal wiederholen: Wir sollten bei allen Herausforderungen und Schwierigkeiten, vor die wir dadurch gestellt sind, nie vergessen, dass die Flüchtlinge die wirklichen Probleme haben und nicht wir.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Genau!)

Deswegen arbeitet die Landesregierung mit Hochdruck daran, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Die Flüchtlingspauschale haben wir auf 40 % erhöht. Sie wird jetzt erneut überprüft, und dann wird weiter darüber gesprochen, wie die Gemeinden und Kreise das Geld bekommen, das sie brauchen und das ihnen zusteht.

Mit dem Flüchtlingsaufnahmegesetz haben wir die Unterbringung und die Förderung von Spracherwerb und Schulbesuch deutlich verbessert. Wir haben einen erfolgreichen Flüchtlingsgipfel durchgeführt, ein Sonderwohnungsbauprogramm aufgelegt und ein Sonderkontingent für traumatisierte Mädchen und Frauen aus dem Nordirak und Syrien beschlossen. Im Bundesrat haben wir mit dem Asylkompromiss ermöglicht, dass die Hälfte der Flüchtlinge bei uns in Zukunft arbeiten dürfen und nicht nutzlos herumsitzen müssen. Darüber hinaus wurde erst kürzlich mit der Bundesregierung verhandelt, dass diese bis zu 1 Milliarde € für die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen zur Verfügung stellt. Davon sind 500 Millionen € frisches Geld zur Entlastung der Länder und Kommunen gedacht. Außerdem soll eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge eingeführt werden. Die kostenlose Überlassung von Liegenschaften des Bundes ist ebenso wichtig.

Ich wünsche mir, dass alle weiterhin ihr Bestes geben, damit wir stolz sagen können: Baden-Württemberg ist ein reiches, weltoffenes und starkes Land. Gerade deshalb wird es seiner humanitären Verantwortung gerecht und bietet Menschen in Not Zuflucht und eine neue Heimat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, ich konnte noch einmal darlegen, dass sich Baden-Württemberg in einer hervorragenden Verfassung befindet, dass unser Land leistungsstark, lebenswert und weltoffen ist, dass wir aber auch eine gute „soziale Temperatur“ in diesem Land haben. Wir wollen, dass

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

dies auch in Zukunft so bleibt. Wir haben einen klaren Kurs. Er ist hart, aber wir arbeiten sach- und problemorientiert.

Wir packen auch solche Reformen an, die nicht ohne harte Auseinandersetzungen umzusetzen sind. Wir suchen natürlich den Konsens, wo er möglich ist, indem wir Kompromisse eingehen. Die Herausforderungen einer globalisierten Welt müssen wir annehmen. Deswegen müssen wir auch fordern, aber wir achten auch darauf, dass niemand überfordert wird.

Streit gehört zur Demokratie; denn sie ist Ausdruck der Pluralität in unserer Gesellschaft. Aber die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass ich dabei auch ganz persönlich immer auf den Zusammenhalt unseres Landes achten werde. Ich denke, dass wir gemeinsam die Substanz unseres Landes weiter mehrern können.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Dr. Kern?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Bitte.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Herr Ministerpräsident, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Ich habe bis zum Schluss gewartet, ob Sie die Frage, die mein Fraktionsvorsitzender an Sie gerichtet hat, beantworten. Sie haben es bis jetzt nicht getan. Deshalb wiederhole ich nun diese Frage: Wie sehen Sie die Äußerungen der Opferanwälte? Wie stehen Sie zur Causa Seckerl?

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Sie sollten allmählich mitbekommen haben: Das sind autochthone Fragen des Parlaments bzw. seiner Fraktionen, und in diese mische ich mich aus Respekt vor der ersten Gewalt grundsätzlich nicht ein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Ministerpräsident hat kein Wort zur Justiz verloren! Schade! Eine bemerkenswerte Rede! Die Justiz wurde mit keinem Wort erwähnt! – Gegenruf von der SPD: Meister Propper!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung hat nun Herr Abg. Hauk das Wort.

(Abg. Walter Heiler SPD: Es ist alles gesagt!)

**Abg. Peter Hauk CDU:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es lässt schon einen gewissen Rückschluss auf den inneren Zustand dieser Koalition zu, dass der Ministerpräsident jetzt noch einmal Streicheleinheiten und öffentlich Lob und Anerkennung für zahlreiche seiner Ministerinnen und Minister und für diese Koalition verteilt.

(Minister Franz Untersteller: Sie hätten gern welche! – Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Herr Abg. Hauk.

**Abg. Peter Hauk CDU:** Es ist schon interessant, wen er alles nicht erwähnt hat. Das kann man nachher im Protokoll nachlesen. Herr Stichelberger wird z. B. nicht erwähnt, Herr Friedrich wird auch nicht erwähnt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Nicht da!)

Es gibt noch einige weitere.

(Minister Franz Untersteller: Wer hat denn Ihnen in den letzten Tagen Streicheleinheiten erteilt?)

Der Zustand dieser Koalition bemisst sich offensichtlich auch an diesem Haushalt.

Sie haben, Herr Ministerpräsident, ein tolles Eingangsstatement gehalten. Sie erwähnten, dass Baden-Württemberg eine niedrige Arbeitslosigkeit hat, die höchsten Forschungs- und Entwicklungsausgaben, die meisten Innovationen und Patente, die höchsten Auslandsinvestitionen, die geringste Armut.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ehrenämter!)

All dies trifft auf Baden-Württemberg zu.

(Zuruf von den Grünen: Die schlechteste Opposition!)

All dies stimmt – trotz Grün-Rot. Denn diese Fakten gab es auch schon Anfang des Jahres 2011.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Man kann nur sagen: Gott sei Dank ist das Land so stabil und sind die 60 Jahre politischer Arbeit unter CDU-geführten Regierungen so zielführend gewesen, dass auch drei Jahre grün-roter Regierung das Land nicht zugrunde richten können. Ansonsten wäre dies schon der Fall.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie sagen zu Recht, Baden-Württemberg sei leistungsstark. Das stimmt. Sie nennen unsere leistungsstarken Kommunen als starke Säule. Sie nennen die leistungsstarken Bürger in unserem Land mit ihrem hohen ehrenamtlichen Engagement. Jetzt behaupten Sie doch nicht, all das sei auf Ihrem Mist gewachsen. Das sind doch die sogenannten Erblasten, die Sie 2011 angetroffen haben. Das ist doch eine Tatsache.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben leistungsfähige Bürgerinnen und Bürger angetroffen, aber Sie treten deren Willen, wann immer es geht, mit Füßen.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Denn immer dann, wenn Bürgerwille zum Ausdruck gebracht wird – schauen Sie sich doch einmal die Volksabstimmungen und Bürgerentscheide der Vergangenheit an –, wird gerade nicht das gemacht, wofür sich die Bürger entscheiden.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Welche Volksabstimmungen meinen Sie denn?)

(Peter Hauk)

Aber man hat eine Pro-forma-Bürgerbeteiligung durchgeführt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo denn?)

Sie rücken von Ihren Konzepten überhaupt nicht ab. Das ist doch eine der Tatsachen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie sagen, es gebe Wachstum trotz Demografie, dann stimme ich Ihnen zu. Das liegt an der guten Substanz. Und wenn Sie sagen, die Bildungschancen seien ungleich verteilt, dann frage ich mich, ob es die neue Art der Politik ist, dass man die Anforderungen im Schulsystem so weit zurücknimmt, dass sich Eltern wünschen, dass ihre Kinder Privatschulen besuchen. Allein im letzten Jahr verzeichneten wir an den Privatschulen einen Zuwachs um 6 %. Damit das nicht unklar wird: Wir schätzen die Arbeit der Privatschulen; sie leisten eine tolle Arbeit. Aber: Sie treiben Eltern, die ihren Kindern gute Bildungschancen eröffnen wollen, doch hinaus aus dem staatlichen Schulsystem, hinein in private Schulen. Das ist die Politik dieser Regierung. Das hat mit Gemeinsamkeit nichts zu tun, das hat auch mit gleichen Bildungschancen nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Es ist eine soziale Frage. Sie wollen die Bildungschancen von der Herkunft entkoppeln. Das ist löblich. Das ist eine Zielsetzung, die im Prinzip jeder verfolgen muss. Aber Sie tun das gerade nicht. Vielmehr binden Sie gute Bildung an die Herkunft, an die Geldfrage. Wer finanziell gut situiert ist, schickt seine Kinder eben an Privatschulen und nicht ins staatliche Schulsystem. Das ist die Konsequenz

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Quatsch!)

aus Ihrer Bildungspolitik in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Meine Damen und Herren, das ist eine grundsätzliche Kritik. Ich wollte eigentlich nicht noch einmal darauf eingehen, aber Sie haben das Fass durch die Streicheleinheiten für Herrn Stoch noch einmal aufgemacht.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Von Herrn Stoch oder für Herrn Stoch?)

Sie haben wiederholt genannt, dass Sie ein Zweisäulensystem erfunden haben. Denn am Anfang dieser Legislaturperiode gab es nur eine einzige Säule, nämlich die Gemeinschaftsschule.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es! Genau!)

Das ist die Wahrheit.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Dann haben Sie auf der Wegstrecke gemerkt: „Da gibt es ein paar grüne Wähler, die auch noch Kinder haben. Sie schicken ihre Kinder ins Gymnasium.“ Das haben Sie schnell gemerkt

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

und haben dann gesagt: „Okay, zwei Säulen;

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Beim Philologentag!)

es gibt ein Gymnasium, und es gibt die Gemeinschaftsschulen.“ So weit die Diskussion.

Jetzt, da die Landtagswahl mit riesigen Schritten immer näher kommt, spürt Ihr Kultusminister: „Die zwei Säulen reichen doch nicht ganz aus. Wir brauchen noch etwas anderes; es gibt noch die Realschulen.“ Den Realschulen, die offensichtlich unterfinanziert sind, muss er etwas Gutes tun. Dann schlägt er ein Konzept vor, in dem etwas von den CDU-Vorstellungen enthalten ist; denn wir haben uns mit den Realschulen natürlich unterhalten. Aber er sagt, von den Grünen beeinflusst: „Wir verlassen den Weg der Gemeinschaftsschulen nicht.“

Meine Damen und Herren, und dabei sprechen Sie von einer glasklaren Politik? Das ist Wischiwaschi, das ist Bildungschaos. Keiner weiß mehr, wie was in Baden-Württemberg passiert. Damit ist das Bildungschaos in Baden-Württemberg weiterhin vorprogrammiert. Von zwei Säulen kann nicht die Rede sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Dann haben Sie Ihren Verkehrsminister gelobt.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zurufe von den Grünen, u. a.: Zu Recht! – Ja!)

Eigentlich muss man sagen: Verkehrsverhinderungsminister. So viel Geld ist in Berlin noch nie liegen geblieben.

(Oh-Rufe von den Grünen – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Wo denn?)

– Auch wenn Sie es wiederholen, wird es nicht wahrer.

(Zurufe von den Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE meldet sich.)

Straßenbaumittel wurden nicht verbaut, nicht einmal für die angemeldeten Projekte. Überschussmittel wurden nicht abgeholt. Dasselbe war auch beim Lärmschutz der Fall. Das war die zweite Tat. Das zeigt doch: Er kann es einfach nicht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Er ist schlichtweg unfähig – das muss man einfach sagen –, ein Haus sauber zu führen – selbst, wenn er es wollte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ei, ei, ei!)

Meine Damen und Herren, zur intelligenten Vernetzung: Die Intelligenz spricht in der Tat aus ihm heraus. Er will ja keine Straßen bauen, aber verklausuliert dies in der Darstellung nach außen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: So platt!)

Man kennt das aus der Bildungsszene, auch aus Ihrer Vergangenheit, wie das funktioniert. Dann macht man ganz einfach

(Peter Hauk)

Folgendes: Man lässt Bürgerentscheide oder Bürgerabstimmungen erst gar nicht zu, indem man in Planungen gar nicht mehr einsteigt oder Planungen abbricht. Die Planung der B 31 West im Breisgau wurde einfach ohne Bürgerbeteiligung par ordre vom Verkehrsministerium abgebrochen.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Diese Verkehrsverbindung wird aber von der Wirtschaft dringend gebraucht.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ein Unsinn!)

Da geht es nicht um die Frage des Flächenverbrauchs; da geht es um Entlastung von Menschen. Die Entlastung von Menschen ist aus unserer Sicht notwendiger als der Verzicht auf Flächenverbrauch.

(Zurufe von den Grünen)

Ich kann noch weitere Beispiele nennen. In fast jedem Landkreis gibt es Beispiele für geplante oder planungsreife Vorhaben, die nicht mehr angepackt werden. Die Rheinbrücke in Karlsruhe wird liegen gelassen und einfach nicht mehr angepackt. Ist das eine vorausschauende Politik, ist das Wirtschaftspolitik, ist das Infrastrukturpolitik, wenn man nicht nur nicht mehr baut, sondern gar nicht mehr plant?

Das nächste Beispiel betrifft Ludwigsburg. Auch im Landkreis Ludwigsburg werden Umfahrungen nicht mehr angegangen und nicht geplant.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Hä?)

Damit ist doch das Thema klar. Da ist die neue Intelligenz und die neue intelligente Vernetzung: Sie machen einfach nichts mehr. Sie unterlassen Planungen und geben keine Mittel hierfür frei bzw. stoppen Planungen. Damit brauchen Sie vorab keine Bürgerbeteiligung einzurichten.

Termine – so viel zum Stil in Ihren Ressorts – beim Minister erhält man eh nicht mehr. Auch das ist wahr, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wenn Sie sich – sorry, das muss ich Ihnen schon einmal sagen – hinsichtlich der Elektromobilität in Stuttgart mit fremden Federn schmücken, will ich in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, dass „Car2go“ unter der Umwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner und einer CDU-geführten Regierung eingeführt wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage nicht: initiiert. Aber Elektromobilität war ein CDU-Thema. Die Initialzündung hierzu kam von der CDU.

(Minister Winfried Hermann: „Car2go“ gab es in Ulm!)

Wenn Sie sich jetzt mit diesen Federn schmücken, ist uns das ja recht. Aber dies ist auch ein Teil der Erblast, die Sie ständig kritisieren.

(Beifall des Abg. Karl Rombach CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Günther Oettinger hat das Innovationsforum geschaffen und die E-Mobility-Initiative ins Leben gerufen!)

Denn natürlich wollen wir die Zukunftstechnologien; das ist doch logisch.

Uns ist das Thema Mobilität wichtig. Mit welcher Art der Antriebe Mobilität stattfindet ist aus unserer Sicht vollkommen zweitrangig. Es ist sinnvoll und notwendig, auch andere Antriebsformen als die bisherigen zu fördern, dazu Initialzündungen zu bieten und auch auf die Mobilität, bezogen auf ein anderes Nutzerverhalten, einzugehen.

Manche Mobilität wäre überflüssig, wenn Sie nicht schlafen würden. Sie haben das Thema Digitalisierung angesprochen. Jetzt stellen Sie, glaube ich, läppische 35 Millionen € zusätzlich in den Landeshaushalt hierfür ein.

(Zurufe von den Grünen: Zusätzlich!)

In Bayern sind es 2 Milliarden € für die nächsten vier, fünf Jahre. Was ich damit ausdrücken will – Bayern kann man nicht mit Baden-Württemberg vergleichen –: Wir sind weiter, weil die CDU-FDP/DVP-geführte Landesregierung bereits in der Vergangenheit viel mehr in die Digitalisierung investiert hat und gute Voraussetzungen geschaffen hat. Wir sind weiter. Der Anschlussgrad ist hier höher, die Geschwindigkeiten, die hier erreicht werden können, genauso.

Aber Ihr Verkehrsminister sagt ja, die Unternehmen, die nicht an verkehrsgünstigen Straßen liegen, sollten umsiedeln und dorthin gehen, wo es verkehrsgünstiger sei. So halten Sie es auch mit dem Thema Breitband.

Mit der Summe, die jetzt im Haushalt steht, werden Sie am Ende vielleicht gar nichts erreichen oder nur wenig.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was haben Sie gemacht?)

Sie werden vor allem nicht die Flächenwirkung erreichen, die wir in Baden-Württemberg brauchen. Baden-Württemberg lebt von der Fläche. Die Wirtschaftskraft kommt hier aus der Fläche; sie kommt aus Oberschwaben, sie kommt aus Hohenlohe genauso wie aus der Region Mittlerer Neckar und aus Karlsruhe.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Weil diese Kraft aus der Fläche kommt, müssen Sie auch in die Fläche hinein investieren. Aber Sie investieren nicht in die Fläche. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie lassen lieber die Täler zuwachsen, machen Zuwachsprogramme – im wahrsten Sinn des Wortes –

(Zuruf: So ein Quatsch!)

mit der von Ihnen ungeliebten Fichte.

So wie in Baden-Württemberg funktioniert Infrastrukturausbau, funktioniert Innovation, glaube ich, nirgendwo.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat wieder altbekannte Plattitüden gebracht wie: „Das Gras wächst auch nicht schneller, wenn man daran zieht.“ Das ist wohl wahr. Aber haben Sie schon einmal an Düngung ge-

(Peter Hauk)

dacht? Haben Sie daran gedacht, dass man vorher etwas dafür tun muss, den Nährboden bereiten muss, damit Gras schneller wachsen kann? Das ist nicht das Ziel. Vielmehr ist die Pflege der gesamten Umgebung das Entscheidende. Haben Sie schon einmal daran gedacht, dass man im Prinzip den Humus bereiten muss, damit Gras schneller wachsen kann?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Was? Gras wachsen lassen?)

Ihre Politik zeichnet aus, dass Sie daran nicht denken, dass Sie nämlich immer nur auf kurzfristige Effekte aus sind – wie bei diesem Haushalt, der auf den kurzfristigen Effekt für 2016 ausgerichtet ist, um die Menschen zufriedenzustellen. Überall dort, wo Bedürfnisse vorhanden sind, sollen sie mit Geld zugedeckt werden – gute Nachrichten aus Stuttgart. Sie produzieren sogar noch Bedürfnisse, wenn Sie, wie bei der Europäischen Schule in Karlsruhe, zunächst einmal Streichorgien feiern, um dann den Weihnachtengel kommen zu lassen, der dann wieder alle beruhigt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Art von Politik, die mit Seriosität nichts zu tun hat.

Dann entschuldigen Sie, dass der Zubau von Windrädern so lange dauere. Jetzt bin ich kein Verteidiger von Windrädern. Aber auch die CDU sagt: Windkraft muss natürlich einen Anteil an den erneuerbaren Energien haben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Auch der Kollege Zimmermann oder nur Sie?)

– Herr Kollege Schwarz, das können Sie im Wahlkreis mit dem Kollegen Zimmermann besprechen. Das ist jedenfalls die Meinung der Union. Das ist so.

Das, was Sie aber getan haben, war – – Das Ziel haben nicht wir aufgestellt; Sie wollten 1 000 Windräder bauen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 1 200!)

– 1 200 sogar. Das war das Ziel der grün-roten Landesregierung. Dieses Ziel werden Sie jedoch realistischere gar nicht erreichen. Mit einem jährlichen Zubau von zehn oder von weniger als zehn Windrädern wird dieses Ziel bis 2020 nicht erreichbar sein. Damit scheitert einer Ihrer zentralen Bausteine in der Energiepolitik. Sonst haben Sie ja keinen. Das ist doch auch die Wahrheit, dass ansonsten Energiepolitik bei Ihnen nicht stattfindet. Intelligente Vernetzung – das ist das Thema Lastmanagement – wäre ein spannendes Thema.

Wo liegen denn die besonderen Vorzüge Baden-Württembergs beim Thema „Erneuerbare Energien“? Im Pumpspeicherbereich. Thüringen und Baden-Württemberg sind die beiden Länder in Deutschland, die in der Energiegewinnung durch Pumpspeichertechnologie führend sein könnten. Wir haben ja schon ein paar Pumpspeicherkraftwerke. Aber anstatt dass Sie sich dem politischen und dem tatsächlichen Ausbau der Pumpspeicher widmen, wobei wirklich etwas zu erreichen wäre, wobei auch Masse und Sicherheit zu erreichen wären – der Umweltminister ist gerade nicht anwesend –, passiert in dieser Frage überhaupt nichts.

Erneuerbare Energien bestehen nicht nur aus Windtürmen. Damit komme ich wieder zur Bürgerbeteiligung, die Sie wie

eine hehre Monstranz vor sich hertragen. Sie lassen nicht zu, dass die Menschen in Baden-Württemberg vor diesen Maschinen – wie Sie so schön sagen –, vor diesen neuartigen Maschinen, die eine ganz eigenartige Schönheit hätten, geschützt werden. Was spricht denn dagegen, dass die Abstandsregelungen überdacht und gesetzlich neu fixiert werden müssen?

(Zurufe der Abg. Martin Rivoir SPD und Edith Sitzmann GRÜNE)

Es muss sogar sein. Es kann und darf nicht sein, dass der Rote Milan, dass der Auerhahn zum Teil besser geschützt sind als der Mensch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie müssen doch Politik für die Menschen machen!

Dann, Herr Ministerpräsident, sagen Sie, dass sich die Landesregierung nicht über den Artenschutz hinwegsetzen könne. Das waren ja meist Ihre Forderungen.

Es ist doch interessant, dass in den letzten Jahren unter der Regierung von CDU und FDP/DVP deutlich mehr Windräder gebaut wurden – ohne dass wir dies forciert hätten – als in Ihrer Regierungszeit. Insofern müssen Sie sich doch fragen, ob da bei Ihrer Politik noch alles in Ordnung ist. Sie haben das Landesplanungsgesetz so „intelligent“ geändert, dass am Ende wirklich wenig herauskam. Hätten wir das gewusst, hätte ein Teil der Abgeordneten meiner Fraktion – wie beispielsweise der Kollege Zimmermann – mit Begeisterung der Änderung des Landesplanungsgesetzes zugestimmt.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das sage ich ganz offen. Dann hätten sicherlich auch noch einige andere Kollegen zugestimmt. Die Begeisterungstürme haben dann irgendwann nachgelassen.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin das Thema Landesbauordnung schon kurz erwähnt und gestreift. Ich will dazu jetzt aber auch noch etwas sagen, weil das ein Beispiel dafür ist, dass Ihnen die Freiheit des Einzelnen eigentlich nichts wert ist. Sie wollen die Menschen bevormunden und gängeln.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Nicht wir, die CDU!)

Das merkt man auch bei den von Ihnen so viel gerühmten Ganztagsgrundschulen. Wir haben Ihnen angeboten, an dieser Baustelle gemeinsam zu arbeiten. Denn es ist unbestritten, dass der Bedarf vorhanden ist, und wahr ist, dass durch die gesellschaftlichen Veränderungen in der Zwischenzeit nicht nur in den Städten, sondern auch in den ländlichen Räumen ein erhöhter Bedarf an Ganztagsbetreuung besteht. Das ist unbestritten.

Wir haben Ihnen sogar einen Finanzierungsvorschlag gemacht. Aber das basierte bei uns immer auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Es war immer klar: Kinder brauchen eine Betreuung. Das Angebot dafür muss der Staat leisten. Aber es muss freiwillig und darf nicht gezwungenermaßen nachgefragt werden. Sie treiben jedoch die Kinder in den Zwang der Ganztagsbetreuung –

(Oh-Rufe von der SPD)



(Peter Hauk)

in der Gemeinschaftsschule, in der Ganztagsgrundschule. Sie treiben Eltern und Kinder dort hinein.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist schlichtweg Bevormundung.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Lassen Sie es gut sein!)

Darum kommen Sie nicht herum.

Zum Schluss haben Sie das Thema Flüchtlinge erwähnt, auf das auch ich noch einmal besonders eingehen will. Sie haben völlig recht: Es ist toll, wie die Solidarität der Menschen in Baden-Württemberg funktioniert und dass unser Land von verantwortungsbewussten Bürgern, die sich der Flüchtlinge annehmen, besiedelt ist. Aber man muss auch die Warnungen sehen, die vereinzelt schon auftauchen und – wenn man im Bürgergespräch ist – auch hörbar sind.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wenn Sie mit der AfD sprechen!)

– Jetzt halten Sie sich doch einmal zurück! Wir sprechen mit allen Demokraten. Wir sprechen mit Menschen aller Glaubensrichtungen und auch aller politischen Richtungen. Wir sprechen auch mit ehemaligen Kommunisten. Aber wir würden niemals – niemals! – Regierungen mit ehemaligen Kommunisten bilden. Dabei sind die Grünen ja im Moment.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

So wenig wir mit Nationalsozialisten Regierungen bilden, so wenig würden wir sie mit Kommunisten bilden, weil wir auf beiden Augen wachsam sind.

(Zurufe von den Grünen)

Sie sind auf einem Auge total blind. Das ist doch auch ein Teil der Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, deshalb darf man diese Solidarität nicht überstrapazieren. Deshalb, Herr Ministerpräsident – das hat Ihnen Herr Kollege Rülke schon lobend angerechnet –, haben Sie dem Asylkompromiss ja am Ende zugestimmt, der auch weitere gute Folgen hatte, wie z. B. die erleichterte Möglichkeit, eine Arbeit aufzunehmen.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Das habt ihr nie bekommen!)

Das begrüßen wir ausdrücklich. Das war ja unser Kompromiss, der der Großen Koalition.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: 20 Jahre nichts dafür getan! Das ist ja unglaublich!)

Sie haben dem Kompromiss zugestimmt. Aber ich sage Ihnen auch: Setzen Sie ihn auch um!

Jetzt will ich aber doch noch einmal fragen – diese Frage habe ich schon in der letzten Debatte zum Haushalt gestellt; der Innenminister ist gerade nicht im Saal; er hat sich gestern noch einmal geäußert –, was denn mit den über 14 000 nicht Aufenthaltsberechtigten in Baden-Württemberg geschieht. – Wer hat jetzt „Weihnachten“ gesagt?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ja, bald ist Weihnachten!)

Irgendjemand hat Weihnachten erwähnt.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

– Ist in Ordnung. Ich frage, wo jetzt beispielsweise bei den Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina das Weihnachtsfest eine besondere Bedeutung hat.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Das ist jetzt nicht wahr!)

Diese Frage kann man stellen.

Jetzt sagen Sie: „vor Weihnachten“.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Jetzt reden wir einmal nicht von „vor Weihnachten“, sondern von Februar oder von November. Woher kommen denn die Zahlen?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Von welchen Zahlen sprechen Sie?)

Ich möchte einfach wissen, wie Sie diese sich jetzt in Baden-Württemberg befindenden, nicht anerkannten und nicht geduldeten Asylbewerber zurückführen wollen und wie Sie den Asylkompromiss letztlich umsetzen wollen. Denn das gehört eben auch dazu.

Jetzt sagen Sie wieder pauschal: „humanitär“. Jeder, der nach Baden-Württemberg kommt, ist also „humanitär“. Das ist nämlich die Antwort von Ihnen, Herr Lede Abal.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich habe gar nichts gesagt!)

Wenn jeder, der hierherkommt, „humanitär“ ist, können wir die Grenzen gleich aufmachen. Das wäre die logische Konsequenz. Davor möchte ich Sie warnen. Ich will Sie ermuntern, dagegenzuhalten und vor allem auch zu handeln. Sie müssen auch Rückführungen von solchen Personen durchführen – so problematisch das im Einzelfall auch sein mag –, die behördlicherseits keine Anerkennung als politisch Verfolgte und auch keine Duldungserlaubnis haben.

Da reicht es nicht aus, zu sagen: „humanitär“. Diese Art von Humanität ist ein reines Gutmenschenentum, und mit Gutmenschenentum kann man ein Land mit 10,5 Millionen Bürgern nicht regieren.

Zur Solidarität gehört auch, dass man alle Säulen der Solidarität berücksichtigt – die Solidarität, die geübt wird, und die, die in Anspruch genommen wird. Es darf nicht sein, dass Solidarität immer nur einseitig in Anspruch genommen wird,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

(Peter Hauk)

dass man von uns immer erwartet, unbegrenzte Solidarität zu üben. Deshalb, Herr Ministerpräsident, ist das schon eine ernste Frage, weil sie, wenn sie nicht gelöst wird, auch das Klima bereitet – das sage ich noch einmal warnend –, dass es in Baden-Württemberg schwierig werden kann.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das machen Sie doch!)

Diese Frage muss auch gelöst werden. Es ist eben falsch zu meinen: Nur wer es anspricht, spielt schon mit dem Feuer. Man muss ein Thema ansprechen, wenn man Fehlentwicklungen sieht. Wir warnen vor diesen Fehlentwicklungen, und wir sagen zum Thema Flüchtlingspolitik: Handeln Sie endlich, damit Baden-Württemberg gut regiert wird.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Nach § 82 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben diesmal Perikles zitiert; Hannah Arendt haben Sie am heutigen Tag mir überlassen.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Die arme Hannah Arendt! Das hat sie nicht verdient!)

Perikles spricht vom Reden, vom Handeln und dann von Ergebnissen. Nach dem Reden und der Tat besichtigt man die Ergebnisse. Nur, Herr Ministerpräsident: Das war eine Gefallenrede, und die Ergebnisse von Reden und Tat sind Opfer. Vor diesem Hintergrund würde ich davor warnen, sich Perikles in der Landespolitik allzu sehr zum Vorbild zu nehmen.

Sie haben – die Kollegin Sitzmann hat es schon vorweggenommen –, wie das früher Erwin Teufel gemacht hat, aufgezählt, wo Baden-Württemberg überall Spitze ist. Frau Sitzmann: erster Platz, erster Platz, zweiter Platz usw.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Das Interessante daran ist: Dort, wo es nicht so gut läuft, reden Sie gern von Erblasten. Aber die ersten und die zweiten Plätze sind dann offensichtlich das Ergebnis grün-roter Politik. Der Unterschied zwischen Ihnen und Erwin Teufel ist: Er hat nach jahrzehntelangem Regierungshandeln diese Bilanzen aufgezählt, während Sie schon nach drei Jahren den Eindruck zu erwecken versuchen, dass die Politik, die Sie machen, das Land Baden-Württemberg überall an die Spitze bringt.

(Zuruf von den Grünen: Das ist ein richtiger Eindruck!)

– Nein, das ist kein richtiger Eindruck. Vor allem müssten Sie dann auch die Frage stellen, inwieweit man den Hinweis auf die Erblasten – gerade in der Haushaltspolitik und in anderen Bereichen – noch aufrechterhalten kann. Überall dort, wo es gut läuft, geht das auf die eigene Politik zurück, überall dort, wo es schlecht läuft, sind es Erblasten.

Das, was Sie angesprochen haben – insbesondere Sie, Frau Kollegin Sitzmann –, sind nun wirklich keine Leistungen, bei

denen man davon ausgehen kann, dass sie sich über Nacht ergeben, beispielsweise Patentanmeldungen und dergleichen. Oder glauben Sie im Ernst, dass die Wirtschaft in Baden-Württemberg nun erklärt hat: „Die Grünen sind an der Landesregierung beteiligt; also melden wir einmal ein Patent an“? Das ist eine etwas eigenartige Vorstellung.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Klaus Bürger CDU)

Zu den Erblasten, Herr Ministerpräsident, zählt offensichtlich das Thema Windräder. Der Rote Milan, die Gelbbauchunke und der Auerhahn sind also Erblasten von Schwarz-Gelb. Das Landesplanungsgesetz, das Sie geändert haben, ist ebenfalls eine Erblast, die dann dazu führt, dass in Baden-Württemberg offensichtlich wenig Windräder entstehen.

Sie haben mit Ihrer Politik bis zum heutigen Tag nicht erklären können, warum Erwin Teufel beim Aufstellen von Windrädern erfolgreicher war als Winfried Kretschmann. Das kann mit Erblasten nichts zu tun haben. Es kann vielleicht damit zu tun haben, dass die wirklich sinnvollen Standorte für Windenergie in Baden-Württemberg in der Vergangenheit schon alle belegt worden sind.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

– Da stimmt auch der Kollege Zimmermann zu. Das ist offensichtlich der Fall. – Dass Sie jetzt versuchen, über Subventionspolitik dort, wo es keinen Sinn macht, neue Windräder zu erzwingen – –

(Zuruf des Ministers Franz Untersteller)

– Ich habe mir schon gedacht, dass jetzt der Kollege Untersteller wie das HB-Männchen von der Regierungsbank auf und ab hüpfte. Aber die Realitäten sind nun einmal offensichtlich so, dass der Wind in Baden-Württemberg weniger stark weht als an der Nordseeküste und wir uns deshalb die Frage stellen müssen: Was können wir in den Bereichen Speicherung, Energieeffizienz und Leitungsausbau für die Energiewende sinnvollerweise tun?

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Ihre Windrädchen, Herr Kollege Untersteller, sind nicht der Weisheit letzter Schluss; das müssen Sie endlich einmal kapieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das, was Sie als Werbekampagne vorhatten – „Gemeinsam weniger erreichen“ –, ist auch Ihre Politik bei den Windrädern. So sieht es nun einmal aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zum Thema Bildungspolitik, Herr Ministerpräsident: Der Weg richtet sich nach der Nachfrage. Diesen Satz haben Sie vorhin formuliert. Da können wir durchaus mitgehen. Wir sind auch der Überzeugung, dass man den Menschen vor Ort die Möglichkeit geben muss, die Schule zu schaffen, die sie für richtig halten. Wenn die Menschen vor Ort sagen: „Wir wollen hier eine Gemeinschaftsschule einrichten“, dann ist es nicht die Aufgabe der Politik, zu sagen: „Das dürft ihr nicht.“

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Aber im Umkehrschluss kann es auch nicht die Aufgabe der Politik sein, den Leuten vorzuschreiben: Bestimmte Schultypen dürft ihr nicht mehr machen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja, genau!)

Jetzt kommt der entscheidende Punkt: Wenn sich der Weg nach der Nachfrage vor Ort richtet, brauchen wir auch gleiche Wettbewerbsbedingungen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig!)

Dann darf man nicht eine Schule deutlich besser ausstatten und alle anderen benachteiligen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie zitieren immer wieder schwarze Bürgermeister, die vor Ort angeblich eine Gemeinschaftsschule einrichten. Glauben Sie im Ernst, sie machen das, weil sie vom pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule so überzeugt sind? Die wollen vielmehr den Schulstandort retten und die Wohltaten mitnehmen, die Sie ausloben, um diesem Schultyp zum Durchbruch zu verhelfen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dann haben Sie über den Verkehr gesprochen und Ihren Verkehrsminister gelobt, weil er sich bei diesem Thema sozusagen die Langsamkeit aus der Schweiz zum Vorbild genommen habe.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Ich nehme an, er war, um seine entsprechenden Studien vorzunehmen, im Kanton Bern, um dort zu sehen, wie es mit dem

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sehr schöne Stadt!)

– Ja, ja, Frau Sitzmann, überhaupt nichts dagegen. Ich habe auch nichts gegen den langsamen Verkehr. Nur: Wenn Sie den Leuten, die morgens im Berufsverkehr in der Region Stuttgart unterwegs sind und dort im Stau stehen, erklären: „Wir waren in der Schweiz und haben uns über den langsamen Verkehr informiert,

(Heiterkeit des Abg. Winfried Mack CDU)

und das ist unser Vorbild hier“, dann sagen die: „Das haben wir hier in Baden-Württemberg schon gemerkt.“

(Zuruf des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann)

– Wollten Sie eine Zwischenfrage stellen, Herr Ministerpräsident?

(Minister Winfried Hermann: Bis 2011 gab es keine Staus in Stuttgart!)

Man muss sich eben die Frage stellen, wie man auf Staus reagiert.

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

Sie bringen immer bloß die Plattitüde: „Wir können dem Stau nicht hinterherbauen.“

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

Man muss sich die Frage stellen: Was mache ich dann? Den Leuten ist nicht geholfen, wenn Sie ihnen erklären: „Wir sind für langsamen Verkehr.“

(Zurufe von den Grünen)

Diesen langsamen Verkehr hat man vor Ort. Man muss sich vielmehr die Frage stellen: Was kann man da tun? Es hilft nichts, wenn der Verkehrsminister immer von Fahrradwegen schwärmt. Vielmehr müssen Sie sich auch die Frage stellen, wie man die Verkehrsinfrastruktur für den Pkw-Verkehr vernünftig ausbauen kann. Das ist das Entscheidende an dieser Stelle, meine Damen und Herren.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Das wird doch gemacht!)

– Ja, aber nicht in hinreichendem Maß, Herr Ministerpräsident. Das wird nicht in hinreichendem Maß gemacht. Wenn Sie nun erklären, wir müssten uns Mobilitätskonzepte anschauen und der Fahrradverkehr sei die Lösung, dann ist das nicht hinreichend.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Dr. Rülke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schwarz?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Aber natürlich, immer.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Schwarz, bitte.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Sehr geehrter Kollege Dr. Rülke, ich habe eine Frage an Sie: Nehmen Sie zur Kenntnis, dass im letzten Jahr mit über 800 Millionen €, die der Verkehrsminister und die Straßenbauverwaltung investiert haben, eine Rekordsumme verbaut wurde und so viel Geld wie selten zuvor in den Straßenbau investiert wurde?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da merkt man, wie die Teuerungsrate ist, Herr Kollege! – Zuruf von der CDU: Sie haben doch nichts gemacht!)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Ihre Buchungstricks

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

werden wir dann, wenn es um den Verkehrshaushalt geht, hier schon noch einmal ganz deutlich klarlegen. Es trifft eben nicht zu, dass Verkehrsminister Hermann das meiste Geld in den Straßenbau investiert und dass es niemals so viel Geld gab, das in den Straßenbau investiert wurde.

(Zurufe von den Grünen)

Im Gegenteil, es wird ja nicht einmal von Ihnen bestritten – nur die Zahl wird bestritten –, dass er Geld, das er dafür hätte verwenden können, in Berlin liegen gelassen hat. Das ist nun einmal die Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Herr Ministerpräsident, ich darf Sie zitieren: „Wir bauen die Verschuldung Schritt für Schritt ab.“

(Abg. Peter Hauk CDU: Wann?)

Wo denn? Wann denn? Ich habe bisher noch nicht wahrgenommen, dass Sie die Verschuldung abbauen. Sie begrenzen vielleicht die Zunahme der Neuverschuldung. Mir ist aber nicht bekannt, dass Sie Schulden abbauen.

Weiter fragen Sie: „Wann, wenn nicht jetzt, ist es klug, Geld auszugeben?“

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Dem setze ich entgegen, Herr Ministerpräsident: Wann, wenn nicht jetzt, ist es klug, Schulden abzubauen? Wann wollen Sie denn Schulden abbauen, wenn nicht in Zeiten wie diesen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Frau Aras, ich nehme an, mit Ihrem Zwischenruf zielen Sie auf das Jahr 2020 ab. In Ihrer Finanzplanung steht, dass Sie im Jahr 2020 mit dem Zurückbezahlen beginnen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nein! Sie haben es immer noch nicht kapiert!)

Auch dies sind wieder einmal Buchungstricks, meine Damen und Herren. Denn diese Finanzplanung geht nach wie vor davon aus, dass Sie über Steuererhöhungen 400 Millionen € Mehreinnahmen generieren. Streichen Sie doch diesen Buchungstrick endlich einmal! Dann können Sie aber nicht mehr die Illusion aufrechterhalten, dass Sie 2020 Schulden abbauen, meine Damen und Herren.

Es ist doch vollkommen klar, dass man in guten Zeiten – der Kollege Hauk hat vorhin aufgezählt, welche Bundesländer Schulden tilgen – endlich zu dieser Politik kommen muss und eben nicht sagen kann: „Wenn die Zeiten gut sind, dann investieren wir, weil die Zeiten ja gut sind. Wenn die Zeiten schlecht sind, dann müssen wir Schulden machen, weil die Zeiten ja schlecht sind.“ Auf diese Art und Weise bringen Sie den Haushalt in Baden-Württemberg niemals in Ordnung.

Sie haben mir vorgeworfen, ich würde Steuererhöhungen in Ansatz bringen. Es gibt keine Steuererhöhungen. Sie meinen wahrscheinlich die hohen Steuereinnahmen, die wir in der Tat haben. Deshalb muss man sich die Frage stellen, wie wir mit diesen hohen Steuereinnahmen vernünftig umgehen.

Sie haben mir noch etwas vorgeworfen. Wir haben in der Tat vorgeschlagen, ein Infrastrukturprogramm mit einem Volumen von 1 Milliarde € zu schaffen, damit man wirklich einmal Geld hat, um Straßen zu bauen, Herr Kollege Schwarz, und um die Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum zu verbessern. Das ist nämlich auch ein zentrales Thema. Hierzu haben wir einen Finanzierungsvorschlag gemacht. Die Mittel hierfür liegen nicht irgendwo im Landeshaushalt herum. Sonst haben Sie uns immer vorgeworfen, wir würden unsere Vorschläge nicht gegenfinanzieren. Jetzt machen wir einen Gegenfinanzierungsvorschlag, den Sie uns aber wieder vorwerfen, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Es liegt natürlich kein Geld im Haushalt irgendwo herum, sondern Sie sind sehr wohl in der Lage, dieses Geld nach der Methode Schmiedel – Weihnachtsengel – zu verteilen. Sie sind in der Lage, das Geld, das durch hohe Steuereinnahmen in den Haushalt geschwemmt wird, zu verteilen.

Das Spiel ist völlig klar. Wir können 100 Einsparvorschläge machen. Diese werden Sie aber alle im Finanzausschuss ablehnen. Vor diesem Hintergrund ist klar, dass, egal, was die Opposition vorschlägt, egal, welche Finanzierungsvorschläge die Opposition macht, Sie uns dann erklären, dies sei nicht Ihre Politik. Sie können uns aber nicht vorwerfen, dass wir, wenn wir einerseits Investitionen tätigen wollen, andererseits auch deutlich machen, woher wir das Geld nehmen wollen. Entsprechende Vorschläge können Sie natürlich ablehnen – das ist Ihr gutes Recht –, weil Sie eine andere Politik verfolgen. Nachdem Sie der Opposition jahrelang vorgeworfen haben, diese mache keine Gegenfinanzierungsvorschläge, können Sie aber nicht derselben Opposition plötzlich vorwerfen, dass sie Gegenfinanzierungsvorschläge macht.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Aber sie müssen sinnvoll sein!)

– Es ist natürlich klar, dass Sie all die Vorschläge, die die Opposition macht, nicht für sinnvoll halten, Frau Kollegin Aras.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Landesstiftung!)

Sinnvoll ist natürlich nur das, was Grün-Rot in seiner unendlichen Weisheit im Landtag von Baden-Württemberg vorschlägt. Das haben wir schon verstanden, Frau Kollegin Aras.

Es ist die Aufgabe der Opposition, eine alternative Politik aufzuzeigen und Alternativen zur Politik der Regierung zu formulieren. Alternativen zu dieser Politik und zu dieser Landesregierung gibt es weiß Gott, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Kapital aus der Landesstiftung herausziehen, das ist Ihr Konzept!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gemäß § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Fraktionsvorsitzenden Sitzmann das Wort.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Debatte wurden einige Widersprüche deutlich. Auf der einen Seite heißt es, wir würden Wahlgeschenke verteilen. Das würde bedeuten, dass z. B. sämtliche Mehraufwendungen Ihrer Ansicht nach vollkommen überflüssig wären. Das müsste die Konsequenz Ihrer Reden sein, Herr Hauk und Herr Rülke.

Ich erinnere Sie daran, dass einigen Anträgen im Finanzausschuss einstimmig zugestimmt wurde. Erhöhung der Mittel für die Landeserstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge: einstimmig. Umsetzung der Empfehlungen des runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“: einstimmig. Heimerziehung in den Fünfziger- und Sechzigerjahren: einstimmig. Förderung des freiwilligen sozialen Jahres: einstimmig. Stellenhebungen bei der Steuerverwaltung: einstimmig.

Wenn Sie so tun, als ginge es um Wahlgeschenke oder als würden Sie schon Schulden abbauen können, dann hätten Sie die-

(Edith Sitzmann)

sen Anträgen im Finanzausschuss nicht zustimmen dürfen. Sie haben diesen Anträgen aber zugestimmt. Also sind auch Sie offenbar der Meinung, dass es richtig ist, an diesen Stellen mehr zu fördern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Rülke, in der ersten Runde haben Sie die Zahlen, die der Kollege Schmiedel hier vorgetragen hat, abgetan nach dem Motto: „Na ja, das sind alles nur Statistiken. Der kann mir viel erzählen.“ Dazu kann ich einfach nur sagen: Zahlen kann man nicht anschreiben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, ja!)

Die Zahlen finden Sie im Haushalt. Diese Zahlen sind richtig. Sie haben auch einige richtige Zahlen genannt, nämlich die höheren Steuereinnahmen

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und die höheren Ausgaben!)

im Vergleich zum Jahr 2010. Brutto sind dies 9 Milliarden €. Unterschlagen haben Sie jedoch, wofür die großen Brocken dieser 9 Milliarden € ausgegeben werden. Ein Punkt ist der Länderfinanzausgleich. Das hat der Kollege Schmiedel angesprochen. Ein weiterer Punkt ist die Ausstattung der Kommunen. Die Kommunen und die grün-rote Landesregierung haben seit 2011 eine solide Grundlage geschaffen, um vor Ort die Aufgaben erledigen zu können, die wichtig und dringlich sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich weiß gar nicht, was es da zu kritisieren gibt. Wenn Sie dagegen sind, dann sagen Sie es doch.

Wir haben den Vorwegabzug beim kommunalen Finanzausgleich deutlich reduziert. Sie hatten diesen sehr viel höher angesetzt. Wenn Sie dafür sind, die Kommunen in Zukunft schlechter auszustatten, dann stehen Sie dazu. Sie können aber nicht einfach 80 % der Wahrheit unterschlagen und sich nur die 20 % herauspicken, die Ihnen passen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das gilt ebenso für die Breitbandversorgung. Der Kollege Hauk hat das gerade angesprochen. Als wir an die Regierung kamen, gab es in Baden-Württemberg 700 weiße Flecken. Heute sind wir bei 200 weißen Flecken. Das ist ein deutlicher Erfolg und eine deutliche Verbesserung. Das ist insbesondere eine Stärkung des ländlichen Raums, die diese Regierung mit ihrem zuständigen Minister vorangebracht hat. Deshalb erwarte ich, dass Sie das anerkennen und keine Märchen im Land erzählen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie kommen immer mit dem Vergleich mit Bayern. Dann erkundigen Sie sich auch einmal richtig. In Bayern ist nämlich die Anzahl der weißen Flecken deutlich größer. Der TÜV Rheinland bescheinigt das ganz klar. Die Versorgung mit über 50 Mbit/s liegt in Baden-Württemberg bei 69 %, während sie in Bayern bei 53 % liegt. Im ländlichen Raum ist das besonders wichtig, Herr Kollege Zimmermann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Alphörner!)

Nur bezogen auf den ländlichen Raum ist Baden-Württemberg doppelt so gut wie Bayern. Bayern ist da nämlich bei 15,7 %, während wir bei 31 % sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Da ist also etwas passiert, und das ist gut und richtig so. Mit der Erhöhung der Mittel für den Breitbandausbau und mit der neu gestrickten Breitbandinitiative II werden wir in den Jahren 2015 und 2016 auch bei dieser Infrastruktur weiter vorankommen. Hier sollte es keinen Dissens mehr geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Sie haben die Landesbauordnung bemängelt. Wenn man Ihre Rede hört, könnte man meinen, wir hätten die Landesbauordnung erfunden. Die Landesbauordnung gibt es aber schon länger. Die Landesbauordnung gab es schon zu Ihrer Regierungszeit.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber so ein Quatsch stand nicht drin!)

– Da stand ein Haufen Quatsch drin. Es standen zumindest ein Haufen Sachen darin,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Auf jeden Fall kein „Zwangs-Efeu“!)

die dringend, Herr Kollege Rülke, der Novellierung bedurft haben. Dazu gehören Fahrradstellplätze, ja. Wenn Sie sich einmal umsehen, stellen Sie fest: Gott sei Dank sind viele Menschen mit dem Fahrrad unterwegs,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vor allem im Fernverkehr!)

mehr als Sie vielleicht auf dem Schirm haben. Das ist auch gut und richtig so.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dafür braucht man in Zukunft die entsprechenden Fahrradstellplätze, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Überdacht!)

Bei den Pkw-Stellplätzen machen wir es endlich möglich, dass die Kommunen per Satzung die Anzahl bestimmen können. Auch damit stärken wir die kommunale Selbstverwaltung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wer soll es denn besser entscheiden als die Kommunen vor Ort?

Einhergehend mit der Novelle findet auch noch eine Entbürokratisierung statt im Vergleich zur Landesbauordnung, wie sie unter Ihrer Ägide novelliert worden ist. Die Landesbauordnung ist also wirklich kein Beispiel,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Edith Sitzmann)

mit dem man diese Regierung kritisieren könnte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Lassen Sie mich noch zu einem letzten Aspekt Stellung nehmen. Das betrifft den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windkraft.

Es ist richtig, dass im Jahr 2014 deutlich zu wenig Windkraftanlagen errichtet worden sind. Nichtsdestotrotz sind 46 Anlagen genehmigt und 278 Anlagen derzeit im Genehmigungsverfahren, und noch einmal so viele Voranfragen ergingen an die Netzbetreiber. Deshalb bin ich sehr zuversichtlich, meine Damen und Herren, dass wir das Ziel, bis 2020 10 % der Strommenge aus Windkraft zu erzeugen, sehr gut erreichen werden. Die Planungsvorläufe sind zugegebenermaßen lang. Aber alle Zahlen, die wir vorliegen haben, machen deutlich: Wir werden dieses Ziel erreichen.

Auch zum Bereich der erneuerbaren Energien gibt es verschiedene Untersuchungen. Die Agentur für Erneuerbare Energien kam im Jahr 2014 zu dem Ergebnis, dass Baden-Württemberg bei der Nutzung der erneuerbaren Energien – ich kann es Ihnen leider nicht ersparen – im Vergleich der Bundesländer auf Platz 2 rangiert.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Also, meine Damen und Herren: Auch hier ist Baden-Württemberg gut aufgestellt, wie in allen anderen Bereichen auch. Sie nur hier hinzustellen und das Land schlechtzureden, das ist nicht gut für Baden-Württemberg. Ich glaube, das tut auch Ihnen nicht gut.

Was Ihnen vor allem nicht guttut, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist, wenn Sie beim Thema „Flüchtlinge und Asyl“ weiterhin den Ton anschlagen, wie Sie dies heute zum zweiten Mal gemacht haben, Herr Hauk. Ich bin immer davon ausgegangen, dass für eine Partei, die das C im Namen trägt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kommen Sie nicht so! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Unruhe)

Humanität und humanitäre Grundsätze eine Rolle spielen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hier geht es darum, das Problem zu lösen! Hören Sie damit auf! – Unruhe)

Ich hoffe, dass das nach wie vor bei Ihnen der Fall ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lösen Sie das Problem, und kommen Sie nicht mit einem solchen Quatsch daher! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gemäß § 82 Absatz 4 erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schmiedel das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Langsam werde ich skeptisch!)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde in Zweifel gestellt, ob wir es beim Übergang zur neuen Landesregierung mit Erblasten zu tun hatten. Eine Erblast war aus unserer Sicht, dass die Kreditwürdigkeit des Landes Baden-Württemberg nur noch mit AA bewertet wurde. Wir haben diese Erblast beseitigt. Baden-Württemberg hat mittlerweile mit AAA wieder ein Spitzenranking.

(Staatssekretär Ingo Rust: Na!)

Es besteht also ein tolles Vertrauen der Finanzwirtschaft in diese Landesregierung und die Finanzpolitik des Landes. So beseitigt man Erblasten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Eine weitere Erblast ist der tägliche Stau.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Herr Hauk hat einen Fehler gemacht. Er hat im Zusammenhang mit seiner Behauptung, der Verkehrsminister unterlasse Straßenbau und würde hier nichts tun, den Kreis Ludwigsburg erwähnt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Das war natürlich ein großer Fehler. Denn dort kenne ich mich besonders gut aus. Dort gibt es zwei neuralgische Punkte. Das eine ist die Neckarquerung bei Remseck. Dort gibt es täglich einen kilometerlangen Stau in beide Richtungen. Drei CDU-Landesregierungen haben hierzu geplant, projiziert – ein Nordoststring, eine Andriof-Brücke als Entlastung dieses Punkts. Was ist passiert?

(Zurufe von der SPD und den Grünen: Nichts! – Abg. Dr. Stefan Fulist-Blei SPD: Nothing!)

Null. Null Komma null! Was macht der Verkehrsminister? Er nimmt die Grundlage und sagt: „Nordoststring geht nicht;

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Er will nicht!)

die CDU hat sich in drei Wahlperioden daran die Zähne ausgebissen.“ Er hat einen Plan vorgelegt, der jetzt in der Gemeinde diskutiert wird. Ich sage Ihnen: Im nächsten Jahr wird ihn die Gemeinde beschließen, und wir erleben es noch in diesem Jahrzehnt, dass dieser neuralgische Punkt durch eine zusätzliche Brücke entlastet wird – dank Winne Hermann.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das verhindert der Minister!)

– Nicht schreien, Herr Herrmann. Auch Sie wollten den Nordoststring, der nie zustande kam.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ich wollte ihn immer!)

– Sie wollten ihn immer? Warum haben Sie ihn nicht gemacht?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

(Claus Schmiedel)

Sie haben doch regiert.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir brauchen Einigkeit bei so etwas und keine Querschüsse von Ihnen! Sie waren immer gegen den Nordoststring und gegen die Entlastung der Bürger! – Lebhaftige Unruhe)

– Jetzt bin ich aber wirklich irritiert. Sie haben damals hier in Stuttgart regiert, und Sie haben im Bund regiert, aber trotzdem haben Sie es nicht gemacht. Ja was ist denn da los?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Der zweite neuralgische Punkt: Wir haben dort eine überlastete Autobahn, die für viele Orte im Kreis Ludwigsburg die einzige Umfahrung und gleichzeitig eine große Transitstrecke ist. Beim Verkehr ist es so: Wenn die Straße 110 000 Autos verträgt, aber 115 000 darauf unterwegs sind, dann kommt es zum Stau. Schon eine geringe Menge zusätzlicher Autos sorgt für einen Zusammenbruch des Verkehrs, und der ganze Ausweichverkehr fließt von der Autobahn in die umliegenden Dörfer und Städte. Was haben Sie gemacht?

(Zurufe von der SPD und den Grünen: Nichts!)

Nichts. Nichts haben Sie gemacht, um das vorzubereiten, was in Hessen in solchen Fällen schon seit 15 Jahren gemacht wird, nämlich die Standspur in solchen Überlastungssituationen als zusätzliche Verkehrsfläche zu erschließen. Dieser Verkehrsminister hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir 2016 wahrscheinlich so weit sind, auf dieser überlasteten Autobahn durch die zusätzliche Nutzung der Standspur den Verkehrsfluss zu erhalten, Staus abzubauen.

(Abg. Martin Rivoir und Abg. Sascha Binder SPD: Wir waren es!)

Sie haben das Thema „Intelligente Nutzung der Verkehrsinfrastruktur“ schlicht verschlafen. Sie haben nur noch vom Nordoststring geschwätzt, anstatt das realistisch Mögliche zu machen. Wir machen es. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr gut!)

Zum Schluss noch einmal für alle zum Verständnis: Was heißt Zweisäulenmodell? Es macht ja keinen Sinn, sich über etwas zu streiten, zu dem man unterschiedliche Vorstellungen hat. Im Zweisäulenmodell ist eine Säule das Gymnasium;

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ist das gesichert?)

dort wird in jedem Fach in jedem Jahr gymnasiales Niveau gefordert und geprüft.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ist die Säule gesichert? Wie lange gilt das?)

Die andere Säule ist ein integratives Angebot. Dieses besteht aus der Realschule, bei der man künftig zwei Schulabschlüsse machen kann,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

den Realschulabschluss oder den Hauptschulabschluss,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und wo der Inhalt vorbestimmt wird!)

und der Gemeinschaftsschule. – Hören Sie erst einmal zu, bevor Sie kommentieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich kenne das Konzept!)

– Sie kennen es eben nicht. – Bei der Gemeinschaftsschule macht man eine Hauptschulprüfung oder eine Realschulprüfung oder geht dann weiterführend auf eine gymnasiale Oberstufe. Auch das gymnasiale Kompetenzniveau ist dort beinhaltet.

Jetzt liegt es an den Schulen. Wir haben einen Weg eingeschlagen, bei dem wir nicht vorgeben:

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

„Du machst jetzt das, und du machst das.“ Vielmehr sind Schulreformen – das hat sich republikweit gezeigt – immer dann erfolgreich, wenn sie von den Akteuren vor Ort gewollt und zielgerichtet umgesetzt werden. Ich finde, das ist doch ein Konzept, hinter das sich mehrere stellen könnten, weil es von den Akteuren vor Ort getragen wird. Übrigens entstehen Gemeinschaftsschulen nicht nur in Dörfern. In Ludwigsburg wird im nächsten Schuljahr eine Schule als Gemeinschaftsschule an den Start gehen,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Stuttgart!)

die es heute noch gar nicht gibt. Sie ist von Gymnasiallehrern, von Realschullehrern, von Hauptschullehrern konzipiert – eine neue Schule als Gemeinschaftsschule, die bewusst in der Stadt Ludwigsburg errichtet wird.

Das heißt erstens: Reden Sie diese Schulen nicht länger schlecht.

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Es ist wirklich auch für diejenigen, die dort arbeiten, und diejenigen, die ihre Kinder dort hinschicken, ein unerträglicher Zustand, wie Sie da runtertrieten

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben doch behauptet, es sei erfolgreich!)

und die Arbeit und die Ergebnisse dort schlechtreden.

Das ist unerträglich. Stellen Sie sich endlich der Realität veränderten Schulwahlverhaltens und zurückgehender Schülerzahlen in der Fläche des Landes.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen einen Vergleich!)

Dann sind wir auch in der Lage, gemeinsam eine Schulstruktur zu definieren, bei der man davon ausgehen kann, dass sie sich in den nächsten zehn bis 15 Jahren in diesen zwei Säulen weiterentwickelt und in allen Landstrichen in Baden-Württemberg wohnungsnah gute Bildungsergebnisse ermöglicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Claus Schmiedel)

Das Angebot steht. Wir werden darüber reden. Was die CDU machen wird, werden wir sehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da werden Sie Pech haben!)

Aber es wäre für alle Beteiligten sehr hilfreich, wenn man sich in der Bildungspolitik über den Einsatz der Mittel, über die Ausbildung der Lehrer oder über Sonstiges politisch auseinandersetzt und nach dem besten Weg sucht. Es wäre wirklich an der Zeit, dass es eine Verständigung über Schulstruktur gibt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dazu darf es keine Vorbedingungen Ihrerseits geben! Sonst macht es keinen Sinn!)

weil Sie im Grunde keine wirklichen Einwände mehr haben, wenn wir uns innerhalb dieser zwei Säulen, innerhalb des beschriebenen Modells bewegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 02 – Staatsministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6002.

Ich rufe zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe Abschnitt I Nummer 1 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0201

Staatsministerium

Zu Titel 685 79 N – Zuschüsse – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6052-1, vor. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer Kapitel 0201 in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 15/6002 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 0202

Allgemeine Bewilligungen

Zu Titel 685 70 – Zuschüsse zur Förderung internationaler Kooperationen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6052-2, vor. Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0202 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 0203

Staatsgerichtshof

Wer Kapitel 0203 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 0204

Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union

Wer Kapitel 0204 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 0208

Führungsakademie Baden-Württemberg

Wer stimmt Kapitel 0208 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6002, abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/5964, soweit diese den Einzelplan 02 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 02.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 16 – Staatsgerichtshof. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6016. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft schlägt Ihnen vor,

Kapitel 1601

Staatsgerichtshof

zuzustimmen. Wer Kapitel 1601 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel einstimmig zugestimmt.

Wir sind am Ende der Beratung des Einzelplans 16 bzw. des Tagesordnungspunkts 1 b.



(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe **Punkt 1 c** der Tagesordnung auf:

### **Einzelplan 03: Innenministerium**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6003**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 03 – Innenministerium – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion dem Kollegen Blenke das Wort.

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Der Haushalt, der heute für das Innenressort vorgelegt wird, zeigt eines: Die Koalition setzt die falschen Schwerpunkte. Im Innenhaushalt werden in beiden Haushaltsjahren fast 15 Millionen € zusätzlich gestrichen. Den Antrag der CDU, 400 neue Stellen, die bei der Polizei vorhanden sind, dauerhaft zu erhalten, lehnt Grün-Rot ab. Der Freiwillige Polizeidienst wird aufgelöst, und Sie verantworten eine überteuerte Polizeireform. Diese Politik zulasten der Verwaltung, zulasten der Kommunen, zulasten der Sicherheit und der Bürger im Land tragen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU)

Gerade dem staatlichen Kernbereich der Innenverwaltung muss die Handlungsfähigkeit vollumfänglich erhalten bleiben. Wir hoffen, Sie haben sich – ich spreche Sie, Herr Innenminister, in Person an – mittlerweile persönlich davon überzeugen lassen, dass der vorhandene dreistufige Verwaltungsaufbau für ein Flächenland wie Baden-Württemberg genau der richtige Verwaltungsaufbau ist. Es wäre schön, wenn Sie das jetzt auch für sich so aufnehmen würden. Zentralisierung schafft Bürgerferne. Das sehen wir aktuell bei der Polizeireform.

Sie belasten mit dem Innenhaushalt – mit dem Haushalt insgesamt – auch die Kommunen, Stichwort „Neues Landespersonalvertretungsrecht“. Mit dem neuen Landespersonalvertretungsrecht schaffen Sie erhebliche Mehrbelastungen gerade auch für die Kommunen. 16 Millionen € muten Sie unseren Gemeinden und Landkreisen durch die Ausweitung der Personalvertretung zu.

Im Bereich der Innenverwaltung können Sie den Stellenmehrbedarf angeblich gar nicht selbst konkretisieren. Das heißt, die Kollegen müssen für die freigestellten Personalräte mitarbeiten; einen Ausgleich dafür gibt es nicht. Auf Deutsch: Die Mitarbeiter finanzieren die grün-rote Ideologie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein ähnliches Thema ist das Bildungsfreistellungsgesetz. Bei über 200 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Land ist das ein wichtiger Kostenfaktor für den Steuerzahler. Deswegen appellieren wir an Sie: Streichen Sie den Bildungsurlaub

vom gewerkschaftlichen Wunschzettel, und bezahlen Sie dafür unseren Nachwuchs in der öffentlichen Verwaltung besser!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

So gewinnt der Staat den Wettbewerb um die besten Köpfe.

Meine Damen und Herren, die Kommunen brauchen eine gute finanzielle Ausstattung für die Unterhaltung ihrer Feuerwehren. Das, was in den Gemeinden überwiegend auf freiwilliger Basis von den Frauen und Männern in den Feuerwehren geleistet wird, ist gelebtes bürgerschaftliches Engagement für die Sicherheit der Menschen.

(Beifall bei der CDU)

Dafür müssen die Feuerwehren gut ausgestattet sein, und dafür müssen den Kommunen die entsprechenden Mittel zugeteilt werden. Ich will ausdrücklich sagen: Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Fehlentscheidung, die Mittel aus der Feuerschutzsteuer zu deckeln, aufgehoben wurde. Jetzt ist die auskömmliche Finanzierung wieder gesichert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Walter Heiler SPD)

– Danke, Herr Kollege Heiler.

Kommen wir zur Polizei. Die Zahl der Wohnungseinbrüche nimmt dramatisch zu. Das verunsichert die Menschen in Baden-Württemberg landauf, landab.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Liegt das an der Polizeireform? – Unruhe)

– Ja, lieber Kollege Sakellariou.

Uns ist erstens bekannt, dass das ein bundesweites Phänomen ist.

(Zuruf)

– Nein, das ist nicht neu.

Zweitens sollte Ihnen bekannt sein, dass Baden-Württemberg mittlerweile unter den Flächenstaaten fast das Schlusslicht bei der Aufklärungsquote ist. Neun von zehn Wohnungseinbrüchen in Baden-Württemberg werden – anders als in anderen Ländern – nicht aufgeklärt. Das ist etwas, was Sie auch zur Kenntnis nehmen sollten. Herrn Kollegen Sakellariou und den anderen, die eben dazwischengerufen haben, sage ich: Wir wissen natürlich, dass Einbrüche im Jahr 2013 nichts mit der Polizeireform im Jahr 2014 zu tun haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

– Klatschen Sie nicht zu früh. – Aber wenn über zwei Jahre hinweg Tausende von Mitarbeitern bei der Polizei nichts anderes mehr zu tun haben, als die Polizeireform vorzubereiten, dann ist es kein Wunder, dass keine Zeit mehr bleibt, sich Gedanken über die Verbrechensbekämpfung zu machen. Dann ist der Zusammenhang wirklich gegeben; dann ist er da.

(Beifall bei der CDU)

(Thomas Blenke)

Werter Herr Minister, das räumen hinter vorgehaltener Hand mittlerweile auch hochrangige Führungskräfte in der Polizei selbst ein. Dieser Zusammenhang besteht.

Meine Damen und Herren, etwas weiterhelfen würden da schon die versprochenen zwei Beamten pro Revier, die kommen sollen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das ist doch lächerlich!)

Auf dem Papier gibt es sie, ja. Vor Ort werden sie meist noch gesucht oder sind sie schon wieder weg.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Die waren gar nie da!)

Zwei Beamte; das sollte ursprünglich einmal eine Streife rund um die Uhr sein. Das ist nicht ganz geglückt.

Dabei wäre es so einfach, Abhilfe zu schaffen. Wir haben einen Vorschlag gemacht. Von uns wurde im Jahr 2008 der sogenannte Einstellungskorridor beschlossen und aufgelegt. Damit wurden insgesamt über 1 200 neue Stellen bei der Polizei geschaffen – allerdings befristet, weil es sich nur um eine Vorwegnahme von Einstellungen gehandelt hatte.

Grün-Rot hat im Finanzausschuss unseren Antrag, das Personal dieser Stellen – in einem ersten Schritt ungefähr 420 Stellen – zu erhalten, abgelehnt, kühl abgelehnt. Dann ist klar: Die Stellen werden abgebaut – es sei denn, Sie stimmen heute unserem Antrag zu. Die Gelegenheit haben Sie noch. Wenn Sie das nicht tun, werden diese Stellen abgebaut. Damit heißt das: Sie von Grün und Rot verantworten den allerersten echten Stellenabbau in der baden-württembergischen Polizei. So ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: 1 000 Stellen! – Zuruf des Abg. Nikolaos Sakelariou SPD)

– Über die 1 000 Stellen können wir gern reden. Ich zerpfücke Ihnen das gern einmal in Ruhe. Herr Kollege Tschenk, das machen wir gern einmal.

(Zuruf)

Dieser Tage flatterte eine Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei auf die Tische. Zitat: „Ausverkauf Innere Sicherheit“. Weiter heißt es darin:

*Im nächsten Jahr steht der Polizei wohl ein finanzielles Desaster bevor.*

Das sagt die Gewerkschaft der Polizei, nicht unbedingt unser Fanclub,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

eher Ihrer.

(Unruhe bei der SPD)

Ich sage nur: Hier hat die GdP recht. Denn Sie legen dem Innenressort mit diesem Haushalt weitere Sparauflagen auf, für die Jahre 2015 und 2016 in Höhe von insgesamt über 14 Mil-

lionen €, ohne zu sagen, wo diese Einsparungen erfolgen sollen. Das interessiert uns aber jetzt. Wo sparen Sie? Wir wollen das wissen. Heute. Wollen Sie noch weniger Präsenzstreifen, weniger Geld für Benzin oder Diesel, weniger Bekämpfung von Islamismus, von Cyberkriminalität, weniger Investitionen in Technik? Das alles ist mit Fragezeichen. Wir wollen es wissen. Sie müssen sagen, wo überall Sie weniger wollen. Das müssen Sie einmal sagen.

Was ist eigentlich mit der Ausstattung der zahlreichen Neubauten, die Sie im Zuge der Polizeireform schaffen? Die Neubauten gehen auf das Finanzressort, aber die Ausstattung nicht. Sagen Sie uns einmal, wie Sie die finanzieren. Da muss nämlich ziemlich viel rein, auch ziemlich viel Technik.

Meine Damen und Herren, Sie haben eine völlig überteuerte Polizeireform auf den Weg gebracht, an der Sie sich – das merken Sie mittlerweile selbst – ganz gewaltig verhaben haben. Nebenbei gesagt: Sie ist auch katastrophal gestartet, auch wenn der Herr Ministerpräsident vorhin versucht hat, das zu verniedlichen. Sie ist katastrophal gestartet. Bei der Besetzung der Führungsspitzen der Präsidien gab es eine äußerst peinliche Posse.

Herr Innenminister – ich kann Ihnen das nicht ersparen –, jetzt besuchen Sie alle Präsidien

(Zuruf: Ja!)

– das ist gut; das machen wir auch –, sprechen mit den „hohen Tieren“ und sagen, alle in der Polizei seien glücklich. Haben Sie sich eigentlich schon einmal das Ergebnis der Personalratswahl angeschaut? Es wurde in der vergangenen Woche veröffentlicht. Glückwunsch an die Deutsche Polizeigewerkschaft und an den Bund Deutscher Kriminalbeamter für das überragende Ergebnis! Es gab eine Zweidrittelmehrheit für die reformkritischen Gewerkschaften und eine Schlappe für die GdP, die Genossentreue vor Interessenvertretung gestellt hat. Hier hat die Basis gesprochen. Bei der Personalratswahl wurden die Gewerkschaften unterstützt, die sich gegenüber der Polizeireform kritisch positioniert haben und die sie hinterfragt haben.

(Zuruf)

Glauben Sie im Ernst, dass das alles nichts miteinander zu tun hat? Polizeireform – alles Friede, Freude, Eierkuchen? „Die Reform ist schon Alltag“, verkündete der Minister dieser Tage in einer Zeitung. Vielleicht sollte man doch noch öfter mit der Basis sprechen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wir tun dies. Die Basis oder, um Ihre Terminologie zu verwenden, der Maschinenraum der Polizei registriert nämlich sehr sensibel, dass mehr Sand als Öl im Getriebe ist.

Im Kern, meine Damen und Herren, geht es aber doch darum: Wir brauchen am Ende mehr Polizei an der Front. Unser Angebot hierfür liegt vor und steht heute zur Abstimmung. In einem ersten Schritt möchten wir über 400 Stellen – ich habe es bereits erwähnt –, die vorübergehend geschaffen wurden, dauerhaft erhalten. Das ist unser Antrag. Lehnen Sie ihn nicht

(Thomas Blenke)

ab, sondern stimmen Sie dafür, dass diese Verstärkung der Polizei dauerhaft erhalten bleibt.

Meine Damen und Herren, die technischen Investitionen der Polizei sind sinnvoll. Die tragen wir natürlich mit. Das sind aber reguläre Folgebeschaffungen, die nötig sind. Das hätte jede andere Regierung genauso gemacht. Das ist das Brot-und-Butter-Geschäft einer jeden Regierung. Deswegen tragen wir das selbstverständlich mit.

Meine Damen und Herren, jetzt ist draußen wieder die Zeit der Weihnachtsmärkte. Die Menschen freuen sich auf die Weihnachtsmärkte – die Ganoven auch. Weihnachtsmärkte bedeuten Hochkonjunktur für Taschendiebe. Wir finden es richtig, dass die Polizei reagiert und mit Präsenzstreifen unterwegs ist. Das wäre aber auch das klassische Tätigkeitsfeld für den Freiwilligen Polizeidienst. Den lösen Sie aber auf, und damit bewirken Sie neben einer Abwertung des Ehrenamts eine Belastung für die Kommunen; denn die müssen dies dort, wo sie mit der Polizei nicht tätig werden können, mit kommunalen Ordnungsdiensten auffangen. Das ist eine echte zusätzliche Belastung für die Kommunen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Meine Damen und Herren, der Dank der CDU-Fraktion gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der baden-württembergischen Innenverwaltung und insbesondere auch der Polizei. Sie sind Garanten für ein verlässliches und funktionierendes Verwaltungshandeln, und sie – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – leisten damit auch einen wichtigen Beitrag zur Rechtssicherheit und zur Rechtsklarheit in unserem Land. Unser Dank gilt auch den vielen haupt- und ehrenamtlich Tätigen im nicht staatlichen Bereich, in den Rettungsdiensten, bei den Feuerwehren und im Bevölkerungsschutz.

Ich darf mich ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Pröfrock wird im zweiten Teil noch zur Flüchtlingspolitik und zu Ausländerfragen Stellung nehmen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, Herr Kollege Blenke, die Polizei in Baden-Württemberg macht eine hervorragende Arbeit, und Sie sollten sich sehr davor hüten, sie unzutreffend einzuschätzen und ständig ein Zerrbild der Situation hinsichtlich der Ausstattung mit Personal und mit Sachmitteln und hinsichtlich der sonstigen Maßnahmen zu zeichnen. Ich glaube, die Herausforderungen für die Polizei, auf die wir sicher noch im Einzelnen zu sprechen kommen, sind groß genug, dass sie die Unterstützung der Politik insgesamt verdient hat. Es muss endlich einmal aufgehört werden, dass die polizeiliche Ausstattung ständig zum Spielball der Politik und des Parteienstreits wird. Das ist, wie ich finde, kein gutes Zeichen.

(Beifall bei den Grünen)

In der allgemeinen Haushaltsdebatte fordern Sie immer wieder: „Nullneuerschuldung sofort“. Aber immer dann, wenn es in die Einzelpläne geht, vermisse ich Vorschläge, wie das eigentlich gehen soll. Wir machen das, obwohl es in vielen Bereichen nicht einfach ist. Das ist auch im Innenressort nicht einfach; niemand weiß das besser als der Innenminister. Das sind schwierige Verhandlungen. Der Einzelplan 03 umfasst keine Förderprogramme und keine sonstigen Maßnahmen, bei denen es leichter fällt als bei strukturellen Maßnahmen, Einsparungen zu erzielen. Dennoch beteiligt sich das Innenministerium daran, Einsparvorgaben zu erfüllen. Das war Gegenstand der Presseberichterstattung der letzten Wochen. Aber uns ist ganz wichtig, in diesem Zusammenhang festzustellen, dass die originäre Polizeiarbeit davon nicht betroffen ist, nicht betroffen sein wird. Ich denke, dass der Minister das im Anschluss noch einmal sehr deutlich darstellen wird.

Sie haben natürlich völlig recht, Herr Blenke, wenn Sie fordern, dass im Einzelnen gesagt werden soll, wie die Einsparvorgaben erzielt werden müssen. Aber uns ist die originäre Polizeiarbeit politisch enorm wichtig. Auch die Umsetzung der Polizeireform ist davon unberührt. Das ist eine wichtige Aussage, weil wir die innere Sicherheit in Baden-Württemberg und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nicht hoch genug schätzen können. Das ist uns ein wichtiges Gut, das wir in allen Bereichen schützen und verteidigen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Für die Polizei wurde – neben der Polizeireform in den letzten Jahren – auch im ablaufenden Haushaltsjahr viel getan. Stichworte sind: Verbesserungen im Nichtvollzugsbereich, Stellenhebungen im gehobenen Dienst, Erhöhung der dezentralen Budgets und eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen. Selbst unter dem Diktat schmalerer Kassen hat das Ministerium, haben die für die Innenpolitik zuständigen Arbeitskreise der Koalitionsfraktionen bewiesen, dass auch kreative Maßnahmen möglich sind, die zur besseren Zufriedenheit – –

(Einzelne Abgeordnete unterhalten sich mit Personen auf der Besuchertribüne. – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Einen Augenblick, Herr Kollege Sckerl. – Ich habe eine Bitte: Der Ring um die Abgeordnetenplätze ist dafür da, dass man von außen keine Debatten mit Abgeordneten im Inneren dieses Ringes führt. Es ist absurd, dass Abgeordnete dann selbst diesen Ring „überspringen“. Meine Bitte ist, dass Sie Ihre Anliegen einfach außerhalb des Ringes besprechen.

Bitte, Herr Kollege Sckerl.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Ich habe auch von Verbesserungen gesprochen, die wir im strukturellen Bereich für die Polizei vorgenommen haben. Eine Ansage gilt für uns ganz klar – wie auch in den letzten drei Jahren; Herr Kollege Blenke, Sie wissen, dass wir diese eingehalten haben –: Wir werden alles dafür tun, dass der Polizei die Mittel zur Verfügung stehen, die sie zur umfassenden und vollständigen Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt.

Sie wissen auch: Wenn ein Haushaltsansatz nicht auskömmlich kalkuliert ist – das kann durchaus sein – und sich im Alltagsdienst der Polizei zeigt, dass eine bessere Ausstattung not-

(Hans-Ulrich Sckerl)

wendig ist, dann haben wir dem auch entsprochen. Deswegen gibt es im Gegensatz zu Ihrer Regierungszeit keine Ersatzfußstreifen, die eingesetzt werden müssten, weil kein Benzin mehr beschafft werden kann, oder Ähnliches. Vielmehr ist die Polizei unter Grün-Rot bis zum heutigen Tag so ausgestattet gewesen, dass sie ihren Aufgaben in vollem Umfang nachkommen konnte. Auf diese Feststellung lege ich großen Wert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

All die Befürchtungen, die Sie ansprechen, sind nicht eingetreten, und sie werden auch in Zukunft nicht eintreten. Wir geben mehr denn je auch für die Polizei aus – im Gesamthaushalt sind es noch einmal zusätzlich 17 Millionen €.

Wir halten im Gegensatz zu Ihnen die personelle Ausstattung für auskömmlich, auch wenn wir – das war keine leichte, aber eine wohlüberlegte Maßnahme – uns zum allmählichen Auslaufenlassen und zur Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes entschlossen haben. Das war keine Absage an das Ehrenamt; das Ehrenamt wird hoch geschätzt. Aber jedes Jahr werden Studien über eine rasant zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamten vorgelegt. Wir müssen diesen Umstand leider beklagen und verurteilen ihn auch. Gleichzeitig müssen wir feststellen: Die Gefährlichkeit des Polizeiberufs ist in einer Weise gestiegen, dass viele Aufgaben – auch auf Weihnachtsmärkten, wo es immer wieder zu unschönen Szenen kommt – nur noch von Profis im Polizeidienst erledigt werden können. Das ist das Problem in den letzten Jahren gewesen, sodass wir komplett umstellen müssen.

Diese komplexen Herausforderungen können vom Freiwilligen Polizeidienst nicht mehr erfüllt werden. Das wäre eine Überforderung des Ehrenamts. Deswegen haben wir da konsequent gehandelt, und wir halten das auch am heutigen Tag für richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das Gesamtbudget für die Polizei ist also erhöht worden. Das dient auch der Stärkung personeller Infrastruktur, dem Abbau von Benachteiligungen bei der Besoldung, die zum Teil ja viele, viele Jahre angedauert haben. Früher hat man vom „Obermeisterbauch“ und vielem anderen geredet. Das sind alles Dinge, die wir jetzt strukturell Stück für Stück mit großer Stehtigkeit beseitigen – auch im Bereich der technischen Ausstattung.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Es ist also nicht so, dass das ein Brot-und-Butter-Geschäft einer Regierung wäre; auch bei der Technik haben Sie uns einen Reformstau hinterlassen. Wenn Sie mit den Dingen offen umgehen, dann wissen Sie das.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Von uns wird jedes Jahr ein zweistelliger Millionenbetrag in die Hand genommen, um die technische Ausstattung der Polizei auf allen Ebenen zu modernisieren, und dies durchaus unabhängig von den Erfordernissen der Polizeireform.

Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist kein weltbewegender Betrag, der im Haushalt steht, aber die Ansage, die wir damit verbinden, ist deutlich: Wir wollen,

dass diese Vereinbarkeit untersucht wird, dass wir ein strategisches Instrument für eine familienfreundliche Personalpolitik auch bei der Polizei in die Hand bekommen – gerade auch mit Blick auf die Tätigkeit von Frauen bei der Polizei. Wir wollen endlich auch da einmal vorankommen, damit die Polizei als Attribut für sich in Anspruch nehmen kann, ein attraktiver Arbeitgeber auch für Familien zu sein. Ich glaube, das ist eine wichtige Maßnahme, der Sie sich letztendlich nicht verschließen können.

Wir verbessern auch mit Blick auf die zunehmende Gewalt gegen die Polizei die Sicherheitsausrüstung ganz deutlich. Ich nenne den Körperschutz als ein Beispiel von mehreren. Wir tun auch mehr für die berufliche Weiterqualifizierung auf allen Ebenen – das sehen Sie auch in diesem Einzelplan 03 – und schließen dabei z. B. ausdrücklich – dank einer Anregung der Kollegen der SPD-Fraktion – auch die Spitzensportförderung bei der Polizei mit ein.

Fazit: Wir gehen erstens davon aus, dass die Personalgestaltung bei der Polizei auskömmlich ist. Zweitens: Der Freiwillige Polizeidienst gehört aufgrund der neuen Herausforderungen leider der Vergangenheit an. Und ansonsten – drittens – stehen auskömmliche Mittel für die vielfältigen Aufgaben zur Verfügung.

Herr Blenke, wer in der Vergangenheit knapp 1 000 Stellen im Vollzug und im Nichtvollzug abgeschafft hat, sollte sich hüten, uns vorzuwerfen, wir würden erstmals in der Geschichte des Landes Polizeistellen abschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD  
– Abg. Thomas Blenke CDU: Stimmen Sie unserem Antrag zu?)

Die Polizeireform ist eine schwierige Aufgabe gewesen. Aber eines ist auch klar: Sie kam spät, und zwar durch das Aussitzen aufseiten der Vorgängerregierung. Auch Sie wussten längst, dass eine Reform notwendig ist. Sie erfolgte spät durch Ihr Zögern, aber sie kam nicht zu spät. Sie kam offensichtlich gerade noch im richtigen Moment. Sie war für die Polizei mehr als notwendig und entfaltet eine positive Wirkung. Das haben wir im Verlauf dieses Jahres festgestellt. Die positive Wirkung war nicht am 1. Januar 2014 da, aber wir hatten am 1. Juli 2014 schon eine andere Situation. Wir haben jetzt, im Dezember 2014, noch einmal eine andere Situation. Das Ganze entwickelt sich stetig nach vorn und verbessert sich stetig.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Null Akzeptanz!)

– Das ist doch nicht wahr, Herr Kollege, dass es „null Akzeptanz“ gäbe. Auch wir sind vor Ort, wir reden mit den Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von der CDU: Personalratswahl?)

– Natürlich nehmen wir die Personalratswahl zur Kenntnis; das ist doch völlig klar.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Wir werden auch ganz intensive Gespräche mit den Personalräten führen; auch das ist völlig klar. Aber ich glaube, es gibt kein Bild, nur weil die Personalratswahl so ausgefallen ist. Wir haben die Wahlprogramme und die Wahlauseinandersetzungen

(Hans-Ulrich Sckerl)

zungen im Vorfeld der Personalratswahl aufmerksam verfolgt. Es wäre unzulässig, von einer Abstimmung der Polizei ausschließlich über die Polizeireform zu reden. Es war vielmehr ein vielschichtiger Themenstrauß.

Wie gesagt: Die Polizeireform war unumgänglich. Es wird sicher an der einen oder anderen Stelle noch zu leichten Nachjustierungen kommen müssen. Wir machen eine sorgfältige Evaluation, wir schauen uns die Dinge an. Reden Sie doch einmal mit den Verkehrsdirektionen, mit den Kriminaldauerdiensten, mit den Akteuren der kommunalen Kriminalprävention. Von Ihrer Seite werden die größten Befürchtungen geschürt und wird der Eindruck erweckt, die kommunale Kriminalprävention würde quasi zum Erliegen kommen. Kürzere Reaktionszeiten, schnellere Eingreifzeiten, entschlosseneres Eingreifen – überall haben wir bessere Ergebnisse. Das ist doch die klare Zwischenbilanz dieser Polizeireform.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die Leistungsfähigkeit und die Reaktionsfähigkeit gerade auch bei den Führungs- und Lagezentren wurde gesteigert.

Unter dem Strich handelt es sich also um ein gelungenes Projekt, das unter Umständen an der einen oder anderen Stelle der Nachbesserung bedarf. Dem werden wir uns ganz offen stellen, wenn sich das herausstellt.

Blicken wir einmal zurück: Es wären jetzt noch 37 Direktionen da; diese müssten wir personell unter dem Zeichen knapperer Ressourcen handeln, wenn wir jetzt die Polizeireform nicht hätten. Wir hätten gar nicht mehr die Möglichkeit, das jetzt darzustellen. Polizei in der Fläche würde doch verschwinden, wenn wir Ihr altes Modell aufrechterhalten hätten. Das ist das Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deswegen ist diese Kritik an der Reform nicht mehr zeitgemäß. Die Entwicklung ist darüber hinweggegangen. Über einzelne Fragen reden wir. Da stellen wir uns ganz gern einer sachlichen Diskussion.

Zu den Einbrüchen: Es ist völlig klar, dass uns die Entwicklung gemeinsam bedrückt. Das ist keine Quantité négligeable. Das ist ein echtes Problem.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Auch uns bereitet es Sorgen, wenn die Menschen um ihr Eigentum fürchten. Das ist zugleich kein baden-württembergisches Phänomen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Baden-Württemberg hat aber aufgrund seiner geopolitischen Lage einige Sonderprobleme. Da müssen wir noch besser werden. Das ist keine Frage.

(Zuruf des Abg. Matthias Pröfrock CDU)

Sie können aber nicht sagen, der Minister und die Polizei würden das aussitzen.

Es wurden Konzepte für Sonderermittlungsgruppen entwickelt. Diese sind inzwischen tätig. Ich hoffe, dass es hier zu

durchgreifenden Fahndungserfolgen kommt. Das ist jedoch nicht so einfach, wie mancher denkt. Es genügt nicht, einfach 100 Polizisten an der Autobahn bzw. entlang der großen Magistralen aufzustellen, um dann die Diebe zu fangen. Man muss vielmehr ein vielseitiges Maßnahmenbündel ausarbeiten. Die Prävention ist großartig. Ich finde es klasse, dass die Polizei derzeit durch die Dörfer, durch die kleinen Gemeinden zieht – in meinem Wahlkreis ist dies jedenfalls so –, um mit den Bürgerinnen und Bürgern in sehr gut besuchten Veranstaltungen über präventive Maßnahmen zu diskutieren. Auch durch eigene Sicherungsmaßnahmen am Haus kann viel getan werden.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Ich glaube, dass das Gesamtkonzept stimmt. Jetzt müssen Erfolge erzielt werden. Dann wird auch, wie ich meine, dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung wieder mehr entsprochen.

Ich habe nun nicht mehr viel Redezeit übrig. Mir war es aber wichtig, über die Polizeireform und deren Ergebnisse zu sprechen. Ansonsten, glaube ich, liegt uns ein Einzelplan mit einer auskömmlichen Mittelausstattung – auch für den Bereich der nachgeordneten Regierungspräsidien – vor. Für alle Aufgaben, die auf der Mittelebene kommen – Stichworte sind Flüchtlingsunterbringung, aber auch andere administrative Aufgaben, Feuerwehrwesen und Rettungsdienste –, haben wir das Notwendige getan.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Über die Rettungsdienste wird gerade sehr viel diskutiert. So gibt es etwa in meiner Region eine sehr virulente Diskussion über die Neuaufstellung. Ich bin ganz zuversichtlich, dass wir das Ganze gut weiterentwickeln werden. Die Feuerwehren sagen uns, sie seien mit dieser Regierung zufrieden. Ich glaube, das ist auch für den Einzelplan 03 das richtige Fazit.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Sakellariou das Wort.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sagen Sie, Sie stimmen zu, dass wir die 24 Stellen erhalten!)

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Dazu werde ich mich gleich äußern. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über den Einzelplan 03. Hier geht es um die Produktgruppe „Innere Sicherheit“. Das heißt, alles in diesem Einzelplan dient der Sicherheit der Bevölkerung von Baden-Württemberg.

Dabei ist festzustellen, dass dieser Einzelplan, der ein Volumen von jeweils 2,6 Milliarden € für die Jahre 2015 und 2016 ausweist, insgesamt zu 85 % aus Personalkosten besteht. Allein der Polizeibereich besteht zu 88,9 % aus Personalkosten. Der Rest entfällt auf Benzin, Autos, Schreibtische, Gebäude usw.

89 % Personalkosten, das bedeutet: Wer die Produktgruppe „Innere Sicherheit“ richtig anpacken will, muss bei den Polizeibeamten anfangen. Er muss bei den Verhältnissen anfan-

(Nikolaos Sakellariou)

gen, die eine gute Arbeit, gute Arbeitsbedingungen ermöglichen, wenn er dieses Produkt optimal bedienen will.

Deswegen will ich gleich mit dem Thema anfangen, mit dem Kollege Blenke so verächtlich begonnen hat,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das war doch nicht verächtlich!)

dem Landespersonalvertretungsgesetz. Da 89 % der Produktgruppe „Innere Sicherheit“ aus Personalkosten bestehen, sind die Polizeibeamten die wichtigen Leute. Durch eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte, wie wir dies getan haben, durch eine Optimierung der Abläufe,

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

durch ein Voranbringen der Mitbestimmungsrechte haben wir der Polizei etwas Gutes getan. Es ist geradezu zynisch, wenn hier jemand die Mitarbeitervertretung, das Landespersonalvertretungsgesetz als ideologischen Quatsch, der finanziert wird, verunglimpft

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oi, oi, oi! Das ist von vorgestern!)

und die Ergebnisse der Personalratswahlen als Beweis für die Richtigkeit seiner These heranzieht, dass die Polizeireform nicht ankomme. Das geht nicht. Das ist inkonsequent, und dafür gehören Sie gemäßregelt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nein, wer gute Arbeit will, muss auch die Mitbestimmung der Polizeibeamten loben, die wir verbessert haben und die Effektivität in diesem Bereich geschaffen hat.

Er muss auch erwähnen, dass Arbeitszufriedenheit etwas damit zu tun hat, dass Polizeibeamte, die 55, 56, 57 Jahre alt sind und bis dahin im Wechselschichtdienst arbeiten, Zusatzurlaub bekommen. Das ist das Beste, was wir für diesen Personenkreis tun können. Dass wir in diesem Bereich etwas getan haben, gehört auch zur Wahrheit dazu.

Als dritten Punkt möchte ich die Stellenhebungen anführen. Wir haben Stellenhebungen im Gegenwert von 4,5 Millionen € im Doppelhaushalt ausgebracht. Bei Beamten im mittleren Dienst kann zur Pensionierung noch eine Stellenhebung um eine Stufe nach A 9 mit Zulage erfolgen. Vor dem Hintergrund, dass 89 % der Kosten im Polizeibereich Personalkosten sind, ist dies genau das Richtige, um die Polizisten zu motivieren und nach vorn zu bringen. Dafür bedanke ich mich bei denjenigen, die den Haushalt in dieser Form mitgetragen haben.

Zum Thema Polizeistrukturreform: Es stimmt, dass in jedem Revier zwei zusätzliche Stellen – zunächst einmal auf dem Papier – geschaffen wurden.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Aha! Auf dem Papier! Papier ist geduldig!)

An ganz vielen Stellen sind auch Menschen dort. Ich erinnere noch einmal daran, dass die Produktgruppe „Innere Sicherheit“ zu 89 % aus Polizeibeamten besteht. Diese Reform ist auch sozial verträglich gestaltet worden. Das heißt, wenn ei-

ne Stelle noch nicht besetzt ist, kennt jeder Revierführer bei diesen zwei Stellen den Zeitpunkt, wann eine Person in Pension geht und er diese Stelle bei sich wiederfindet. Die komplette Umsetzung vollzieht sich dann aus Sozialverträglichkeitsgründen verzögert. Ich sage Ihnen aber: Das war den verbesserten Arbeitsbedingungen für die Polizeibeamtinnen und -beamten in Baden-Württemberg geschuldet, die sich dieser Reform gestellt haben.

Hinzu kommt etwas, was Kollege Sckerl noch nicht erwähnt hat. Das kann ich jetzt nachholen. Es wurden nämlich nicht nur diese zwei zusätzlichen Stellen geschaffen, sondern es wurde auch das System geändert. Man hat die Verkehrsunfallaufnahme ausgliedert und – neben den zusätzlichen Personen – weitere Spielräume auf den Revieren geschaffen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Die Wege sind länger!)

Durch den Kriminaldauerdienst hat man zudem zusätzliche Ressourcen bei den Polizeirevieren freigemacht.

Der zuständige Arbeitskreis der SPD-Fraktion war heute im Polizeirevier Stuttgart I. Ich habe mich dort erkundigt, wie die Erleichterungen durch die Auslagerung der Verkehrsunfallaufnahme und durch den Kriminaldauerdienst angekommen sind. Der Verantwortliche hat mir daraufhin wörtlich gesagt – jetzt bitte aufmerken, ich zitiere –: „Diese Annehmlichkeiten hatten wir schon immer.“ Warum? Weil das Polizeipräsidium Stuttgart schon diese Dimension hatte und schon immer ein Präsidium war, bei dem diese Arbeiten ausgelagert waren.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Die Stadt Stuttgart ist doch nicht vergleichbar mit dem Land!)

Deswegen war dieser Vorteil bereits vorhanden, der in den übrigen zwölf Präsidien jetzt erst geschaffen wurde. Die zusätzlichen Plätze, die in den Revieren geschaffen wurden, sind jetzt angekommen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Sakellariou, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Blenke?

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Gern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Thomas Blenke CDU:** Herr Kollege Sakellariou, mit Stuttgart, einem Ballungsraum, nennen Sie genau das richtige Beispiel. Können Sie nachvollziehen, dass in Stuttgart die Verhältnisse anders sind als beispielsweise im Polizeipräsidium Tuttlingen II, ...

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Absolut.

**Abg. Thomas Blenke CDU:** ... wo sich das Revier fast von der Schweizer Grenze bis nach Baiersbronn erstreckt? Dort kann dies aufgrund der großen Strecken so nicht gewährleistet werden. Nehmen Sie dies zur Kenntnis? Wir verurteilen es nicht als Ganzes. Aber gerade dieses Beispiel bringt es genau auf den Punkt. Stuttgart ist das falsche Beispiel dafür. Da funktioniert es, in anderen Großstädten, z. B. in Mannheim, auch.

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Die Zeit ist einfach weitergelaufen.

(Lachen des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Ich möchte Ihnen entgegenhalten, Herr Kollege Blenke, dass der Grundgedanke der Polizeistrukturreform darin bestand, diese Einheiten auf 2 000 Vollzugseinheiten zu erweitern. Diese 2 000 Vollzugseinheiten haben es erst ermöglicht, in einzelnen Einheiten bestimmte Dinge auszulagern, sodass das, was in Stuttgart aufgrund der Größe und des Zuschnitts – nicht nur aufgrund der Dichte – schon möglich war, im flachen Land erst möglich wurde.

Hinzu kommt, dass die Umsetzung der Polizeistrukturreform selbstverständlich Geld gekostet hat. Dies war aber, da es den Menschen zugutegekommen ist, auch gut investiertes Geld, das auch erforderlich war, um – ich erwähne es nochmals – die 1 000 Stellen, die Sie in einem schleichenden Prozess aus dem Vollzug herausgenommen haben, zu kompensieren und letztlich auch die Postenschließungen, die Sie auch zu vertreten haben und die Sie heute mit keinem Wort erwähnt haben, zu kompensieren.

Außerdem sieht dieser Haushalt vor, dass in jedem der kommenden Jahre wieder 700 Polizeianwärter zusätzlich eingestellt werden. Auch hier wurde die richtige Antwort gegeben, was eine zukunftsfähige Polizei betrifft.

Ich möchte einige Stichworte zum Thema Wohnungseinbrüche, das angesprochen wurde, nennen. Das Ergebnis, das wir in Kürze erfahren werden, wird zeigen, dass sich dank dieser Strukturreform jetzt auch Ermittlungsgruppen bilden konnten, die die Möglichkeit haben, die Systematik sinnvoll aufzuarbeiten. Sie werden erleben, dass die eingeleiteten Handlungskonzeptionen und Bekämpfungsmaßnahmen in kürzester Zeit Früchte tragen werden – genau hier in Baden-Württemberg –, weil wir diese Möglichkeit jetzt haben, die wir vorher nicht hatten. Sie lassen das immer wieder weg.

Wir haben heute, im Jahr 2014, diese bedauerliche Entwicklung. Aber diese Zahlen in Bezug auf Wohnungseinbrüche, die Sie heute beklagen, lagen im Jahr 1990 in Baden-Württemberg schon genauso vor. Das heißt, es gab immer wieder solche Entwicklungen, und die haben nichts mit der damaligen oder der heutigen Regierung zu tun. Vielmehr sind das Entwicklungen, auf die man jeweils reagieren muss. Ich bin froh, dass wir jetzt solche Strukturen haben, über die wir in der Lage sind, Antworten auf solche Problemlagen zu finden.

Sie haben leider auch verschwiegen, dass sich in den vergangenen Jahren, seit Minister Gall die Verantwortung hat, Zahlen auch nach unten entwickelt haben. Allein in diesem Jahr sind die Zahlen bei der Gewaltkriminalität um immerhin 6,2 % gesunken. Bei der Jugendkriminalität sind die Zahlen stark nach unten gegangen – sie haben sich innerhalb von fünf Jahren um 35 % verringert.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Das heißt, wir haben in diesem Bereich Erfolge erzielt, die auch dazugehören.

Angesprochen wurde die Presseerklärung der Gewerkschaft der Polizei wegen der globalen Minderausgabe.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Ich möchte nur daran erinnern, dass wir im Jahr 2011 dezentrale Budgets im Umfang von 50 Millionen € für die Finanzierung von Sprit und anderen Dingen vorgefunden haben, die heute auf der Agenda stehen. Diese Budgets waren in den Jahren zuvor von 64 Millionen € auf 50 Millionen € heruntergewirtschaftet worden. Erst mit dieser neuen Landesregierung sind die Volumina der dezentralen Budgets wieder nach oben gegangen, sodass es zum ersten Mal in dieser Phase in Baden-Württemberg keine Spritengpässe und keine Ersatzfußstreifen mehr am Ende des Jahres gegeben hat, sondern jede Dienstfahrt gemacht werden konnte. Das ist das Verdienst dieser Landesregierung und dieses Innenministers.

Ich kann es Ihnen noch einmal ganz konkret sagen. Die Polizei braucht sich keine Sorgen zu machen, mitnichten. Schauen Sie sich die Polizeihäushalte bis zum Jahr 2010 an. Allein im Polizeibereich – 89 % Personalkosten – hatten wir es immer mit Ausgaben von rund 1,2 Milliarden € zu tun. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch Grün-Rot und durch Minister Gall ist dieser Betrag jetzt sukzessive auf 1,4 Milliarden € gestiegen – allein im Polizeibereich. Das heißt, wir haben jetzt kontinuierlich jedes Jahr 200 Millionen € mehr im Polizeihäushalt in der Produktgruppe „Innere Sicherheit“. Ich kann Ihnen versichern: Es wird keinen Anlass geben, sich Sorgen zu machen, dass irgendein Polizeifahrzeug seine Streifenfahrt nicht durchführen kann.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Können Sie mal konkret sagen, wie das in jedem Präsidium ist?)

– Das wird dann umverteilt, und es wird natürlich Unterschiede geben müssen zwischen Präsidien mit weniger Fläche und großflächigen Präsidien. Aber es war schon immer so, dass dieselbe Zahl von Polizeibeamten vorher und nachher mit diesen Geldern auskommen mussten. Nach den Zahlen ist es auch so – auch da gibt es Schwankungen –, dass die Polizei in Baden-Württemberg pro Jahr 80 Millionen Kilometer fährt und neun Millionen Liter Treibstoff verbraucht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das dürfte in diesem Jahr etwas mehr werden!)

Bei 10 Cent pro Liter ergibt das rund 1 Million €. In den letzten Wochen und Monate ergaben sich Schwankungen zwischen 13 und 14 Cent. Das heißt, in dieser Hinsicht gibt es Spielraum und Entwicklungen, die auch einmal in die andere Richtung gehen können.

Zu den Anträgen der CDU möchte ich sagen: Es geht konkret darum, 420 k.w.-Vermerke zu streichen. Das wäre ein Kostenvolumen von 17 Millionen €, die strukturell gesichert auf diesen Haushalt zukämen. Ich habe gerade gesagt, was schon gemacht wurde. 17 Millionen € strukturell jetzt beschließen zu wollen – in einem solchen Haushalt, nachdem ich schon gesagt habe, was hier gelaufen ist – ist ein bisschen wohlfeil, wenn man bedenkt, welche Verbesserungen wir insgesamt schon erreicht haben. Ich habe heute den Appell gehört: Nullneuerschuldung jetzt. Tut mir leid, auch ich erkenne da einen gewissen Widerspruch. Deswegen werden wir diesem Antrag nicht folgen können.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Oh!)

Ich meine, das auch schlüssig begründet zu haben.

(Nikolaos Sakellariou)

Auch dem zweiten Antrag der CDU, dem Antrag zum Freiwilligen Polizeidienst, werden wir nicht folgen – auch nach dem, was uns heute auf dem Polizeirevier in Stuttgart vermittelt worden ist. Es stimmt, die Diebesbanden werden durch immer mehr technische Mittel immer professioneller. Uns haben dabei die Ohren geschlackert. Ich kann hoch professionellen Verbrechern keine ehrenamtlichen Polizeibeamten entgegenstellen. Das haben wir schon immer abgelehnt – da haben wir die Polizei auf unserer Seite –, und das werden wir auch heute ablehnen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Es kommt für uns nicht infrage. Hoch professionellen Verbrechern und Tätern müssen professionelle Widersacher entgegengestellt werden. Sie werden auch bei diesem Haushalt nicht erleben, dass wir da mitmachen.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass wir, wie im Finanzausschuss, diesen Haushalt mittragen werden, weil er vor allem den Polizeibeamten zugutekommt, weil über ihn Investitionen in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen getätigt werden und weil er einen Ausbau der Mitbestimmung, aber auch Gehaltsverbesserungen bei einem Personenkreis mit sich bringt, dem wir die Sicherheit in Baden-Württemberg verdanken und bei dem wir uns auch bedanken, indem wir diesem Haushalt zustimmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushalt zeugt nicht von besonderer Zuneigung dieser Regierung und der regierungstragenden Mehrheit gegenüber klassischen staatlichen Aufgaben.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Man beschäftigt sich lieber mit anderen teuren Steckenpferden als mit dem trockenen Brot der polizeilichen Arbeit und der inneren Sicherheit. Das sieht man dem Haushalt natürlich an, leider. Er ist aus unserer Sicht geprägt von einer falschen Reform, von einer Reform, die genauso groß wie schief angelegt ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich bin, Herr Innenminister, restlos überzeugt: Wenn diese Reform über die Bühne gegangen ist, dann wird vielleicht bei der Polizei alles anders, aber zumindest nicht besser sein, und es wird sehr teuer werden.

In diesem Fall muss man einmal auf das Jahr 2011 zurückblicken. Es wird niemand bestreiten, dass wir 2011 eine sehr gut funktionierende Polizei hatten. Sonst müsste ich jetzt alle Ihre Oppositionsreden wieder hervorholen, in denen Sie der Polizei eine erstklassige Arbeit bescheinigt haben.

(Heiterkeit des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Hier kann man schwer von Altlast reden. Nun ist das Bessere immer der Feind des Guten – das sehe ich auch so –, aber

das Bessere muss halt wirklich besser sein. Mir erschließt sich der Sinn dieser Reform nicht. Es wird am Schluss höchstens alles anders sein. Doch dass es besser sein wird – da kann man Geschichten vom Weihnachtsmann erzählen –, das glaubt niemand.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Dort, wo Vorteile erkennbar sind, sind auf der anderen Seite entsprechende Nachteile erkennbar, die damit verbunden sind. Wenn ich Dinge zentralisiere, dann werden die Wege länger. Dann kann ich vielleicht das Spezialistentum ein bisschen mehr pflegen, aber deswegen kommen die Spezialisten nicht. Ich will das alles hier nicht noch einmal ausbreiten. Es wird vielleicht anders, aber es wird nicht besser.

Wir können diesem Haushalt nicht zustimmen, weil das Geschehen im Innenministerium im Moment von dieser Reform dominiert ist. Das macht sich auch daran bemerkbar, dass durch diese Reform nicht nur die Tätigkeit der Polizei, sondern auch die des Innenministeriums im Wesentlichen in anderen Teilen gehandicapt und lahmgelegt wird. Die Reform bringt es mit sich, dass die Polizei in weiten Teilen mit sich und der Reform beschäftigt ist. Sie bringt es aber auch mit sich, dass das Innenministerium in weiten Teilen nur noch mit der Reform beschäftigt ist. Das ist die missliche Lage. Das merkt man auch an anderen Beispielen. Ich gehe nur auf wenige Stichworte ein.

Was z. B. die Bekämpfung des politisch und religiös motivierten Extremismus angeht, passiert nach unserer Meinung nicht das, was passieren könnte. Damit meine ich jetzt weniger die unsäglichen Vorgänge im parlamentarischen Raum. Man muss überlegen, ob man sich mit einem veralteten Ansatz, mit einem sturen Festhalten an der Aussage „Wir wollen nur Rechts extremismus untersuchen“ schon auf einen falschen Weg begibt, und zwar auf einen Weg, der durch Stümperei – natürlich auch durch all die Täuschungen, von denen viel die Rede war – am Schluss in einem Fiasko mündet. Parlamentarisch war der Kampf gegen den politisch und religiös motivierten Extremismus bisher ein Flop, ein von Grün-Rot verschuldeter Flop.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber auch, was die Seite der Exekutive angeht, sind wir irritiert. Wir stellen fest, dass das Landesamt für Verfassungsschutz, das eine besonders wichtige Rolle einnimmt, in den Jahren 2015 und 2016 weitere Stellen verlieren wird. Das muss man sich einmal klarmachen. Deshalb auch meine anfangs getroffene Aussage: Wenn die Polizei, wie ich durch einen Zeitungsartikel erfahren habe, 10 % ihrer Ausgaben einsparen soll und der Personalbestand beim LfV reduziert wird, dann kann man meines Erachtens nicht von einem „freundlichen Haushalt“ sprechen – um noch einmal auf meine Ausgangsthese zurückzukommen. Diese wird dadurch, glaube ich, ausdrücklich belegt.

Es ist auch falsch, beim Landesamt für Verfassungsschutz Personal einzusparen. An sich müsste man dort maßvoll Personal aufbauen. Darauf zielen unsere beiden Anträge ab. Eine Stärkung des Landesamts für Verfassungsschutz ist unseres Erachtens derzeit das Gebot der Stunde, gerade was die Ext-



(Dr. Ulrich Goll)

remismusbekämpfung angeht. Daneben aber gewinnt beispielsweise auch das Thema Wirtschaftsspionage immer mehr Bedeutung. Wir haben bescheiden formuliert – zweimal vier Stellen, aber auch die Möglichkeit, bis zu 20 Polizeistellen in Anspruch zu nehmen. Wenn Sie wirklich diesen Kampf intensivieren wollen, dann müssten Sie diesem Antrag eigentlich zustimmen. Zumindest würde mich die Begründung interessieren, warum Sie dies nicht tun.

Ich habe von anderen Feldern gesprochen, bei denen eine erstaunliche Handlungsunfähigkeit auch des Innenministeriums zutage tritt. Beispielsweise denke ich an das ewige Thema Informationsfreiheitsgesetz. Man muss es sich einmal vorstellen: Nach dreieinhalb Jahren kommt jetzt ein Eckpunktetapier.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

So etwas mache ich immer dann, wenn ich keinen Gesetzentwurf hinbekomme; dann mache ich halt einmal ein Eckpunktetapier, damit Ruhe ist – nach dreieinhalb Jahren! In diesem Eckpunktetapier steht dann: „Wir machen ungefähr das Gleiche wie der Bund.“ Ja, Verzeihung, es ist jetzt ein Jahr, andert-halb Jahre her, dass wir gesagt haben: Wenn ihr schon Personalknappheit habt, wenn es zwar schon ein Referat „Informationsfreiheitsgesetz“ gibt, dort aber noch niemand sitzt, dann nehmt doch einfach das Gesetz des Bundes. Da hätte man dann sofort etwas, was funktioniert. – Jetzt werden Eckpunkte vorgelegt, und diese ähneln wie ein Ei dem anderen den Vorschriften des Bundes. Ein Gesetz liegt jedoch immer noch nicht vor.

Da beschäftigt man sich, meine Damen und Herren, monatelang mit einer Änderung der Gemeindeordnung, mit einer wirtschaftsfeindlichen Änderung der Gemeindeordnung. Auch dabei kommt nichts heraus – Gott sei Dank, sage ich in diesem Fall –; denn dieses Vorhaben wurde plötzlich einkassiert, weil es in die neu entdeckte, angeblich wirtschaftsfreundliche Linie des Ministerpräsidenten nicht hineinpasst.

Da wird über das Thema „Verlängerung von Sperrzeiten in Gaststätten“ philosophiert. Auch dabei kommt wieder einmal nichts heraus. Es ist ein einheitliches Bild: Wenn ich etwas aus dem Innenressort höre, dann geht es um die Polizeireform und um die Schwierigkeiten dieser Reform. Ansonsten kommt nichts über die Ziellinie.

Auch der Verlängerung der Sperrzeiten war ein klägliches Ende beschieden, weil es – Gott sei Dank – in diesem Haus genug Leute gibt, die wissen, lieber Herr Innenminister: Es hat keinen Sinn, die Gehwege hochzuklappen, damit die Polizei keine Arbeit mehr hat. Man muss sich darauf einstellen, wie die Lebensgewohnheiten der Menschen sind und wie sich diese entwickelt haben.

Damit bin ich eigentlich schon beim vorletzten Punkt: Ein Blick auf die aktuellen Lebensgewohnheiten in den Städten, in den Gemeinden zeigt, dass auch der Freiwillige Polizeidienst durchaus seine Tätigkeitsfelder hat – oder hätte. Lieber Herr Sakellariou, wenn Sie nach dem Motto „Knapp vorbei ist auch daneben“ immer mit dem argumentativen Hammer in die Richtung hauen, man könne Ehrenamtliche nicht gefährlichen Tätern gegenüberstellen, dann sage ich: Sie haben völlig recht. Wir sind beispielsweise dafür, den Freiwilligen Po-

lizeidienst nicht am Streifendienst zu beteiligen. Das hielte ich tatsächlich für falsch.

Aber Sie können nicht verkennen, dass Jahr für Jahr neue Situationen auf uns zukommen, bei denen Mitglieder des Freiwilligen Polizeidienstes eigentlich gut eingesetzt wären. Ich denke da an die vielen Stadtfeste, die es gibt, gesellige Anlässe im öffentlichen Raum, wo die Polizei immer wieder gefragt ist. Da geht es aber nicht um gefährliche Täter, sondern es geht um polizeiliche Präsenz.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Was meinen Sie, wie gefährlich es auf Stadtfesten ist?)

Diese polizeiliche Präsenz könnte bei solchen Gelegenheiten auch der Freiwillige Polizeidienst gewährleisten, der damit gleichzeitig dafür sorgte, dass die professionell ausgebildeten, länger ausgebildeten Beamtinnen und Beamten für ihre eigentlichen Aufgaben zur Verfügung stünden und nicht dazu herangezogen würden, bei Festumzügen den Verkehr zu regeln.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich komme zum letzten Punkt, nämlich zum Dank. Ich danke allen Beamtinnen und Beamten, die bei der Polizei beschäftigt sind, die an Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit mitwirken, draußen, in den Dienststellen, und sicher auch im Ministerium. Der Respekt vor den Beamten in den Dienststellen führt auch dazu, dass wir bei Ablehnung des Haushalts insgesamt dennoch einer Reihe von Kapiteln zustimmen oder uns der Stimme enthalten werden. So werden wir uns beispielsweise bei der Abstimmung über die Kapitel, die die Präsidien betreffen, der Stimme enthalten. Die Leute können ja nichts dafür, dass sie nun in der falschen Struktur sitzen. Aber wir können dieser Struktur auch nicht zustimmen – ebenso wenig wie dem Haushalt insgesamt, wobei ein zentraler Grund die Ablehnung der Polizeistrukturreform ist.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Pröfrock.

**Abg. Matthias Pröfrock** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Einzelplan 03 gehört auch das Kapitel 0330 – Ausländer und Aussiedler. In diesem Bereich sehen wir trotz steigender Flüchtlingszahlen rückläufige Ansätze – bei den Maßnahmen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr, bei den Dienstleistungen Dritter, vorwiegend im DV-Bereich, bei den Sachverständigen- und Gerichtskosten. Es sind sinkende Ansätze bei gleichzeitig steigenden Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen. Das leuchtet uns nicht ein.

Bei den Kosten für die Rückführung steigen die Mittel an; das ist wahr. Sie bleiben aber deutlich unter den Istzahlen der Jahre 2012 und 2013. Auch hier fragen wir uns: Wie ist das mit den stark steigenden Asylbewerberzahlen unter einen Hut zu bringen?

(Matthias Pröfrock)

Dieser Haushalt wird den Herausforderungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik nicht gerecht. Der Ministerpräsident redet, der grün-rote Haushalt sieht anders aus.

Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn wir uns einmal ganz konkret die Rückführungen selbst anschauen. Auch dort: grün-rote Aufgabenteilung. Die grüne Basis protestiert, der Ministerpräsident gibt den Staatsmann, der der Asylrechtsänderung zugestimmt hat – Sichere-Drittstaaten-Regelung.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Sichere Herkunftsländer! Keine Ahnung!)

Gestern sind 83 abgelehnte, ausreisepflichtige Asylbewerber von Söllingen aus in ihre Heimat nach Serbien oder Montenegro zurückgeführt worden. Was ist denn mit denen, die aus Baden-Württemberg zurückgeführt werden sollten? 76 sollten zurückgeführt werden, davon saßen 26 im Flugzeug. 50 haben gefehlt. Warum? Sie sind vorher abgetaucht. Wie kann das passieren? Offensichtlich gibt es eine Anweisung – ich wüsste gern einmal, wer diese veranlasst hat, Herr Minister –, dass die Zurückzuführenden einen Tag zuvor über die Rückführung informiert werden sollen. Das ist ja ein Treppenwitz! Erst ordnet der Minister an, es solle abgeschoben werden, und dann bindet man den Beamten die Schnürsenkel zusammen und hindert sie daran, ihre Arbeit zu machen.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Feiern Sie kein Weihnachten? Streichen Sie einfach das „C“ in Ihrem Par-teinamen!)

Denn zufälligerweise sind die Leute an diesem Tag dann nicht in ihrer Unterkunft anzutreffen. Mit so etwas macht sich der Staat zur Lachplatte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Was wäre denn stattdessen hilfreich? Wir haben schon darauf hingewiesen: Wir brauchen eigentlich Bezirksstellen für Asyl, in denen in schnellen Verfahren schnelle Entscheidungen kommen. Denn längere Verfahren sind auch eine Belastung für die Flüchtlinge selbst, auch sie brauchen schnelle Entscheidungen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Wenn wir eine Sichere-Drittstaaten-Regelung haben,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das hat überhaupt nichts miteinander zu tun!)

dann sollten wir es auch so halten, dass wir dies konkret mit Leben füllen. Wir sollten also diejenigen Bewerber, die ins Land kommen – häufig auch mit Zweit-, Dritt- und Viertfolgeanträgen –, gar nicht mehr verteilen, sondern sie direkt von der Landeserstaufnahmestelle aus schnell in ihre Heimatstaaten zurückführen. Das wäre eine Verfahrensbeschleunigung,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ein Blick in das Asylverfahrensgesetz hilft! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

und das würde die Situation vor Ort wirklich entlasten.

Wenn Sie mir dies nicht glauben wollen: Der Minister hat gesagt, die Forderung, besser und schneller abzuschieben, sei unanständig. Dazu möchte ich Ihnen – damit schließe ich dann auch – ein Zitat aus einem Brief von der kommunalen Basis vortragen, und zwar vom Landrat des Rems-Murr-Kreises, Herrn Fuchs. Er schreibt – Zitat –:

*Wenn ich nun aus dem Innenministerium höre, dass im ersten Halbjahr 2014 aus dem Südwesten nur 422 Personen abgeschoben wurden, grenzt dies für mich an eine Aushöhlung und Pervertierung des Asylrechts. Hier fehlt es doch eindeutig an einem nachhaltigen Rückführungskonzept bzw. der entschlossenen Bereitschaft zu einer konsequenten Heimführungspraxis bei fehlendem Asylgrund.*

Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall das Wort.

**Innenminister Reinhold Gall:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Meine Vorredner, insbesondere diejenigen von der Opposition, haben sich bei der Diskussion über den Einzelplan 03 schwerpunktmäßig oder gar ausschließlich auf die Themen Polizei und „Innere Sicherheit“ beschränkt. Mir ist es aber wichtig, im Rahmen der Diskussion über diesen Einzelplan zu verdeutlichen, dass das Innenressort wesentlich umfangreichere Aufgaben zu bewerkstelligen hat und ich der Auffassung bin, dass wir diesen Aufgaben nicht nur nachkommen, sondern sie auch zur großen Zufriedenheit insbesondere der Kommunen und der Menschen im Land wahrnehmen. Vermutlich haben Sie dies deshalb nicht einmal ansatzweise erwähnt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: In zehn Minuten kann man nicht alles sagen!)

Ich will mit unserer Zuständigkeit für das Kommunalwesen im Land Baden-Württemberg beginnen. Wir sind uns, glaube ich, einig, dass selbstständige Kommunen und eine leistungsstarke Verwaltung auf allen Ebenen ein fester Bestandteil des Fundaments der guten Entwicklung unseres Bundeslands Baden-Württemberg sind. Ich sage ausdrücklich, dass ich vorhabe, diesen Weg nicht nur zu bewahren, sondern auch weiterzuentwickeln.

Beispielsweise die kommunalen Landesverbände – vermutlich hören Sie das nicht gern – bestätigen, dass diese Landesregierung Partner der Kommunen im Land ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich will es ausdrücklich sagen: Das hat eine lange Tradition. Das haben nicht wir erfunden.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Eben!)

Zwar gab es diese Partnerschaft und Zusammenarbeit verbal auch in der Vergangenheit – auch daran erinnern sich die Kommunen –, aber in der Lebenswirklichkeit haben die Kom-

(Minister Reinhold Gall)

munen diese Partnerschaft und Zusammenarbeit häufig nicht gespürt. Vielmehr gab es allenthalben nicht nur Gerangel um die Finanzausstattung, sondern häufig auch heftigen Streit darüber.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das war schon immer so! Das ist ja ganz normal!)

Das haben wir abgestellt. Wir haben es uns in allen Ressorts und über alle Ressortgrenzen hinweg als gemeinsame Aufgabe der Landesregierung vorgenommen – das freut mich natürlich als Kommunalminister –, dass der Grundgedanke der kommunalen Selbstverwaltung gelebt wird. Die Kommunen haben ihre Aufgaben zu erledigen, und wir sind uns darin einig – das war viele Jahre zuvor nicht der Fall –, sie bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Matthias Präfrock CDU: Das ist eine Selbstverständlichkeit! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das ist nichts Neues!)

Meine Damen und Herren, was der Mittelstand für die Wirtschaft ist, sind die Kommunen für unser Land. Gerade diese Landesregierung macht deutlich, dass wir es so sehen, dass die Kommunen der Garant für diese Entwicklung in der Zukunft sind. Wir stehen an ihrer Seite, gängeln sie nicht, maßregeln sie nicht, und wir kürzen auch nicht ihre Finanzmittel, wie Sie dies in der Vergangenheit gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, das bedeutet in der Konsequenz unserer Politik, dass wir den Kommunen mehr Freiheit geben, um ihre Aufgaben zu erledigen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Zum Beispiel wo?)

Wir nehmen sie nicht ans Gängelband, sondern geben ihnen mehr Freiheit.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wo?)

Damit meine ich nicht die Schaffung von Eigenbetrieben oder von privatrechtlich geführten Unternehmen, denn diese Möglichkeiten haben sie schon. Vielmehr werden wir es ihnen ermöglichen – Herr Goll, damit werden wir im ersten Halbjahr des kommenden Jahres viel zu tun haben; ich meine Gesetzesvorlagen und Diskussionen im Innenressort –, selbstständige Kommunalanstalten zu schaffen. Damit wollen wir den Kommunen im 21. Jahrhundert die Möglichkeit geben, ihre Aufgaben in der entsprechenden Rechtsform erledigen zu können, was im gegenwärtigen Umfang jedenfalls nicht der Fall ist.

Zu den Kommunal финанzen und der Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen: Wir – das heißt die Landesregierung und insbesondere ich als Innenminister – haben in gemeinsamer Verantwortung enorme Anstrengungen unternommen, um die Belastungen der Kommunen aufgrund bestimmter Entwicklungen abzufedern und ihnen nachhaltig unter die Arme zu greifen.

Ein Stichwort lautet „Kinderbetreuung“. Diese ist zwar nicht in meinem Ressort angesiedelt, aber als Kommunalminister

begrüße ich Verbesserungen in diesem Bereich natürlich ausdrücklich. Wir geben den Kommunen finanziell einen prima Rahmen, um diese Aufgabe erledigen zu können.

In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Worte, die in der ersten Debatte gefallen sind. Sie sprachen von Wahlgewinnen und Volksbeglückung. So würden Sie das offensichtlich nennen, wenn wir die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen. Wir hingegen nennen das ganz einfach Mitverantwortung, Gemeinsamkeit und Politik auf Augenhöhe.

Zum kommunalen Finanzausgleich: Schauen Sie sich einfach die Entwicklung der zurückliegenden vier Jahre an. Wir haben die Kommunen in den Jahren 2013 und 2014 um jeweils 25 Millionen € entlastet. Im Doppelhaushalt 2015/2016 entlasten wir sie um jeweils 50 Millionen €. Summa summarum kommt es also zu einer Entlastung um 150 Millionen €. Das haben wir gemeinsam mit den Kommunen vereinbart, und damit haben wir ihnen finanzielle Sicherheit bis zum Ende dieser Legislaturperiode gegeben. Das ist in Ihrer Regierungszeit nicht ein einziges Mal der Fall gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte einige Stichworte nennen, damit sie nicht vergessen werden.

Schulsozialarbeit: Sie stellten dafür null Mittel zur Verfügung; bei uns sind es 25 Millionen €. Wohnungshilfe: Der Investitionsförderrahmen vervierfachte sich in unserer Regierungszeit. Bei der Krankenhausfinanzierung kam es zu einer Erhöhung um 50 Millionen €, was logischerweise insbesondere denen zugutekommt, die erfreulicherweise, wie ich finde, auch noch kommunale Krankenhausstrukturen und Standorte vorhalten. Das sollte man nicht vergessen, sondern immer wieder in Erinnerung rufen.

Meine Damen und Herren, ja, wir wollen eine starke Verwaltung haben. Wir haben, wie gesagt, eine leistungsstarke Verwaltung, und wir möchten, dass es so bleibt.

Herr Blenke, in Ihre Richtung möchte ich ausdrücklich sagen: Dankesworte heizen keinen Winter, so gut sie auch gemeint sein können. Ich erinnere Sie an eine Aussage, die Sie im Jahr 2012 bei einer entsprechenden Debatte gemacht haben:

*Bei Ihnen*

– uns haben Sie gemeint –

*wird jedoch der Personalkörper nahezu ungebremst weiter aufgebläht.*

Dies sagten Sie im Zusammenhang mit dem 1 480-Stellen-Einsparprogramm, mit dem Sie die Verwaltung geschwächt haben, indem Sie dafür Sorge getragen haben, dass die einzelnen Leistungsebenen in den Regierungspräsidien bis hin zu den Landesbeamten ihre Aufgaben kaum mehr bewältigen konnten. Sie haben uns vorgeworfen, wir seien von diesem Einsparprogramm abgewichen.

Wir übernehmen die Verantwortung. Wir sorgen dafür, dass die Landesbehörden leistungsstark bleiben können. Deswegen werden wir auch im Doppelhaushalt 2015/2016 dafür sorgen, dass die noch aus Ihrer Regierungszeit stammenden Einsparvorgaben aus diesem Programm bezüglich des Personals

(Minister Reinhold Gall)

abgedeckt werden. Die Regierungspräsidien werden nicht, wie von Ihnen vorgesehen, in den nächsten Jahren jeweils 92, sondern nur noch 50 Stellen abbauen müssen. So verstehen wir Verantwortung. So verstehen wir unsere Aufgabe, um die Behörden leistungsfähig zu erhalten.

Wahlgewinn? Ich meine, nein.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie schaffen neue Stellen und bauen woanders ab! Nullsummenspiel!)

Wie gesagt, wir kommen unserer Verantwortung und unserer Aufgabe entsprechend nach.

Lassen Sie mich noch ein paar Takte zum Stichwort „Moderner Arbeitgeber“ sagen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Stehen Sie zum dreistufigen Verwaltungsaufbau?)

Wir sind partnerschaftlich unterwegs. Wir beteiligen die Beschäftigten so umfangreich wie möglich und vertretbar an Entscheidungsprozessen. Wir lassen sie teilhaben an dem, wie sie ihre Zukunft in den Landesbehörden sehen – Stichwort Interessenbekundungsverfahren. Da möchte ich Ihnen ganz offen sagen: Ich bin stolz darauf, dass wir dies gemacht haben. Denn kein Unternehmen in der Wirtschaft, keine Verwaltung in Baden-Württemberg oder in einem anderen Bundesland hat ein solches Programm umgesetzt und dafür Sorge getragen, dass den Interessen der Beschäftigten so weit wie irgend möglich nachgekommen werden konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Das gab es doch früher auch schon!)

Wir haben das gemacht, weil wir eine starke Belegschaft möchten und weil wir davon überzeugt sind, dass eine starke Belegschaft auch eine gute Gesamtleistung abliefern kann. Die Beschäftigten machen dies auch immer wieder deutlich.

Ich will ausdrücklich sagen: Wir sehen uns in der Tradition beispielsweise hervorragender Unternehmensführer in Baden-Württemberg. Robert Bosch hat einmal gesagt: „Mitarbeiter auf Augenhöhe stärken im Prinzip auch die Bereitschaft, sich für das Unternehmen einzubringen und Verantwortung im Unternehmen zu übernehmen.“ Das ist eine sozialdemokratische Grundhaltung in der Tradition unseres Landes, der wir als Arbeitgeber in der Beschäftigtenpolitik auch Ausdruck verleihen.

Wir wollen mehr Teilhabe beispielsweise auch von Menschen, die eine neue Heimat in Baden-Württemberg gefunden haben. Das bedeutet einen höheren Migrantenanteil, einen höheren Anteil von Menschen mit Zuwanderungsbiografie in der öffentlichen Verwaltung und insbesondere auch in den Reihen der Polizei.

Von Ihnen wurde diese Aufgabe zögerlich bis gar nicht angegangen, nicht in den Fokus gerückt, dem Zufall überlassen. Wir hingegen gehen diese Aufgabe ganz gezielt und bewusst an und erreichen deshalb tolle Ergebnisse bei der Polizei, im Sicherheitsapparat. Mittlerweile beträgt der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsbiografie in diesem Beruf 25 bis 27 %. Und ich will Ihnen sagen: Es ist ein klasse Bild, das

man wahrnehmen darf, wie stolz diese Menschen eine Uniform tragen und mit welchem Ehrgeiz sie sich der Aufgabe widmen, dem Staat und den Bürgern im Staat zu dienen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Meine Damen und Herren, Verantwortung heißt aber auch, dem gerecht zu werden – –

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Ist das jetzt eine Regierungserklärung?)

– Nein, wir diskutieren über den Haushalt, und das sind Inhalte dieses Haushalts, Herr Präfrock.

Verantwortung heißt aber auch, Sparbeiträge zu liefern, damit wir auch weiterhin den Weg gehen können, auf den wir uns gemacht haben, nämlich die Schuldenbremse im Land zu erreichen und einzuhalten. Das Innenministerium hat auch hierbei seinen Beitrag zu leisten – keine Frage.

Ich muss Ihnen einfach sagen: Hätten Sie den Haushaltsplan einmal gelesen, dann hätten Sie die entsprechenden Veränderungen erkennen können. Sie hätten erkannt, wo gespart wird und wo wir reduzieren. Sie hätten dann die Frage stellen können,

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

wie wir das eigentlich hinbekommen. Das haben Sie gar nicht gemacht. Ansonsten hätten Sie nicht erst durch Zeitungsmeldungen darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass beispielsweise bei den dezentralen Budgets gespart wird.

Ich will ausdrücklich sagen – Kollege Sakellariou hat es deutlich gemacht –: Noch nie war so viel Geld im Polizeihaushalt des Landes Baden-Württemberg ausgebracht wie gegenwärtig. Unter dem Strich wird dort nämlich nicht gespart, sondern es werden mehr investive Mittel eingestellt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: Bravo!)

Die Entwicklung – er hat die Zahlen in etwa genannt – von 2010 bis heute zeigt einen Unterschied von etwa 250 Millionen € bei den Ausgaben auf. Ausgaben bedeuten ausdrücklich Investitionen

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

in die Sicherheit in unserem Land. Ich weiß gar nicht, was daran kritisiert werden kann.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Meine Damen und Herren, Sicherheit – das steht hoffentlich außer Zweifel; das haben wir uns auch zu eigen gemacht – ist die Gewähr für demokratische und für wirtschaftliche Stabilität, gerade in einem Land wie Baden-Württemberg. Deshalb muss denjenigen, die sich im Bereich der Sicherheit engagieren, die tagtäglich ihren Dienst leisten, der Rücken gestärkt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Minister Reinhold Gall)

Die Sicherheitsarchitektur muss diesen Veränderungen auch gerecht werden. Sie reden die alten Strukturen, die sich längst überholt haben und über die wir in der heutigen Zeit und in den kommenden Jahren nicht einmal ansatzweise in der Lage wären, den Herausforderungen zu begegnen, in einem treuen, alten Glauben noch immer gut.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Wenn Sie wirklich machen würden, was Sie hier immer behaupten,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

nämlich mit denen, die Verantwortung innerhalb der Polizei tragen, darüber zu reden, was denn an der Veränderung richtig gut ist – Beispielsweise die Cyberkriminalität wurde angesprochen. Sie hatten sie noch nicht auf dem Schirm.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Das ist albern!)

In unserer Regierungszeit wurde im Landeskriminalamt eine Abteilung eingerichtet, die sich damit befasst. Cyberkriminalität wird in der Fläche des Landes bekämpft, indem wir entsprechende Inspektionen unter dem Dach der zwölf regionalen Kriminalpolizeidirektionen haben.

Das Thema, Software für die Bekämpfung von Kinderpornografie zur Verfügung zu stellen, gab es doch zu Ihrer Zeit nur ansatzweise. Hingegen sind wir durch die investiven Mittel – dies sind im Haushalt übrigens 13,5 Millionen € – flächendeckend in der Lage, das Internet entsprechend auszuwerten. Was Sie daran zu kritisieren haben, ist mir völlig schleierhaft.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Meine Damen und Herren, Katastrophenschutz ist ebenfalls ein ganz wichtiges Thema. Wir alle nehmen wahr, dass die Zahl von Großschadenslagen nicht sinkt, sondern dass es davon eher mehr gibt bzw. geben wird. Deshalb investieren wir auch in diesem Bereich. Wir stellen für die Ausstattung der Landesfahrzeuge 1,6 bzw. 1,7 Millionen € zur Verfügung. Wir haben im Doppelhaushalt – auch das kann man nachlesen – jetzt Mittel für elf Notfallstationen im Umfeld von Kernkraftwerken – dies bezieht sich auf die zu erstellenden Evakuierungspläne – bereitgestellt. Dabei geht es um die Themen Messen, Erstausrüstung, Dekontamination und Ähnliches. Was Sie daran zu kritisieren haben, ist mir völlig schleierhaft. Meine Damen und Herren, wir wissen alle – –

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Sie kritisieren doch ständig die Ausgaben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, natürlich! – Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Minister, wir haben das ausdrücklich mitgetragen!)

Ich will ausdrücklich sagen: Das Thema Sicherheit ist nicht nur bei der Polizei verortet. Dafür gibt es auch andere Verantwortungsträger.

Herr Goll, ich wundere mich schon, wenn Sie hier sagen, die Ordnungsaufgaben, die im Umfeld von Stadtfesten zu bewerkstelligen sind, wären Aufgaben der Polizei. Nein, da bin ich schon der Auffassung, dass dies auch Aufgabe derer ist, die

dort Feste veranstalten. Das ist eine Aufgabe der örtlichen Versammlungs- und Genehmigungsbehörde, der Ordnungsbehörde vor Ort.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dafür müssen nicht zwangsläufig Polizeikräfte zur Verfügung stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, innere Sicherheit im umfassenden Sinn lebt in der Tat auch vom Engagement derer, die sich ehrenamtlich bzw. freiwillig einbringen. Ich spreche beispielsweise die Feuerwehren in unserem Land an. Dafür wurde noch nie so viel Geld bereitgestellt wie im Doppelhaushalt 2013/2014, nämlich 50 Millionen €. Die Kommunen geben pro Jahr 450 Millionen € für diesen Bereich aus. Wir unterstützen diese Investitionen – den Unterhalt und Betrieb dieser Feuerwehren der Städte und Gemeinden – über den Doppelhaushalt 2015/2016 mit sage und schreibe 57 Millionen € jährlich.

Meine Damen und Herren, wir werden auch Geld in die Hand nehmen, um in die Forschung zu investieren, beispielsweise um die Akademie für Gefahrenabwehr im Neubau der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal zu installieren. Beim KIT in Karlsruhe werden wir uns intensiver der Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Brandschutztechnik widmen.

Wir haben beim Thema Rettungswesen Aufgaben vor uns, keine Frage. Dazu werden wir im kommenden Jahr, denke ich, spannende Diskussionen haben. Dabei wird es um die Hilfsfristen gehen und auch um den Transport, die Versorgung von Menschen, die verletzt sind, einen Unfall hatten oder erkrankt sind. Dabei geht es um den Weg vom Entstehungsort bis zum Versorgungsort.

Dabei gibt es weiß Gott mehrere Parameter. Es geht nicht nur um die Eintreffzeiten von Rettungsfahrzeugen oder dem Notarzt. Auch die Ersthelferausstattung sowie die Weiterqualifizierung und -entwicklung von Notfallsanitätern zählen dazu. Der erste Lehrgang diesbezüglich ist jetzt auf dem Weg.

Was das Thema Hilfsfristen anlangt, lade ich gern zu einer offenen Diskussion ein. Ich bitte einfach darum, dass man nicht erste Überlegungen gleich qualifiziert oder abqualifiziert,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Nicht gemacht!)

sondern dass man sich auf der fachlichen und sachlichen Ebene in diesen Diskussionsprozess einbringt.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Meine Damen und Herren, zum Thema „Vertrauen und Mitwirkung der Bürger“: Herr Kollege Blenke, Sie haben Personalauswahlwahlen angesprochen. Wir nehmen so etwas nicht nur zur Kenntnis, sondern machen uns auch Gedanken, woran das Ergebnis liegt.

Ich will aber ausdrücklich auf etwas anderes hinweisen, nämlich auf eine ziemlich aktuelle Infratest-Umfrage. Nach dieser Umfrage sind 60 % der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger mit der Politik für innere Sicherheit in unserem Bundesland zufrieden.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Die Polizeibeamten auch?)

(Minister Reinhold Gall)

Ob Sie es glauben oder nicht: 58 % der CDU-Wähler sind es auch.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Meine Damen und Herren, die Polizeireform und Investitionen in die innere Sicherheit machen wir in erster Linie für die Bürgerinnen und Bürger des Landes. Logischerweise nehmen wir auch wahr, was Polizeibeamtinnen und -beamte dort einzubringen haben, wie sie darüber denken. Aber Kernauftrag ist, Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen.

Diese Zahlen machen deutlich – jedenfalls lese ich dies aus solchen Umfragewerten heraus, wenn selbst 58 % Ihrer Klientel, die Sie ja ständig zu verunsichern versuchen, zufrieden sind; Sie argumentieren emotional – und bestärken mich in der Auffassung, dass die Menschen durchaus in der Lage sind, sich ein Gesamtbild zu machen, und ihre Meinung nicht nur davon abhängig ist, ob ein Streifenwagen vom Ort X zu einem anderen umgesetzt wird, ob sich irgendein Beamter zu Wort meldet, weil er gern einen persönlichen Frust zum Ausdruck bringen möchte. Sie können schon sehr genau abwägen, was Ursache und was Wirkung ist.

So verhält es sich übrigens auch beim Thema Wohnungseinbrüche. Ja, alles, was gesagt wurde, stimmt im Kern. Die Zahl erhöht sich, aber Baden-Württemberg liegt im Ländervergleich längst nicht an der Spitze, sondern befindet sich nach wie vor irgendwo im Mittelfeld.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Super! Klasse!)

Das beruhigt mich nicht; das will ich ausdrücklich sagen. Es besteht Handlungsbedarf. Aber Sie sollten hier nicht ständig diejenigen diskreditieren, die sich tagtäglich dafür einsetzen, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken.

(Beifall des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Thomas Blenke CDU: Diskreditieren wir, oder was?)

Unsere Polizeibeamtinnen und -beamten sind nicht tagtäglich mit der Polizeireform beschäftigt;

(Zurufe der Abg. Thomas Blenke und Matthias Präfrock CDU)

das wird hier doch immer behauptet.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlig absurd!)

Mit der Polizeireform ist bei der Polizei überhaupt niemand mehr beschäftigt. Die Polizei arbeitet in der neuen Struktur. Das macht sie gerade in diesem Themenbereich außerordentlich gut.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In jedem regionalen Präsidium gibt es jetzt Ermittlungsgruppen in einer Größenordnung, die Sie aus der alten Struktur nie im Leben hätten rekrutieren können.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Da gibt es übrigens tolle Ergebnisse: Woche für Woche haben wir Fahndungserfolge zu verzeichnen durch Auswertung der

Kriminaltechnik, die wir gebündelt, besser ausgestattet haben. Wir machen Banden dingfest, weisen ihnen 30, 40, 50 Einbrüche nach.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Wir sind da längst nicht am Ende. Das will ich ausdrücklich sagen. Da haben wir noch einen langen Weg vor uns.

Aber wer ernsthaft meint, da könnte man auch kurzfristige Erfolge erzielen, der macht den Menschen etwas vor, der ist unehrlich.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir sollten den Beamtinnen und Beamten, die sich vor Ort schwerpunktmäßig dieses Themas angenommen haben, eher den Rücken stärken, als immer irgendetwas in den Raum zu stellen, was in der Lebenswirklichkeit so nicht stattfindet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Blenke?

**Innenminister Reinhold Gall:** Ja.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Thomas Blenke CDU:** Es wäre eher eine Kurzintervention, wenn Sie erlauben, Herr Minister.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine Kurzintervention?

**Abg. Thomas Blenke CDU:** Er nickt. – Herr Minister, ich verahre mich gegen Ihre Behauptung, wir würden die Beamtinnen und Beamten diskreditieren, die bei der Polizei Dienst tun, wenn wir kritisieren, dass sie mit der Vorbereitung und Konzeption der Polizeireform beschäftigt sind. Das ist eine unzulässige Verquickung, die Sie hier vornehmen.

Ich habe gesagt, die niedrige Aufklärungsquote bei den Wohnungseinbrüchen 2013 – Baden-Württemberg liegt unter den Flächenländern auf dem vorletzten Platz, vor Schleswig-Holstein – könne vielleicht etwas damit zu tun haben, dass in den Jahren 2012 und 2013 eine große Zahl von Polizeibeamten im gesamten Land damit beschäftigt war, die Polizeireform vorzubereiten. Es war insgesamt jedoch nicht mehr Personal vorhanden, sodass sie für andere Dinge keine Zeit mehr gehabt haben dürften. Diesen Zusammenhang stelle ich her. Das ist keine Diskreditierung dieser Beamten – deren Arbeit schätzen und anerkennen wir –, sondern Kritik an Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

**Innenminister Reinhold Gall:** Kritik dürfen Sie natürlich gern äußern, und ich bin durchaus immer bereit, Kritik anzunehmen. Aber in diesem Fall ist sie einfach falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

(Minister Reinhold Gall)

Denn die Aufgabe derjenigen, die sich mit der Polizeireform beschäftigt haben, war es doch nicht, in der „alten Welt“ der Polizei Wohnungseinbrüche zu bekämpfen. Vielmehr hat die Polizei ihre Aufgaben so wahrgenommen, wie es bisher gewesen ist. Die Polizei hat auch gute Arbeit geleistet, während sie die Polizeireform vorbereitet und umgesetzt hat.

Gegenwärtig beschäftigt sich die Polizei ausschließlich noch mit der Frage, wo Verbesserungen erzielt werden können. Meine Bitte ist – Sie kommen ihr ja noch immer nicht nach –: Besuchen Sie doch einmal die neuen Führungs- und Lagezentren, die es heute gibt. Schauen Sie sich an, was wir dort in Technik investiert haben, welchen Vorteil dies für die Polizeiführung und für die Bearbeitung von Lagebildern in der alltäglichen Praxis bedeutet.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Das verschweigen Sie immer völlig. Ja, dies wird noch gemacht. Das machen aber nicht diejenigen, die Wohnungseinbrüche zu bekämpfen haben, sondern in der Struktur vor Ort jetzt schwerpunktmäßig die Kriminalpolizei, in der „alten Welt“ der Revierdienst, die Spezialisten durch Spurensicherung, Spurenanalyse, Spurenauswertung. Nur deshalb gelingt es uns doch, Banden dingfest zu machen. Reden Sie das doch nicht klein, und stellen Sie nicht Behauptungen auf, die nicht stimmen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Dann unterstellen Sie mir nicht, dass ich die Beamten diskreditieren würde!)

Eine letzte Bemerkung, meine Damen und Herren, zum Thema „Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger“: Auch dies ist eine Kernaufgabe in unserem Haus. Baden-Württemberg ist bekanntermaßen das Land des Ehrenamts. Darauf sind wir stolz, und darauf dürfen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes stolz sein. Denn sie prägen genau dieses Ehrenamt. Wir haben eine lange, eine lebendige Tradition bei Gemeinschaftssinn und Gemeinsinn vor Ort – in den Städten, in den Gemeinden, in den Vereinen, in der Gesellschaft insgesamt. Gleichwohl – das will ich ausdrücklich sagen – gibt es da Verbesserungs- und weiteren Entwicklungsbedarf. Ich will jetzt nicht das große Wort von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ in den Mund nehmen, aber trotzdem sagen, dass wir der Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern in der Zukunft noch mehr Raum geben und schenken werden.

(Beifall bei der SPD)

Davon geht das deutliche Signal aus, dass wir die Meinung, das Engagement der Menschen respektieren und wertschätzen. Wir bauen darauf, dass durch diese neue Freiheit des Mitwirkens – so sehe ich das – auch ein Mehr an Mitverantwortung entsteht. Ein Prozess muss wachsen, aber wir sind zuversichtlich und trauen genau dies den Menschen zu, dass mehr Mitwirkung auch mehr Mitverantwortung bedeutet. Wir sind da, glaube ich, auf einem guten Weg und machen auch gute Erfahrungen.

Deshalb werden wir die entsprechenden gesetzlichen Änderungen voranbringen. Ich habe es gesagt, meine Damen und Herren: Im kommenden Frühjahr werden wir diesbezüglich kräftig zu tun haben.

Ich finde auch: Die Mitwirkung, die Beteiligung gerade der jungen Menschen – der 16-, der 17-Jährigen – an der zurückliegenden Kommunalwahl darf uns da Mut machen. Wir können den Menschen durchaus etwas zutrauen. Ich glaube, davon werden auch die Gemeinderäte, die Kreistage und das Landesparlament profitieren.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, will ich sagen: Baden-Württemberg ist – dies nicht nur meines Erachtens, sondern die Bürgerinnen und Bürger scheinen dies bei allen Umfragen zu bestätigen – bezüglich der Kommunalfreundlichkeit, der inneren Sicherheit und der Wertschätzung von Bürgerbeteiligung bei Rot-Grün in guter Hand.

(Zurufe von der CDU: Grün-Rot!)

Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf mein Ministerium.

Mit dem Haushalt 2015/2016 machen wir deutlich, dass wir genau in diesen genannten Bereichen weitere Verbesserungen erreichen wollen. Sie sind eingeladen, sich daran zu beteiligen, anstatt sich nur destruktiv zu äußern, wenn Ihnen irgendetwas nicht passt, wenn Sie meinen, Sie könnten mit Emotionen, zum Teil auch mit Falschaussagen die Menschen verwirren. Ich bin zuversichtlich, dass die Menschen dies durchschauen und uns auch in der Zukunft die entsprechende Verantwortung in die Hand legen werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Seien Sie doch nicht so aggressiv!)

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 03 – Innenministerium. Abstimmungsgrundlage ist zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6003. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich schlage vor, die Abstimmung über die Nummern 1 und 2 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe daher auf:

Kapitel 0301

Ministerium

und

Kapitel 0302

Allgemeine Bewilligungen

Wer den Kapiteln 0301 und 0302 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 0304

Regierungspräsidium Stuttgart

(Präsident Guido Wolf)

Wer Kapitel 0304 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6003, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 0305

Regierungspräsidium Karlsruhe

Wer Kapitel 0305 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 0306

Regierungspräsidium Freiburg

Wer Kapitel 0306 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 0307

Regierungspräsidium Tübingen

Wer diesem Kapitel in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Nun schlage ich Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 7 und 8 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe die beiden Kapitel 0308 und 0309 gemeinsam auf:

Kapitel 0308

Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg

und

Kapitel 0309

Zentrale Informationstechnologie Landesverwaltung

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 9 auf:

Kapitel 0310

Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Wer Kapitel 0310 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diesem Kapitel einstimmig zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 10 und 11 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe die beiden Kapitel 0311 und 0312 gemeinsam auf:

Kapitel 0311

Ausbildung für den Verwaltungsdienst

und

Kapitel 0312

Landratsämter

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 12 auf:

Kapitel 0314

Zentrale Veranschlagungen Polizei

Zu Titel 422 01 – Stellenplan für Beamtinnen und Beamte – liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP und ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6053-3, abstimmen, der eine Ergänzung des Haushaltsvermerks im Stellenteil begehrt. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Außerdem liegt hierzu die Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6053-1, vor, mit der die Verstärkung der in Anspruch genommenen Stellen und die Beibehaltung der bisherigen Zahl der Neueinstellungen gefordert wird. Die Ziffern 2 bis 5 betreffen die gleiche Thematik in den Kapiteln 0315 bis 0318. Ich schlage Ihnen vor, über diesen Änderungsantrag der CDU-Fraktion insgesamt abzustimmen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6053-1, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0314 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6003, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0314 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 13 auf:

Kapitel 0315

Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

Wer Kapitel 0315 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6003, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0315 mehrheitlich zugestimmt.



(Präsident Guido Wolf)

Ich rufe die Nummer 14 auf:

Kapitel 0316

Polizeipräsidium Einsatz

Wer Kapitel 0316 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6003, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0316 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 15 auf:

Kapitel 0317

Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Wer diesem Kapitel in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0317 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 16 auf:

Kapitel 0318

Landeskriminalamt

Wer diesem Kapitel in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0318 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 17 auf:

Kapitel 0319

Landesamt für Verfassungsschutz

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten bzw. Stellenplan für Beamtinnen und Beamte – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6053-4, vor, der eine personelle Verstärkung in den Bereichen Islamismus und Spionageabwehr fordert. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0319 in seiner ursprünglichen Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0319 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 18 auf:

Kapitel 0320

Logistikzentrum Baden-Württemberg

Wer Kapitel 0320 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0320 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 19 auf:

Kapitel 0330

Ausländer und Aussiedler

Wer diesem Kapitel in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0330 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 20 auf:

Kapitel 0335

Polizeipräsidium Aalen

Zu Titel 543 01 – Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes – liegt Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6053-2, vor, mit der die Fortentwicklung des Freiwilligen Polizeidienstes gefordert wird. Die Ziffern 2 bis 12 betreffen die gleiche Thematik in den Kapiteln 0336 bis 0346. Ich schlage Ihnen vor, über diesen Änderungsantrag der Fraktion der CDU insgesamt abzustimmen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion, Drucksache 15/6053-2, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0335 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6003, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0335 mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt schlage ich Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 21 bis 31, die Kapitel 0336 bis 0346, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe

Kapitel 0336 bis Kapitel 0346

gemeinsam auf. Wer diesen elf Kapiteln in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 0336 bis 0346 mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6003, abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/5964, soweit diese den Einzelplan 03 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung des Einzelplans 03.

Ich rufe **Punkt 1 d** der Tagesordnung auf:

**Einzelplan 15: Ministerium für Integration**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6015**

**Berichterstatterin: Abg. Muhterem Aras**

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 15 eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

(Präsident Guido Wolf)

Die Berichterstatterin wünscht nicht das Wort.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Lasotta.

**Abg. Dr. Bernhard Lasotta** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Das große Thema, das uns in diesem Jahr beschäftigt hat, das den Haushalt prägt und das uns auch in den nächsten Jahren beschäftigen wird, ist das Thema Flüchtlingsaufnahme. Dem ist natürlich auch der gesamte Einzelplan untergeordnet. Ich bin froh, dass wir in diesem Haus und in unseren Parteien einen großen Konsens haben, dass wir unsere humanitäre Verpflichtung gegenüber den Menschen, die verfolgt werden, die aus Kriegsgebieten kommen, die ihre Heimat verlassen müssen und flüchten müssen, wahrzunehmen haben, dass wir sie hier aufnehmen, ihnen eine neue Heimat bieten und sie vor allem auch in unserer Gesellschaft integrieren müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Das unterscheidet uns im Übrigen von den Populisten – auch von den Rechtspopulisten –, die momentan in der Gesellschaft Ängste schüren, die Menschen verunsichern, ihnen keine klaren Perspektiven geben, wie wir mit dieser großen Herausforderung umgehen können. Ich glaube, wir, die starken demokratischen Kräfte in dieser Gesellschaft, müssen deutlich machen, dass hier ein großer Grundkonsens besteht – im Parlament, aber auch in der Bevölkerung im Land. 70 % der baden-württembergischen Bevölkerung sind sehr dafür,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

denjenigen Hilfe zu bieten, sie aufzunehmen, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren, die von Flucht und Verfolgung bedroht sind, die Asylgründe geltend machen können, die politisch verfolgt sind, die aus anderen Gründen verfolgt sind und in unsere Gesellschaft kommen.

Diesen Grundkonsens dürfen wir bei allen kontroversen Diskussionen, die wir auch führen, nicht aufgeben. Das ist mir am Anfang dieser Haushaltsrede sehr wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr richtig!)

Als Christen und als demokratische Politiker, als Menschen, die etwas von dem Rechtsstaat halten und ihn verteidigen, ist es unsere erste Aufgabe, hier auch klar Farbe zu bekennen und dies entsprechend deutlich zu machen.

Dennoch haben wir, die CDU, auch Kritik am Verfahren geübt. Wir haben bereits im vergangenen Jahr gefordert, die Flüchtlingspauschalen zu überprüfen, damit die Kommunen besser in die Lage versetzt werden können, ihre wichtige Aufgabe hier zu erfüllen. Wie das jetzt geprüft wird – so wurde es auch mehrfach angekündigt –, ist sehr holprig. Aber ich glaube, der Entschließungsantrag der FDP/DVP in diesem Zusammenhang geht auch in die richtige Richtung, ein differenziertes Bild der Flüchtlingspauschalen abzubilden. Es ist, glaube ich, auch ein Unterschied, die entsprechenden Aufgaben hier in Stuttgart oder in ländlichen Gebieten zu organisieren. Wir, das Parlament, sollten uns gemeinsam dazu durchringen, die Kommunen so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Es gab von der Fraktion der CDU Anfang dieses Jahres schon Vorschläge, wie wir mit den steigenden Flüchtlingszahlen umgehen können, welche Maßnahmen dafür notwendig sind. Wir rechnen damit, dass in diesem Jahr 26 000 Flüchtlinge zu uns kommen. Das wurde seitens des Integrationsministeriums ein bisschen abgetan nach dem Motto, wir könnten die Zahlen nur prognostizieren. Die Zahlen waren aber deutlich absehbar. Die Vorschläge, die wir gemacht haben, gingen in die Richtung, die Kommunen zu unterstützen, die Landeserstaufnahmestelle in Karlsruhe zu entlasten und neue Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen.

Viele Dinge, die vorgefallen sind, haben wir nicht skandalisiert. Man hätte deutlich skandalisieren können, dass die medizinische Erstversorgung vor der Weiterverteilung in die Stadt- und Landkreise nicht so war, wie sie eigentlich hätte sein sollen. Wir haben die Not gesehen. Wir haben die Notwendigkeit gesehen, schnell zu organisieren. Wir glauben, dass nicht alle Maßnahmen so schnell und so eindeutig ergriffen wurden, wie es notwendig gewesen wäre.

Deswegen unser Appell: Strengen Sie sich an, damit dieser Grundkonsens in der Bevölkerung und hier im Parlament nicht gefährdet wird, sodass wir eine gute Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber gewährleisten können – dies vor allem auch mit der Unterstützung der Kommunen.

Ich möchte ausdrücklich unseren Kollegen und Landrat Günther-Martin Pauli nennen, der in Meßstetten sehr viele Wege geebnet und Brücken gebaut und damit sehr positiv in die Bevölkerung hinein gewirkt hat, um ohne großen Streit in der Bevölkerung eine weitere Landeserstaufnahmestelle hinzubekommen. Dafür hat er sich eingesetzt. Lieber Günther-Martin Pauli, vielen Dank für dein Engagement an dieser Stelle.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das zeigt aber auch das Strukturproblem des Integrationsministeriums. Es ist viel zu klein und personell nicht so ausgestattet, dass es diese Aufgabe allein erfüllen könnte. Es braucht die Hilfe vor Ort von den Landräten. Es braucht die Hilfe der beim Innenministerium angesiedelten Taskforce, damit Entscheidungen schnell getroffen werden können, wenn eine große Zahl von Flüchtlingen ankommen, die von der Bundespolizei in den Zügen aufgegriffen werden. Es brauchte vor allem die Hilfe des Ministerpräsidenten, der das Thema mit dem Flüchtlingsgipfel an sich gezogen und damit auf eine vollkommen andere Ebene gehoben hat. Das Integrationsministerium allein ist aufgrund seiner Organisation und seiner personellen Ausstattung mit dieser Aufgabe überfordert.

Deswegen ist es notwendig, die Aufgaben zukünftig zu bündeln. Wir werden den Kapiteln, bei denen es um Geldmittel und Sachleistungen für Flüchtlinge und zur Integration geht, natürlich zustimmen, weil wir diese Aufgabe erkennen. Hinsichtlich der Weiterbehandlung in den Kommunen müssen wir uns meiner Meinung nach aber anstrengen.

Ich prophezeie Ihnen, dass die zweimal 15 Millionen € für die Schaffung von Wohnraum nicht ausreichen werden. Hierfür benötigen wir andere Mechanismen für die Kommunen. Auch die Mittel für den Spracherwerb und für die Integration in die Arbeitswelt werden nicht ausreichen. Dabei ist auf Kante ge-

(Dr. Bernhard Lasotta)

näht. Wir müssen uns alle hier im Parlament überlegen, wie wir weiter konsequent vorgehen können.

Außerdem geht es darum, die Anschlussunterbringung in den Kommunen zu organisieren. Die Zahl der Flüchtlinge bleibt weiterhin hoch. Die Kommunen sind letzten Endes überfordert, wenn sie nicht die entsprechende Hilfe und Unterstützung bekommen.

Der zweite wichtige Punkt – hierbei bitte ich Sie, einen Grundkonsens innerhalb des Parlaments zu bewahren – betrifft das Thema Rückführungen. Natürlich müssen Armutsflüchtlinge insbesondere aus Osteuropa und aus den jetzt als sichere Herkunftsstaaten deklarierten Westbalkanstaaten irgendwann zurückgeführt werden. Es findet zwar eine Diskriminierung statt, aber die Armutsgründe reichen als Asylenerkennungsgrund nicht aus.

Skandalisieren Sie bitte nicht uns von der CDU, wenn wir darauf hinweisen, dass irgendwann eine Rückführung stattfinden muss; denn das sichert den Grundkonsens innerhalb der Bevölkerung. So kann die Aufnahmebereitschaft für diejenigen gesichert werden, die wegen Vertreibung und Verfolgung zu uns kommen.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Andreas Glück und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich weiß, dass sich viele, insbesondere von der grünen Partei, damit schwertun. Wir haben das in den vergangenen Tagen gemerkt, als es darum ging, Menschen zurückzuführen. Es ging eine Diskussion darüber los, ob man nicht über den Winter einen Abschiebestopp verhängen müsse, ob nicht eine humanitäre Einzelfallprüfung stattfinden müsse. Ihr Landesvorsitzender hat gesagt, eine humanitäre Einzelfallprüfung sei besser als ein Abschiebestopp über den Winter. Das sind aber alles nur Sprechblasen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was ist denn das, was Herr Hauk macht?)

Natürlich sichert unser Recht eine humanitäre Entscheidung, natürlich sichert unser Rechtsstaat humanitäre Entscheidungen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Erklären Sie ihm das mal!)

Wenn eine Duldung gegeben ist, wird auch nicht abgeschoben. Wir müssen aber auch deutlich machen, dass diejenigen, die hier kein Asylrecht mehr genießen, irgendwann zurückgeführt werden müssen. Hierzu sollte es zu einem Grundkonsens innerhalb des Parlaments kommen, um der Bevölkerung deutlich zu machen, dass dieser Staat handlungsfähig ist, dass dieser Staat handelt und vor allem gerecht handelt.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Andreas Glück und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Der dritte Punkt, der uns in diesem Jahr beschäftigt hat, betrifft den politischen und den extremistischen Islamismus. Es besteht Grundkonsens in der Bevölkerung in Baden-Württemberg, dass wir nicht skandalisieren und dass wir vor allem nicht verallgemeinern dürfen, wie dies die Rechtspopulisten tun. Die Mehrheit der Muslime, die in unserem Land leben,

leben hier friedlich, halten sich an rechtsstaatliche Regeln, arbeiten, zahlen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, leisten gelungene Beispiele für Integration und bereichern mit ihrer Vielfalt unsere Gesellschaft.

Umso wichtiger ist es, den politischen und extremistischen Islamismus zu bekämpfen, damit in der Bevölkerung nicht der Eindruck entsteht, dass das mit dem Islam gleichgesetzt wird. Wir müssen ganz klar sagen, dass wir diese extremistischen Tendenzen bekämpfen. Als Integrationspolitiker müssen wir vor allem die Wege benennen, die wieder herausführen bzw. die gar nicht erst in den Extremismus hineinführen.

Ich verstehe die Innenpolitiker, die das etwas anders sehen. Ich verstehe aber den Innenminister nicht, der heute erklärt hat, Aussteigerprogramme für den Bereich des Salafismus brächten nichts. Wir sehen das als Integrationspolitiker anders.

Ich bin den Regierungsfractionen dankbar, dass das Präventionsprogramm „Team meX“ verlängert wurde, das sechs Jahre lang erfolgreich gelaufen ist. Ebenso wie wir Aussteigerprogramme im Bereich des Rechtsextremismus haben, brauchen wir diese auch für die Bereiche des extremistischen Islamismus und des Salafismus. Das hat eine wichtige Wirkung in die Szene hinein und auch für unsere Gesellschaft, weil dann deutlich wird, dass es Wege heraus aus dem Extremismus gibt, und weil deutlich wird, dass es gelungene Beispiele dafür gibt, wie man sich nicht radikalisiert bzw. wie man wieder aus der Szene herauskommt.

Insofern bitte ich Sie eindringlich, mit den Innenpolitikern Ihrer Fractionen zu reden, damit sich nicht die Haltung verfestigt, es bringe eh nichts, sich im Bereich der Prävention und der Aussteigerprogramme zu engagieren. Genauso wie wir auf der einen Seite das Schwert des Rechtsstaats ziehen, bieten wir auf der anderen Seite Wege an, um junge Menschen aus dieser extremen Radikalisierung herauszuholen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Jörg Fritz GRÜNE und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Vierter Schwerpunkt: Ich glaube, wir müssen für die Anerkennung der Berufe und die Anerkennung von Menschen, deren Lebensleistung hier nicht ausreichend gewürdigt wird, noch etwas mehr tun. Angesichts unseres brummenden Arbeitsmarkts und angesichts des Fachkräftebedarfs von Handwerk und Industrie können wir noch mehr tun.

Die Anerkennung nicht ärztlicher medizinischer Berufe ist beim Regierungspräsidium Stuttgart zentralisiert worden. Man hat aber nicht das Personal zusammengeführt. Das Personal ist also nicht der Aufgabe gefolgt. Wie soll die Anerkennung innerhalb der Frist von drei Monaten geleistet werden? Wir haben lange über das Landesenerkennungsgesetz diskutiert. Beim Bundesenerkennungsgesetz läuft das genauso.

Ich will nicht, dass die guten Beschlüsse, die wir, das Parlament, im Konsens gefasst haben, durch falsches Regierungshandeln letzten Endes ad absurdum geführt werden und nicht umgesetzt werden können, weil das entsprechende Personal im Regierungspräsidium Stuttgart nicht vorhanden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Dr. Bernhard Lasotta)

Da müssen Sie sich mehr anstrengen. Da müssen Sie mehr tun und genau hinschauen. Sie dürfen nicht nur Ziele verkünden, sondern müssen auch überlegen, wie diese erreicht werden können. Vielleicht ist auch da das kleine Integrationsministerium mit seinem wenigen Personal und der schlechten Finanz Ausstattung außerhalb des Flüchtlingsbereichs überfordert.

Nun zum fünften und letzten Punkt: Ich habe großes Verständnis dafür, dass der Rechnungshof das komplette Ministerium prüft. Das würde ich an dessen Stelle auch tun, weil ich mir überlegen würde, ob man die 3 Millionen € pro Jahr, die dieses kleine Haus jährlich an Grundkosten produziert, nicht besser anlegen kann. Das macht in einer Legislaturperiode 15 Millionen € aus.

Verwechseln Sie nicht immer die Kritik am Amt und an Ihrem Ministerium mit einer Kritik an Ihrer Person, Frau Ministerin Öney. Das hat mit Ihrer Person nichts zu tun.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Die Frage ist vielmehr, wie man effizientes Regierungshandeln organisiert, wie man langfristig eine entsprechende Wirkung in der Gesellschaft erzeugt. Da geht es nicht darum, ein eigenes Ministerium zu schaffen, sondern darum, die Wahrnehmung der Aufgaben, die in diesem Land erfüllt werden müssen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

die im Bereich der Integration liegen, die im Bereich der Berufs anerkennung liegen, die im Bereich der guten Flüchtlingsaufnahme liegen, über die Ministerien hinweg so zu organisieren, dass das Ganze auch vernünftig funktioniert.

Deswegen können Sie nicht in eine Fundamentalkritik gegenüber dem Rechnungshof einsteigen und ihn nicht bezichtigen, dessen Prüfung sei politisch motiviert gewesen, oder behaupten, er würde letzten Endes die Grundfrage stellen, ob Ihr Haus noch existieren sollte. Natürlich müssen Sie die Frage stellen, wie bei einem effizienten Einsatz der Steuermittel der Bürger unseres Landes die Wahrnehmung der Aufgaben des Landes Baden-Württemberg zu organisieren ist.

Deswegen: Die Kritik, die Sie geleistet haben, können wir nicht nachvollziehen. Das ist eine Fundamentalkritik. Das ist eine Kritik, die auch die verfassungsgemäße Stellung des Rechnungshofs berührt. Der Rechnungshof muss das prüfen dürfen, er muss kritische Fragen stellen dürfen, er muss auch fragen dürfen, ob das Geld für die vergebenen Gutachten vernünftig aufgewendet wurde oder nicht und was dabei überhaupt herausgekommen ist. Das Körting-Gutachten wurde einmal damit begründet, dass man das ganze Verfahren zum Partizipations- und Integrationsgesetz schnell weiterbringen sollte. Bisher haben wir dazu aber keinen Entwurf gesehen.

Noch einmal: Verwechseln Sie die Kritik an Ihrem Ministerium und Ihrem Amt und der Amtsführung nicht mit einer Kritik an der Person.

Ich glaube, Sie machen zu wenig aus diesem Integrationsministerium. Ich glaube, Sie können sich nicht durchsetzen innerhalb der Landesregierung.

(Zurufe von den Grünen)

Deswegen unser Ratschlag: Organisieren Sie den Integrationsbereich anders, über das Ministerium hinweg. Dementsprechend werden wir, die CDU-Landtagsfraktion, heute auch abstimmen. Wir werden überall da zustimmen, wo es um die Menschen geht.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Dort werden wir der Bereitstellung von Sachmitteln, von Geldmitteln zustimmen. Aber wir werden nicht dieser Grundfinanzierung des Integrationsministeriums zustimmen, weil die Organisation falsch ist.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Andreas Glück und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht der Kollege Lede Abal.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der ist immer noch nicht integriert, er hat immer noch keine Krawatte an!)

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren den Etat des Integrationsministeriums. Ich will vorab festhalten, wie es auch schon Herr Kollege Lasotta getan hat, dass sich innerhalb dieses Jahres die Aufgabenstellung oder auch die Wahrnehmung im Ausschuss sehr deutlich verschoben haben, was die Themen angeht.

Ich möchte Herrn Lasotta zumindest für die Worte am Anfang seiner Rede, die Klarstellung und auch die besonnenen Worte, die er gesprochen hat, ausdrücklich danken.

In der ersten Hälfte dieses Jahres hatten wir im Integrationsausschuss bzw. in der Integrationspolitik vorwiegend noch Themen wie die Anwerbung von Fachkräften, die Zuwanderung aus europäischen Staaten, auch die sogenannte Armutszuwanderung aus Südosteuropa. Die Schwerpunktsetzung hat sich innerhalb des Jahres 2014 verschoben – trotz der zahlreichen Flüchtlinge schon im Jahr 2013 und der damals schon absehbaren Tendenz, dass deren Zahl weiter steigen würde.

Diese Themen sind auch weiterhin wichtig, und sie sind auch nicht von der Agenda verschwunden. Wir unterstützen und stärken die kommunalen Strukturen über den Fördertopf für unsere Kommunen mit den Schwerpunkten Elternbeteiligung, Teilhabe und Antidiskriminierung. Aber es gibt auch viele andere Aufgaben. Zum Thema Berufs anerkennung hat Herr Kollege Lasotta schon Ausführungen gemacht. Ich möchte das im Übrigen noch einmal unter dem Blickwinkel der anstehenden Aufgaben bei der Aufnahme von Flüchtlingen und deren Integration in den Arbeitsmarkt ansprechen, weil uns hier noch eine sehr große Aufgabe bevorsteht, gerade auch bei den vielen Personen, die über nahezu keine Dokumente über bisherige Tätigkeiten, Abschlüsse und Qualifikationen verfügen.

Es gibt noch viele andere Themen, die vom Ministerium entsprechend bearbeitet worden sind. Ich denke, wir haben beim Thema Islam einen sehr guten Weg eingeschlagen mit der Einrichtung des runden Tisches „Islam“, der uns eine sehr gute, dauerhafte und stabile Gesprächsebene mit islamischen Verbänden bietet.

(Daniel Andreas Lede Abal)

Weiter gab es die Auswertung zu den anonymisierten Bewerbungsverfahren, zu denen ein Versuch lief.

Ferner wurde im Laufe des Jahres im Sozialausschuss die Neuregelung des Bestattungsrechts beraten, die nun die Möglichkeit der Rücksichtnahme im Sinne von religiöser Vielfalt bietet.

Vielfalt ist auch ein Stichwort im Hinblick auf das Partizipations- und Integrationsgesetz. Hier ist, auch wenn Herr Lasotta Abweichendes gesagt hat, schon einiges geschehen. Hierzu wurde auch ein Fachtag durchgeführt, der sich reger Beteiligung von kommunalen Akteuren erfreut hat. Dort sind ganz klare Wünsche, Absichten und Erwartungen von der kommunalen Ebene geäußert worden, die zusammengetragen worden sind. Wir werden jetzt weiter an Eckpunkten und an der Realisierung des Gesetzes arbeiten. Ich denke, das ist eine sehr klare Botschaft und auch ein sehr deutliches Signal.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber seit Mitte des Jahres steht eben fraglos das Thema „Flucht und Asyl“ im Mittelpunkt der Integrationspolitik, weil sich eben auch dort Fragen nach Arbeit, nach Teilhabe, nach Spracherwerb und nach gesellschaftlicher und kultureller Integration stellen. Dabei macht es letztlich überhaupt keinen Unterschied, ob es sich um Flüchtlinge oder um Migrantinnen und Migranten handelt.

Sie haben vorhin gesagt, Herr Lasotta, es sei absehbar gewesen, dass die Zahl der Flüchtlinge stetig zunimmt. Das muss man insofern ein bisschen korrigieren, als die Arbeitsgrundlage für alle staatlichen Stellen in Deutschland, die sich mit Flüchtlingen befassen, die Prognose der Flüchtlingszahlen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Das Bundesamt hat innerhalb eines Jahres die Prognose fünfmal erhöht. Ich weiß nicht, inwieweit Sie das absehen konnten. Ich konnte es in dieser Form nicht absehen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Man muss nur die „Tagesschau“ sehen und die Tageszeitung lesen!)

– Ja, aber das ist auch ein bisschen ein Stochern im Nebel. Das kann zutreffen oder auch nicht.

Das Bundesamt gibt die Prognosezahlen heraus. Das ist die Arbeitsgrundlage. Es ist natürlich schon richtig, dass uns die hohe Zahl der Flüchtlinge vor große Aufgaben und streckenweise auch vor Probleme bei der Aufnahme und Unterbringung gestellt hat. Aber ich möchte an dieser Stelle der Ministerin und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium ausdrücklich danken, die in den letzten Monaten starke Arbeit geleistet haben und engagiert daran gearbeitet haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich füge an dieser Stelle auch gleich hinzu, dass unser Dank auch all denen gelten sollte, die sich im Bereich der Integrationspolitik und der Flüchtlingsarbeit, sei es hauptamtlich oder ehrenamtlich, engagieren und dort Flüchtlinge unterstützen,

ihren Alltag zu meistern, Flüchtlinge begleiten und die Integration in unsere Gesellschaft ermöglichen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Es ist richtig, dass wir schneller mehr Kapazitäten im Bereich der Erstaufnahme hätten brauchen können. Bei der Erstaufnahmestelle in Karlsruhe sind auch immer noch Verbesserungen notwendig. Aber bei der Ausnahmesituation, die im September bestand, hat sich schon gezeigt, dass das Ministerium über viele Monate Vorarbeiten geleistet hat. Als es dann darauf ankam, sind auch von der Landesregierung sehr zügig entsprechende Kapazitäten zur Verfügung gestellt worden, und zwar mit Notunterkünften in Bruchsal und Heidelberg und jetzt auch in relativ kurzer Zeit mit einer neuen Erstaufnahmeeinrichtung in Meßstetten. Bei Letzterer muss man ausdrücklich auch den Kollegen Pauli erwähnen, der als Landrat diese Maßnahme sehr intensiv begleitet hat und in sehr kurzer Zeit mit einem außergewöhnlichen Engagement einer Kreisverwaltung sehr viel möglich gemacht hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Weitere Standorte sollen folgen. Für Ellwangen, Freiburg und Tübingen gibt es entsprechende Vorbereitungen. Aber an dieser Stelle muss auch noch einmal ein Blick darauf geworfen werden, warum es zu dieser Situation im September gekommen ist. Dabei ist schon bemerkenswert, dass das Problem im Wesentlichen eigentlich in Bayern lag. Denn im September haben wir nicht nur den Anteil an Flüchtlingen aufgenommen, der nach dem Königsteiner Schlüssel auf Baden-Württemberg entfallen wäre, sondern auch den Großteil des Anteils, den eigentlich Bayern hätte bewältigen müssen. Baden-Württemberg hat eigentlich Seehofers Versagen und Seehofers Nichtstun ausgebadet. Ich glaube, es ist auch ein deutliches Signal, das wir an das Nachbarland senden müssen: Wir helfen gern, wir helfen auch gern aus, aber uns das bayerische Versagen vorzuhalten geht ein bisschen zu weit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wo stehen wir aktuell in der Flüchtlingspolitik – nach zwei Asylkompromissen, nach dem Flüchtlingsgipfel von Ministerpräsident Winfried Kretschmann? Die Bundesregierung hat verschiedene das Asylrecht und Flüchtlinge betreffende Gesetze vorgelegt. Da gab es zunächst einmal ein Paket zu sicheren Herkunftsstaaten, zur Reduzierung des Arbeitsverbots auf drei Monate, dem Sie einfach so zugestimmt hätten.

All das klingt zwar relativ gut, ist aber leider auch entsprechend nutzlos. Ministerpräsident Kretschmann und der Landesregierung ist es gelungen, weitere Verbesserungen bei der Arbeitsaufnahme, der Bewegungsfreiheit und der Versorgung von Flüchtlingen durchzusetzen. Das zieht noch einen Haufen weiterer Arbeit nach sich, aber für uns besteht wohl die Aussicht, diese Arbeit über eine Neuregelung bei der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen zu krönen. Wenn uns das gelingt, haben wir gute Möglichkeiten, das hier vor Ort zu regeln und eine große Entlastungswirkung für die Kommunen zu erreichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Daniel Andreas Lede Abal)

Noch ein Wort zu den Finanzhilfen der Bundesregierung: 1 Milliarde € sind für die nächsten zwei Jahre in Aussicht gestellt, wobei die zweiten 500 Millionen € noch mit einem Fragezeichen versehen sind. Das bedeutet 130 Millionen € für Baden-Württemberg in den nächsten zwei Jahren. Damit können wir hier viel für die Flüchtlingsarbeit tun – mit dem kleinen Wermutstropfen, dass der Bund einen Teil wieder zurückhaben möchte und noch kein wirklich gutes Signal gesendet hat. Hier gilt es, weiterzuarbeiten und den Bund weiter in die Pflicht zu nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Kleinböck.

**Abg. Gerhard Kleinböck SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine Damen und Herren! Ich will zu Beginn meiner Ausführungen noch einmal deutlich machen: Der breite Konsens, den die Vorredner angesprochen haben, muss uns bewusst sein und muss uns in der Diskussion zusammenführen. Wir wissen, dass die Menschen nicht freiwillig zu uns kommen; vor allem kommen sie nicht zu uns, um unsere Sozialsysteme auszunutzen. Auch das muss an dieser Stelle noch einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Jahr in Deutschland bereits über 180 000 Asylbewerber aufgenommen. Wir haben die Zahlen schon gehört: Die ursprüngliche Zahl von 16 000, die für Baden-Württemberg prognostiziert wurde, ist mittlerweile um 10 000 nach oben korrigiert worden. Das ist eine Aufgabe, eine Herausforderung, der wir uns gemeinsam stellen müssen. Ich denke, wir haben diesen breiten Konsens bei den Aufgaben und Arbeiten gefunden, die wir auch innerhalb des Integrationsausschusses angegangen sind.

Die politische Unterstützung durch den Bund und das Land ist nicht nur über die Schaffung des Anerkennungsgesetzes von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen auf den Weg gebracht worden, sondern wir haben auch eine Novelle des Flüchtlingsaufnahmegesetzes auf den Weg gebracht. Denn wir wussten, diese beengenden Quadratmetervorgaben sind menschenunwürdig, und daran müssen wir etwas ändern.

Darüber hinaus haben wir die einmalige Kostenpauschale für die Kommunen von ursprünglich 12 270 € pro Person stufenweise auf 13 972 € im Jahr 2016 angehoben. Die jährliche Erhöhung von 1,5 % ist ebenfalls festgelegt.

Auch wenn diese Kostenpauschale auf 18 Monate ausgelegt ist und wir im Gegenzug berücksichtigen, dass die durchschnittliche Dauer des Asylverfahrens bei 15 Monaten liegt, ist von den kommunalen Landesverbänden immer wieder kritisiert worden, diese Kostenpauschale würde nicht ausreichen. Deshalb haben wir entgegen den Vorgaben im Flüchtlingsaufnahmegesetz zugesagt, die Überprüfung dieser Kostenpauschale vorzuziehen. Das ist gelaufen. Alle tatsächlichen Ausgaben bzw. die anteiligen Kosten für Unterbringung, Gesundheitsversorgung, Sozialbetreuung usw. wurden erhoben. Aber,

meine Damen und Herren von der FDP/DVP, das Ergebnis liegt noch nicht vor. Deshalb können wir Ihrem Entschließungsantrag nicht zustimmen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das ist sehr traurig!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Landeserstaufnahmestelle, die wir seit 2011 mit 900 Plätzen in Karlsruhe hatten, wurde mittlerweile ausgebaut; auch darauf wurde schon vielfach hingewiesen. Wir waren vor Kurzem mit unserem Arbeitskreis in Mannheim, wo die nächste LEA entsteht. Insgesamt hat Baden-Württemberg rund 6 000 Plätze zur Verfügung gestellt. Mein ausdrücklicher Dank geht an die Verantwortlichen, die vor Ort die Rahmenbedingungen dafür geschaffen haben, dass auch diese LEA bei der Bevölkerung auf Akzeptanz stößt.

Wir haben eine besondere Aufgabe bei der Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Baden-Württemberg. Wir haben mit einer ergänzenden Durchführungsverordnung die Voraussetzung dafür geschaffen, dass diese Jugendlichen nach Rücksprache mit den jeweiligen Jugendämtern dezentral zugewiesen werden. Das ist nach meinem Dafürhalten ein großer Fortschritt. Diese Änderung fand auch die breite Zustimmung der kommunalen Landesverbände.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die Lockerungen des Bauplanungsrechts im Bundesbaugesetz, nach denen auch Unterkünfte für Flüchtlinge in Gewerbegebieten zulässig sind, hilft, die Wohnraumpengpässe, die in den Kommunen bestehen, zu beseitigen. Dieses Gesetz ist seit dem 26. November 2014 in Kraft. Ich denke, dass hier der Bund seiner Verantwortung gerecht wurde – auch mit der Maßgabe, dass beim BAMF neue Stellen geschaffen wurden. Das BAMF ist immerhin mit rund 100 000 Asylanträgen im Rückstand. Die 300 Stellen von 2014 und die 350 Stellen, die 2015 dazukommen sollen, werden dringend gebraucht, um die Verfahren zügig abzuwickeln.

Ein paar Fakten zum Haushalt in Baden-Württemberg: Da wir eine Haushaltsberatung haben, möchte ich ein paar Zahlen ins Gespräch bringen. Wir hatten zunächst einmal geplant, für 2015 und 2016 jeweils rund 35 Millionen € mehr einzustellen. Diese dann insgesamt 700 Millionen € sind mit den gestiegenen Flüchtlingszahlen zu erklären. Wir zahlen höhere Zuschüsse an soziale Einrichtungen. Wir haben das Programm zur Förderung der Integrationsarbeit in den Kommunen gestärkt.

Von den 30 Millionen € zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge war schon die Rede. Aber wir haben auch noch zusätzlich 1,2 Millionen € an Landesmitteln für Bildungs- und Sprachförderung in den Haushalt eingestellt. Darüber hinaus ist es auch wichtig, dass wir die Vorbereitungsklassen, die über das Kultusministerium ausgestattet werden, einrichten. Dafür haben wir 200 zusätzliche Deputate geschaffen.

Meine Damen und Herren, die Umstellung von Sach- auf Geldleistungen war überfällig. Zudem wurden verbesserte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz durchgesetzt, und die Orientierung an den Hartz-IV-Sätzen hat dazu geführt, dass Flüchtlinge und Geduldete statt über 220 € jetzt

(Gerhard Kleinböck)

über 350 € verfügen können. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, damit auch eine gesellschaftliche Partizipation möglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Kollege Lede Abal hat schon den Hinweis auf die Sondermittel des Bundes – diese 1 Milliarde € – gegeben und auch darauf hingewiesen, dass wir dieses Geld anteilig zurückzahlen müssen. Auch das wird in diesem Haushalt seinen Niederschlag finden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, morgen soll der Flüchtlingsgipfel bei der Kanzlerin stattfinden, wo u. a. über die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Überführung der Flüchtlinge in das Regelwerk des SGB gesprochen werden soll, damit eben auch – –

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

– Bitte?

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU winkt ab. – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Weiter!)

Das ist an dieser Stelle vom Tisch, weil es eben um diesen Aspekt der besseren Gesundheitsversorgung geht. Aber darüber wird sicher auch noch zu reden sein, weil noch einige Details zu klären sind. Es geht um die dauerhafte Beteiligung des Bundes an den Kosten der Flüchtlingsunterbringung.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Genau!)

Es geht um eine gerechtere Verteilung der Lasten zwischen Bund, Ländern und Kommunen, und es geht wohl auch um eine neue Ausrichtung der europäischen Flüchtlingspolitik. Wir wissen, dass heute fünf europäische Länder immerhin 75 % der Flüchtlinge aufnehmen. Das sind neben Deutschland Schweden, Italien, Großbritannien und Frankreich. Ich denke, wenn es um die Frage der gerechteren Belastung geht, wird auch dies thematisiert werden.

Strategien zur Bekämpfung der Ursache von Flucht werden, wenn das morgen diskutiert wird, sicher weniger der Einflussnahme durch die Länder unterliegen.

Meine Damen und Herren, von verschiedenen Seiten wurde die Möglichkeit angesprochen, über die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen auch das Fachkräfteproblem in Baden-Württemberg angehen zu können. Diese Möglichkeiten sind aus meiner Sicht jedoch überschaubar. Da ist eher wenig zu erwarten.

Lassen Sie mich abschließend noch einige Hinweise geben.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Aber sachdienliche!)

Liebe Frau Ministerin, vielen Dank für das Engagement. Insbesondere in den vergangenen Monaten hat man gemerkt, dass Sie mit Herzblut bei der Sache sind. Ich denke, das war auch der Punkt, bei dem wir wussten: Es ist gerechtfertigt, dass wir uns in der Form, wie wir es tun, mit dem Thema auseinandersetzen. Den Dank will ich natürlich auch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Integrationsministerium ausdehnen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Gleichwohl muss ich natürlich sagen, dass wir in die Zahlen, die wir jetzt im Haushalt vorliegen haben, noch nicht die Prognose des BAMF für das Jahr 2016 einbezogen haben. Da werden wir wohl noch einiges nachlegen müssen. Ferner wurde das Sonderkontingent von bis zu 1 000 Mädchen und Frauen aus dem Nordirak und Syrien nicht berücksichtigt, von dem auch der Ministerpräsident heute Nachmittag schon gesprochen hat. Unsere Verpflichtungen für diese besonders schutzbedürftigen Frauen und Mädchen finden bisher in den Haushaltszahlen auch noch keinen Niederschlag. Auch dafür werden wir noch einen Nachtrag brauchen, weil die entsprechenden Kosten bisher noch nicht berücksichtigt sind.

Schließlich, meine Damen und Herren, zu einem Punkt, der mich in den letzten Tagen wieder umgetrieben hat. Ich meine den Vorschlag von der CSU, zu Hause deutsch sprechen zu müssen; dieser verdient allemal, hier thematisiert zu werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Vor allem möchte ich auf die Aussage seitens der Wissenschaft zu diesem Vorschlag zu sprechen kommen. Diese lautete, wie auch der Presse zu entnehmen war:

*Die Ideen*

– wie sie jetzt von der CSU vorgetragen wurden –

*sind widersinnig und auch kontraproduktiv. ... Im Übrigen: Auch in Bayern wachsen viele Kinder mit Dialekten auf, die vom Hochdeutschen weit entfernt sind.*

(Unruhe)

*Auch für diese Kinder sind bildungs- und schriftsprachliche Varianten des Deutschen oft neu, aber kein unüberwindbares Hindernis.*

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dieser Gedanke beschleicht mich gelegentlich auch bei unseren Debatten hier im Hohen Haus.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Deutsch kann man so oder so reden!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Bravo!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Glück.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU zu Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Mach ein bisschen langsamer als der Kleinböck! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mach nicht so schnell!)

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Gott sei Dank gibt es auch in diesem Land eine Mundart, die wir sprechen können.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

(Andreas Glück)

Bemerkenswert ist im Einzelplan 15, dass wir – –

(Zurufe von der SPD)

– Keine Sorge, im Zweifelsfall könnte ich die Rede auch auf Schwäbisch halten.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Wir können ja einen Gebärdendolmetscher engagieren!)

Ich versuche es trotzdem so, dass es vielleicht jeder versteht.

(Unruhe)

Bemerkenswert im Einzelplan 15 – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Wir folgen den Ausführungen des Kollegen Glück.

**Abg. Andreas Glück FDP/DVP:** Es ist ja unglaublich, dass auch hier diese Mundartdiskussionen stattfinden. Das gibt es also offensichtlich nicht nur in Bayern, aber dieses Mal geht das nicht von der CSU aus, sondern von den Regierungsfractionen, die das wollen. – Jetzt komme ich ganz durcheinander.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen wir jetzt einfach einmal zum Haushaltsplan. Bemerkenswert ist in der Tat, dass wir im Einzelplan 15 für das Jahr 2014 noch einen Haushaltsansatz von 220 Millionen € hatten und es für das Jahr 2015 340 oder 390 Millionen € sein sollen.

Bemerkenswert ist auch – das sieht man, wenn man sich diesen Einzelplan einmal genauer ansieht –, dass ein Integrationsministerium gerade einmal 2 % der Mittel für Integration ausgibt. Die Tatsache, dass es bei der Ressortaufteilung offensichtlich doch ein bisschen hapert und sie nicht ganz optimal zu sein scheint, zeigt sich darin, dass sich das Integrationsministerium eben nicht hauptsächlich um Integration kümmern kann. Denn mit fast 300 Millionen € machen die Aufwendungen für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen fast 90 % des Haushaltsansatzes aus.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist auch eine Integrationsaufgabe!)

Ich sage nicht, dass ein eigenständiges Integrationsministerium auf gar keinen Fall funktionieren könne, ich sage nur, dass, wenn man sich ein eigenständiges Integrationsministerium leisten möchte – das wollen Sie –, auch deutlich mehr in den Bereich der Integration fließen muss. Da reicht es eben nicht, ein paar Hochglanzbroschüren zu drucken.

Ich möchte Ihnen nur einmal sagen: Berufsankennung, Spracherwerb oder Integration von Menschen, die bereits seit vielen, vielen Jahren hier leben, das ist eine riesengroße Aufgabe. Kollege Lasotta wird die Erfahrung teilen können: Wir erleben es z. B. im Krankenhaus regelmäßig, dass Migranten, die seit vielen Jahren hier in Deutschland leben, sich auf Deutsch schlicht nicht äußern können. Dann entsteht immer eine ganz blöde Situation, weil man jemanden im Krankenhaus suchen muss, der die entsprechende Sprache spricht und dann übersetzen kann. Das ist alles andere als professionell.

Vielleicht müssen auf der einen Seite die Krankenhäuser reagieren – das ist richtig –, aber auf der anderen Seite ist es natürlich schon so, dass man von einem Migranten, der bereits viele Jahre in Deutschland lebt, auch erwarten kann, dass zumindest gewisse Deutschkenntnisse vorhanden sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Herr Kollege Lede Abal, ich möchte Ihnen, weil Sie das Berufsankennungsgesetz angesprochen haben, noch eines sagen: Wie lange hat es denn eigentlich gedauert, bis dieses Berufsankennungsgesetz gekommen ist? Ich habe den Eindruck, im Bereich Integration schläft teilweise das Ministerium viel ärger, als man das möchte. Ein Beispiel war tatsächlich das Berufsankennungsgesetz. Frau Ministerin, Sie entsinnen sich: Wie oft musste ich Sie daran erinnern? Wie oft habe ich das damals von Ihnen eingefordert?

(Vereinzelte Heiterkeit)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in diesem großen Bereich der Flüchtlingsaufnahme zeigt sich der Schlafmodus der Landesregierung immer wieder. Ein Flüchtlingsaufnahme-gesetz wurde damals verabschiedet, und es war genau das Gleiche: Wie oft wurde der zeitliche Verzug von der Opposition angeprangert und gefragt, wann denn endlich das Flüchtlingsaufnahme-gesetz kommt?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Zu Regierungszeiten haben Sie es halt nicht gemacht!)

Es hat sich gezogen, gezogen und gezogen. Wir haben es damals übrigens auch gar nicht kritisiert, als das Flüchtlingsaufnahme-gesetz kam. Wir haben einiges kritisiert, aber was wir z. B. nicht kritisiert haben, war die Anhebung der Quadratmeterzahl pro Flüchtling. Das haben wir damals ganz klar so formuliert.

Ich sage aber, dass zu einem Zeitpunkt, als bereits sichtbar war, dass diese Flüchtlingswelle auf uns zukommen würde, die Landesregierung und das Integrationsministerium das Problem noch nicht ausreichend auf der Pfanne hatten. Herr Kollege Lede Abal, ich sage Ihnen ganz klar: Wenn das Land schon zweimal die Prognosen erhöht hat, dass mehr Flüchtlinge kommen, dann kann ich doch schon auf die Idee kommen, dass sich die Zahlen möglicherweise ein drittes, viertes und fünftes Mal erhöhen werden. Ich muss mich wundern, wenn Sie hier vorn sagen: „Ja, das hat wirklich niemand gewusst.“ Denn im Ausschuss hat eigentlich Einigkeit darüber geherrscht; es wurde gesagt: Das BAMF wird weiterhin die Zahlen erhöhen müssen.

Es hätte Ihnen klar sein müssen, dass Sie, wenn Sie dann auch noch in dem FlüAG größere Unterbringungsstandards etablieren möchten und fordern, die Kommunen vor große Herausforderungen stellen. Wenn das politisch gewollt ist, kann man natürlich schon beides machen. Dann kann man mehr Flüchtlinge besser unterbringen. Aber dann ist es Ihre Aufgabe – Aufgabe Ihres Ministeriums und der Regierungsfractionen –, zu entscheiden, wie Sie das finanzieren wollen, und dann müssen Sie vielleicht an anderer Stelle, möglicherweise sogar in einem anderen Ressort, schlicht Mittel einsparen.



(Andreas Glück)

Eine Einsparmöglichkeit wäre z. B., sich endlich einmal auf den Weg zu machen, um zu schnelleren Asylverfahren zu kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das wäre der Faktor, bei dem wir wirklich versuchen könnten, kostengünstiger zu fahren. Aber es geht nicht nur um das Finanziel, wenn wir schnellere Verfahren fordern, sondern es hat auch etwas mit Humanität zu tun.

(Unruhe)

Das sage ich Ihnen ganz klar: Es ist doch völlig unzumutbar, wenn Familien nach teilweise jahrelanger Unsicherheit, ob sie hierbleiben können oder nicht, letztlich doch rückgeführt werden. Ich sage ganz klar: Natürlich muss man in manchen Fällen Rückführungen andenken, aber das kann nicht erst nach vielen Jahren der Fall sein, sondern letztlich muss das Ziel sein,

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

wenn es zu einer Rückführung kommt, eine rasche Rückführung vorzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einmal zu den finanziellen Mitteln, die die Kommunen jetzt erhalten. Sie lassen sich jetzt Ihr Mäntelchen des Gutmenschentums, nämlich die Verbesserung der Bedingungen,

(Zuruf von der SPD: Na, na!)

von unseren Städten und Kreisen bezahlen.

(Zuruf von der SPD: Das ist unwahr!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen nachher zu den Beispielen. Ich kann Ihnen das nachher an drei Beispielen ganz klar ausführen. Es ist ganz klar: Das Asylrecht in unserem Land hat eine zentrale Rolle; das Asylrecht ist ein Teil des Landes, in dem ich leben möchte. Ich möchte, dass in dem Land, in dem ich lebe, Menschen, die systematischer Verfolgung ausgesetzt sind, Zuflucht finden können.

Wenn man das haben möchte, gehört aber auch dazu, dass man die Bereitschaft der Bevölkerung in Baden-Württemberg nicht verspielt, auch weiterhin Flüchtlinge gut, nett und freundlich aufnehmen zu wollen. Dazu gehört auch, dass wir beim Thema Finanzierung unsere Kreise und Städte nicht alleinlassen und im Regen stehen lassen – aber das tun Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben fast überall in unseren Dörfern und Städten eine tolle Aufnahmekultur, und trotzdem lassen Sie jetzt die Kommunen weitgehend auf dem Trockenen sitzen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oh!)

Ich nenne Ihnen drei Beispiele. Das ist erstens das Flüchtlingsaufnahmegesetz. Dazu hatten wir einen Änderungsantrag eingebracht, in dem wir eine Kostenevaluation der kompletten Flüchtlingsunterbringung gefordert haben, nicht nur im Bereich Wohnen, sondern gerade auch im Bereich der Sozialarbeit und der Gesundheit. Unserem Änderungsantrag haben Sie damals nicht zugestimmt; den haben Sie hier im Rahmen der Beratung des FlüAG abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Erst als der Druck von außen so groß wurde, haben Sie letztlich doch eine Evaluierung sämtlicher Bereiche eingeführt. Aber Sie haben erst einmal unseren Änderungsantrag abgelehnt.

Zweites Beispiel: Die Landesregierung kann – das ist das, was Kollege Kleinböck vorher sagte – im Rahmen dieser Kostenevaluierung bis heute nicht sagen, wie groß der Betrag ist, der im Jahr 2013 zu wenig an die Kommunen, die Kreise und Gemeinden, bezahlt wurde. Das hat er auch vorhin gesagt: „Leider ist die Evaluierung noch nicht da, deswegen kann man es nicht sagen.“ Bemerkenswert ist aber doch, dass die Kreise und Gemeinden bereits beim Flüchtlingsgipfel im Oktober nicht nur die Zahlen für 2013 nennen konnten, sondern bereits ziemlich genau die Zahlen zu dem, was zu wenig bezahlt wird, für 2014 aufrechnen konnten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, entweder können die Mitarbeiter in den Rathäusern oder auf den Landratsämtern viel schneller rechnen als die im Ministerium, oder wir haben es schon wieder mit einer Verzögerungstaktik der Landesregierung zu tun.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Oje! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das dritte Beispiel, das ich Ihnen gern nennen möchte, betrifft den heutigen Tag. Wir haben heute einen Entschließungsantrag eingebracht, der drei Punkte beinhaltet. Interessanterweise sind es genau die Punkte, die der Ministerpräsident vorhin selbst angesprochen hat. Er sagte, er stehe dafür, dass die Städte und Kreise das Geld bekommen, das ihnen für die Flüchtlingsaufnahme zusteht. Genau das, was der Ministerpräsident gesagt hat, ist das, was wir auch wollen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das glaube ich nicht!)

Deswegen haben wir einen Entschließungsantrag eingebracht, der drei Punkte umfasst. Diese drei Punkte möchte ich Ihnen jetzt nennen.

Punkt 1 ist, dass den Stadt- und Landkreisen – –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das wird doch gemacht!)

– Gut, in Ordnung. Aber, Herr Vizepräsident, wenn es sowieso gemacht wird, dann können Sie doch ohne Probleme zustimmen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum soll sich das Parlament noch damit befassen?)

Warum wird dann so etwas im Ausschuss abgelehnt? Das verstehe ich beim besten Willen nicht.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Noch einmal: Punkt 1 ist, dass den Stadt- und Landkreisen eine vollständige Deckung der entstehenden Kosten garantiert wird. Das ist nichts anderes als das Konnexitätsprinzip.

Zweitens: Das starre System der Einmalpauschalen soll durch differenzierte, angemessene Lösungen ersetzt werden.

Drittens: Den Stadt- und Landkreisen soll in Entsprechung dessen, was seit dem 1. Januar 2014 zu wenig für die Flüchtlingsunterbringung bezahlt wurde, ein Ausgleich geschaffen

(Andreas Glück)

werden. Das ist wiederum nichts anderes als das Konnexitätsprinzip. Sie haben das im Ausschuss abgelehnt, und darüber muss ich mich schon wundern, weil es letztlich nichts anderes ist als das, was der Ministerpräsident vorhin selbst gesagt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich fordere Sie auf: Stimmen Sie diesem Entschließungsantrag ganz einfach zu. Ganz offensichtlich fehlt der Landesregierung bei der Frage der Kostenerstattung ein richtiger und weitsichtiger Plan. Wir sind überzeugt: Unser Entschließungsantrag könnte Teil dieses Plans sein, der Ihnen fehlt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Öney.

**Ministerin für Integration Bilkay Öney:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg zwei Dinge: Zunächst einmal meinen Glückwunsch zum Erfolg beim Mitgliederentscheid. Herr Wolf, Sie haben mich überrascht, aber offenbar nicht nur mich.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Präsident Guido Wolf:** Ich möchte mich trotzdem herzlich für die Glückwünsche bedanken.

(Heiterkeit und Beifall)

**Ministerin für Integration Bilkay Öney:** Ich meine das ernst.

Zweitens: Herr Dr. Lasotta, niemand zweifelt die Arbeit des Rechnungshofs an, ganz im Gegenteil. Wir haben sehr gut zusammengearbeitet, und ich habe mich auch mit Herrn Munding ausgesprochen. Wir beide wissen, dass nicht wir beide über die Zukunft dieses Ministeriums entscheiden, sondern die Wählerinnen und Wähler bzw. die Regierung ab 2016. Das will ich klargestellt wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

In diesem Jahr standen die Flüchtlinge im Fokus und damit natürlich auch die Flüchtlingszahlen. Angesichts der internationalen Lage und der dramatischen Konflikte und Kriege wird uns diese Herausforderung wahrscheinlich noch lange beschäftigen. Mit dem vorgelegten Haushalt werden die Voraussetzungen geschaffen, um die Flüchtlingsaufnahme zu bewältigen. Seit Herbst 2012 erleben wir eine sehr dynamische Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Ende 2012 zählten wir in Baden-Württemberg noch einen Jahreszugang von knapp 8 000 Erstantragstellern, ein Jahr später waren es bereits 14 000 Erstantragsteller, und in diesem Jahr erwarten wir 26 000 Erstantragsteller.

Das entspricht auch der Prognose des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Auch für 2015 geht das BAMF von einem bundesweiten Zugang von mindestens 200 000 Erst- und 30 000 Folgeantragstellern aus. Im Haushaltsplan wird deshalb für 2015 und 2016 mit jährlich 26 000 Erstantragstellern und 4 000 Folgeantragstellern gerechnet.

Wir nehmen damit allein für die pauschale Kostenerstattung an die Kreise – hören Sie gut zu, Herr Glück – im Doppelhaushalt insgesamt 695 Millionen € in die Hand. Hinzu kommen die Kosten der Landeserstaufnahmeeinrichtungen mit weiteren 37 bzw. 38 Millionen €.

Eine gewisse Entlastung erfahren wir und die Kommunen durch den Bund. Er hat sich bereit erklärt, einmalig dem Land und seinen Kommunen im Jahr 2015 insgesamt 65 Millionen € zur Verfügung zu stellen. Sofern die Belastung bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern im bisherigen Umfang fortbesteht, würde dies auch 2016 fortgesetzt.

Das sind alles nur Zahlen. Letztlich geht es aber auch um Menschen und um Schicksale. Das wurde hier heute auch schon gesagt. Wir sind rechtlich und moralisch verpflichtet, den Flüchtlingen einen fairen Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren zu geben. Dazu gehört auch, sie menschenwürdig unterzubringen und zu betreuen, solange es notwendig ist. Ich bin überzeugt, dass wir dies gemeinsam schaffen.

Wir unternehmen nicht erst seit heute größte Anstrengungen, die Erstaufnahmekapazitäten in Baden-Württemberg zu erhöhen. Wir haben die Zahl der Plätze von 2012 bis jetzt von 950 auf über 4 000 erhöht und damit mehr als vervierfacht. Aktuell bereiten wir zusätzlich auch Aufnahmeplätze in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg für gewisse Notsituationen vor. Damit wollen wir natürlich auch einen Puffer für die Gemeinden schaffen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich bin den Kreisen, Städten und Gemeinden sehr dankbar, die uns bei der Ausweitung der Unterbringungskapazitäten unterstützt und geholfen haben. Ein wichtiger Schritt war Ende Oktober der Start der LEA Meßstetten mit bis zu 1 000 Plätzen. Ich glaube, wir können alle wirklich sehr stolz auf die kleine Stadt Meßstetten und auf ihre Bürgerinnen und Bürger sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU und Andreas Glück FDP/DVP)

Ganz besonders möchte ich an dieser Stelle dem Landrat und Abgeordneten Herrn Pauli, aber auch Herrn Bürgermeister Mennig danken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU und Andreas Glück FDP/DVP)

Im kommenden Jahr werden wir in Ellwangen eine weitere LEA eröffnen und die bisherige Außenstelle Mannheim der LEA Karlsruhe zum Vollstandort ausbauen. In Freiburg soll ebenfalls eine LEA entstehen. Der Betriebsstart auf dem Gelände der bisherigen Akademie der Polizei könnte noch 2016 sein. Weitere Standorte befinden sich aktuell in der Überprüfung.

Wichtig ist uns, dass wir die Standortkommunen in die Planung einbeziehen. Das machen wir. Das haben wir von Anfang an gemacht. Möglicherweise erklärt das auch, warum es in Baden-Württemberg besser läuft als anderswo.

(Ministerin Bilkay Öney)

Wie wir mit den Flüchtlingen umgehen, wird insbesondere während ihres Aufenthalts in den Stadt- und Landkreisen offenbar. Mit dem neuen Flüchtlingsaufnahmegesetz haben wir hier einen wichtigen Meilenstein gesetzt. Im Mittelpunkt stehen mehr Humanität für die Flüchtlinge und mehr Flexibilität und Handlungsspielräume für die Kreise.

Um den Kreisen weitere Spielräume zu eröffnen, hat die Landesregierung zusammen mit Hamburg eine Änderung des Baurechts initiiert. Das ermöglicht, baurechtliche Hürden bei der Schaffung neuer Unterkünfte abzubauen. Ich betone: Es geht nicht darum, die Flüchtlinge von der Gesellschaft zu separieren. Es geht vor allem um eines: Es geht um mehr Platz.

Wir wollen den Flüchtlingen frühzeitig die Chance geben, sich zu integrieren. Darum haben wir die Verweildauer in der vorläufigen Unterbringung von durchschnittlich 29 auf 18 Monate deutlich verkürzt. Deshalb haben wir im Land schon vor einem Jahr den starren Sachleistungsvorrang aufgehoben. Die Flüchtlinge können sich nach ihren eigenen Bedürfnissen selbst versorgen. Das wurde, wie ich meine, auch von allen Parteien mitgetragen und ist Konsens.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die jüngsten Änderungen im Bund ergänzen diesen humanitären und zugleich pragmatischen Ansatz: Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, Geldleistungen als Standard, Wechsel in den regulären Leistungsbezug bereits nach 15 Monaten, Verkürzung des Arbeitsverbots auf drei Monate und der Vorrangprüfung von 48 auf 15 Monate und weitgehender Wegfall der Residenzpflicht. Das alles sind keine Wohltaten, sondern Konsequenzen aus der Einsicht, dass sehr viele Flüchtlinge wahrscheinlich auf lange Sicht bei uns bleiben werden.

Die Sprachförderung steht dabei ganz oben auf der Agenda. Sie ist mir nicht erst seit dem Flüchtlingsgipfel ein wichtiges Anliegen, sondern ist bereits im Flüchtlingsaufnahmegesetz ausdrücklich verankert. Gleichwohl freut es mich, dass durch die Initiative des Ministerpräsidenten dieses Thema eine neue und konstruktive Dynamik erhalten hat, die unserem Anliegen sehr entgegenkommt.

Die Landesregierung und die beteiligten Ressorts arbeiten intensiv an der Umsetzung des auf dem Flüchtlingsgipfel beschlossenen Maßnahmenpakets. Eines der Kernstücke dieses Pakets ist ein Sprachförderungsprogramm für Asylbewerber und Flüchtlinge. Sie wissen: Bisher sind diese Gruppen von Gesetzes wegen von der Teilnahme an Integrationskursen ausgeschlossen. Ich glaube, es ist an der Zeit, das zu ändern und den faktisch meist längeren Aufenthalt auch sinnvoll zu nutzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU und Andreas Glück FDP/DVP)

Mit dem neuen Flüchtlingsaufnahmegesetz werden den unteren Aufnahmebehörden bereits Mittel für die Finanzierung von Sprachkursen auf einfachem Niveau zugewiesen. Darauf bauen wir auf und entwickeln noch ein abgestimmtes Programm. Dabei erfinden wir natürlich das Rad nicht neu. Wir wollen fehlende Zugänge zu bestehenden Angeboten öffnen,

bestehende Angebote erweitern und Förderprogramme des Bundes und der EU komplementieren. Ferner werden wir Synergien durch Vernetzung und Kooperation mit den relevanten Akteuren nutzen, in Kooperation z. B. mit der Baden-Württemberg Stiftung.

Ich bin überzeugt, dass wir ein effizientes und effektives Programm auf den Weg bringen werden. Denn gute Deutschkenntnisse sind wichtig. Das wissen wir nicht erst seit der Forderung der CSU. Wer dauerhaft hier leben und Erfolg haben will, ist eingeladen und aufgefordert, die gemeinsame Verkehrssprache zu erlernen. Wir erwarten von den Zuwanderern, dass sie Deutsch lernen. Umgekehrt dürfen sie natürlich von uns erwarten, dass wir sie dabei unterstützen.

Auch von den Kreisen und Gemeinden erwarten wir ein solidarisches Miteinander bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Wir wollen aber eine finanziell faire Lastenteilung. Deshalb haben wir im Flüchtlingsaufnahmegesetz festgelegt, dass sich die Ausgabenpauschale, die 2011 pro Kopf noch bei ca. 10 300 € lag, bis 2016 auf annähernd 14 000 € erhöhen soll. Darüber hinaus unterziehen wir diese Pauschale derzeit einer kompletten Überprüfung. Herr Glück

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP unterhält sich mit Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU.)

– er hört gar nicht zu –, damit sind wir dem Wunsch des Parlaments auch nachgekommen.

Gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden werten wir die Zahlungen des Jahres 2013 aus. Am Ende wollen wir ein Ergebnis, das auch auf kommunaler Seite akzeptiert wird. Davon gehe ich aus.

Die Landesregierung vergisst dabei auch nicht die kreisangehörigen Gemeinden, in denen die sogenannte Anschlussunterbringung stattfindet. Denn ein weiteres Ergebnis des Flüchtlingsgipfels ist ein Förderprogramm zur Schaffung von Wohnraum in den Kommunen im Umfang von jeweils 15 Millionen € in den Jahren 2015 und 2016. Dieses Programm wurde federführend vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft entwickelt und steht nun am Start. Die Anträge können ab Januar bei der L-Bank gestellt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Klar ist im Übrigen, dass die vom Bund jetzt zugesagten Mittel für Flüchtlinge auch unseren Kommunen zugutekommen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den letzten zwei Jahren konnten wir die Integrationsarbeit in den Kommunen ein großes Stück voranbringen. Basis dafür war die VwV-Integration, die im August 2013 in Kraft trat und sich seither in der Praxis auch gut bewährt hat. Die drei Förderschwerpunkte in diesem Programm sind erstens die kommunale Strukturbildung, zweitens die Beteiligung der Eltern am Bildungsweg ihrer Kinder und drittens Teilhabe- und Antidiskriminierungsmaßnahmen.

All das ist auf sehr großes Interesse gestoßen. So konnten z. B. in 31 Gemeinden, Städten und Landkreisen Stellen für Integrationsbeauftragte eingerichtet oder aufgestockt werden. Diese Integrationsbeauftragten erhöhen die Steuerungsfähigkeit

(Ministerin Bilkay Öney)

der Kommunen bei den Integrationsaufgaben und können sich mit ihrer Vernetzungsfunktion auch positiv auf ehrenamtliches Engagement auswirken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Auch für die dritte Förderrunde im kommenden Jahr liegen wieder viele Anträge vor. Der Blick auf die Antragssumme von knapp 6,5 Millionen € macht deutlich, dass wir bei Weitem nicht alle Projekte fördern können. Aber diese Ausgangslage erlaubt uns immerhin, die besten unter den vielen Integrationsmaßnahmen auszuwählen.

Interkulturelle Öffnung ist ein weiteres zentrales Ziel unserer Integrationspolitik. Wir wollen eine angemessene gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Das gilt natürlich auch für die Landesverwaltung. Wir fördern daher interkulturelle Öffnungsprozesse in der Landesverwaltung, zusätzlich aber auch in den Kommunen, in den Vereinen und in den Verbänden. Wir unterstützen nicht nur einzelne Projekte, sondern wir fördern besonders strukturelle Öffnungsprozesse. Thematische Schwerpunkte setzen wir bei der Stärkung interkultureller Kompetenzen und bei der Nachwuchsgewinnung.

Auch bei der interkulturellen Öffnung von Vereinen und Verbänden werden wir weiter aktiv sein. Mit dem Landessportverband haben wir ein Projekt entwickelt, das zum Ziel hat, interkulturelle Module in der Übungsleiter- bzw. Trainerausbildung zu verankern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Auch die beiden erfolgreich laufenden Modellprojekte mit dem DRK-Landesverband wollen wir 2015 weiterführen.

Beim Thema Zwangsheirat führen wir die wichtige Arbeit, die damals Justizminister Goll gestartet hatte, auch weiter. Wir entwickeln sie fort und unterstützen verschiedene Beratungs-, Sensibilisierungs- und Präventionsmaßnahmen.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die Bekämpfung von Rassismus und anderen Formen der Menschenfeindlichkeit. Zur Prävention von menschenfeindlichen Einstellungen gehört eine vorurteilsfreie Erziehung und Bildung. Ich bin ganz auf Ihrer Seite, Herr Lasotta: Ich glaube, durch Präventionsmaßnahmen kann man viel erreichen, ganz egal, in welche Richtung dieser Rassismus oder Extremismus geht. Wir fördern deshalb auch das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ weiter. Außerdem werden wir die Förderung von Vernetzungsangeboten fortsetzen und so weitere Synergieeffekte schaffen.

Neben Prävention und Vernetzung bieten wir den von Diskriminierung Betroffenen auch konkrete Unterstützung an. Viele Betroffene kennen ihre Rechte aus dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz – AGG – nicht oder noch nicht. Deshalb ist das Integrationsministerium Anlaufstelle für alle Betroffenen, die z. B. aus rassistischen Gründen oder wegen ihrer ethnischen Herkunft diskriminiert werden. Wir möchten die Betroffenen weiterhin über ihre Rechte informieren und gleichzeitig natürlich auch eine Sensibilisierung in der Bevölkerung für das Thema erreichen.

Die Erstberatung kann allerdings eine persönliche Betreuung vor Ort nicht ersetzen. Lokale Angebote sind eher in der Lage, eine intensivere Begleitung zu gewährleisten, und können neben einer rechtlichen Aufklärung gegebenenfalls auch persönliche Hilfestellung anbieten. Deshalb fördern wir mit Unterstützung der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg seit dem Jahr 2013 den Aufbau lokaler Antidiskriminierungsnetzwerke. Derzeit gibt es in Baden-Württemberg vier Netzwerke: in Reutlingen, in Freiburg, im Landkreis Biberach und im Rems-Murr-Kreis. In den nächsten zwei Jahren möchten wir weitere Initiativen fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Nach den Anerkennungsgesetzen des Bundes und der Länder haben nun alle Menschen mit im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen einen Anspruch auf Prüfung der Gleichwertigkeit ihres Abschlusses. Das Landesankennengesetz Baden-Württemberg beinhaltet darüber hinaus einen Anspruch auf eine unabhängige und flächendeckende Beratung. Die dafür notwendigen Strukturen haben wir bereits seit 2012 parallel zur Erarbeitung des Landesankennengesetzes aufgebaut. Was soll ich lügen, Herr Glück? Mir hat es auch zu lange gedauert.

(Beifall des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Diese Beratungsstruktur wollen wir auch im Zusammenhang mit der Integration von Flüchtlingen nutzen.

Ich komme zum Schluss. Meine Damen und Herren, ich danke ausnahmslos allen, die sich konstruktiv in diesen Haushalt eingebracht haben, die unsere Arbeit immer kritisch und konstruktiv begleitet haben. Ich weiß nicht, ob ich Sie alle in diesem Jahr noch einmal sehe. Deswegen wünsche ich Ihnen und Ihren Familien an dieser Stelle schon einmal frohe Weihnachten und bitte Sie natürlich um Unterstützung und um Zustimmung zum Einzelplan meines Ressorts.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Um Missverständnisse zu verhindern: Wir haben morgen und übermorgen noch Plenarsitzungen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Und nächste Woche!)

– Und nächste Woche.

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m u n g** über den Einzelplan 15 – Ministerium für Integration. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6015. Den vorliegenden Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP werde ich bei dem entsprechenden Kapitel aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 1501

Ministerium

(Präsident Guido Wolf)

Wer Kapitel 1501 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1501 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

#### Kapitel 1502

##### Allgemeine Bewilligungen

Wer Kapitel 1502 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1502 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

#### Kapitel 1503

##### Aufnahme und Integration

Wer Kapitel 1503 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6015, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6065, abzustimmen, der sich dem Thema „Evaluation der den Stadt- und Landkreisen gezahlten Pauschalen für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz“ widmet. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir sind am Ende der Beratung des Einzelplans 15.

Ich rufe **Punkt 1 e** der Tagesordnung auf:

#### **Einzelplan 11: Rechnungshof**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6011**

#### **Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhard Löffler**

Er wünscht als Berichterstatter nicht das Wort.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich dem Kollegen Dr. Löffler dann doch das Wort.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beratungen zum Haushalt des Rechnungshofs – Einzelplan 11 – waren im Finanzausschuss völlig unproblematisch, eine Angelegenheit von wenigen Minuten. Was mit anderen Einzelplänen nicht gelang – der Rechnungshof macht es vor. Das Ausgabenvolumen reduziert sich, die Sachmittelausstattung wird fortgeschrieben, die Zahl der Personalstellen bleibt unverändert: ein Haushalt mit Einsparungen, der sich vorbildlich abhebt von den adipös aufgespeckten Einzelplänen mancher Ministerien.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dabei ist unser Rechnungshof hocheffizient. Er nimmt – das können wir mit Stolz sagen – unter den Rechnungshöfen der Bundesrepublik eine Spitzenposition ein.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

In Denkschriften, in Beratenden Äußerungen, in Sonderberichten und in Empfehlungen unterstützt der Rechnungshof die Regierung, das Parlament und die Verwaltung mit hoher Qualität, und das seit 61 Jahren. Es ist richtig, dass der Rechnungshof die Haushaltskonsolidierung anmahnt, die Aufnahme neuer Kredite geißelt, auf Mängel bei Investitionsplanungen und Wirtschaftlichkeitsdefizite hinweist und immer wieder die Nullneuerschuldung einfordert.

Respekt gegenüber dem Rechnungshof war immer Konsens in diesem Haus. Bedauerlich, dass gerade Kollege Schmiedel den Präsidenten des Rechnungshofs attackierte

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zu Recht!)

und ihm mangelnde Neutralität und Unzulänglichkeiten vorwarf. Diese Anschuldigungen, Kollege Schmiedel, waren ohne Anstand.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie beschädigen so das Ansehen unseres Rechnungshofs.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Mäßiger Beifall! Keiner klatscht!)

– Herr Kollege Schmiedel, Sie haben vorhin auch über die CDU gelästert. Dabei haben Sie Ihre eigene Fraktionsvorsitzende, Frau Ute Vogt, wie einen Hund vom Hof gejagt. Eine Partei, wie wir es sind, in der eine Diskussion mit offenem Harnisch geführt wird, die aber kritisieren Sie.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sprechen Sie mal zum Thema!)

Leider hat die Saat Ihres verbalen Unkrauts im Integrationsministerium Früchte getragen. Das Moorhuhnschießen auf den Rechnungshof geht weiter. Frau Öney beklagt sich laut, dass der Rechnungshof ihr Ministerium kontrolliere. Dabei geht es nicht um das hamletsche Sein oder Nichtsein. Der Vorwurf lautet, der Rechnungshof agiere parteipolitisch. Die Überprüfung des Ministeriums sei inakzeptabel, ließ Frau Öney ihre Genossen per E-Mail wissen. Wenn aber etwas inakzeptabel ist, Frau Öney, dann ist das Ihre unsachliche Kritik, die ein befremdliches Verständnis der Institution Rechnungshof offenbart. Ich kann mich nicht erinnern, dass sich in der Geschichte dieses Landes ein Minister jemals so beschämend und unsachlich gegenüber dem Rechnungshof geäußert hat.

Ihnen, Herr Präsident Munding, erweist die CDU-Fraktion Dank und Anerkennung für Ihre Arbeit,

(Zuruf: Sehr gut! Knietiefe Verbeugung!)

den Sie bitte mit Ihren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern teilen wollen. Sie haben ein tolles Team, weil Sie Maßstäbe setzen im Umgang mit dem Geld der Steuerzahler. Wenn die Prüfungsergebnisse Ihres Hauses zu Veränderungen im Verwaltungshandeln führen, spricht dies für eine funktionierende Demokratie.

Der Rechnungshof hat keine Macht, seine Entscheidungen durchzusetzen; seine Macht ist die Überzeugung. Es ist Ihre

(Dr. Reinhard Löffler)

Pflicht, Herr Munding, alles kritisch zu hinterfragen und zu überprüfen, und es ist auch richtig, unangenehme Dinge zu sagen – auch und gerade, weil es dieser Regierung nicht gefällt.

Im Haushalt begründen die Regierungsfaktionen Mittel in Höhe von 520 000 € mit der „Primatendebatte“ in Tübingen. Für 200 000 € gehen Beratungsgutscheine an bürgerschaftliche Initiativen – wer auch immer damit gemeint ist. Es darf kritisch hinterfragt werden, ob dies dem Gemeinwesen dient oder der ideologischen Selbstbefriedigung.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dies überlassen wir gern Ihnen!)

Aus der Bergpredigt wissen wir – –

(Lebhafte Unruhe – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt kommt auch noch die Bergpredigt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Aus der Bergpredigt wissen wir, dass Brot und Fische sich vermehren; von Personalstellen wird nichts berichtet.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ist das eine Bewerbungsrede als Landtagspräsident? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wenn schon Bibel, dann richtig, Herr Kollege!)

So bläht das Verkehrsministerium seine Personalzahlen auf, dennoch bewegt sich bei den Investitionen in den Straßen- und den Hochbau wenig.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ist das eine Bewerbungsrede?)

Schlimmer noch: Geld für Straßen und für Lärmschutzwände bleibt in Berlin liegen.

(Anhaltende lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Oh, wir haben einen Landtagspräsidenten!)

**Präsident Guido Wolf:** Der Kollege Dr. Löffler hat das Wort.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Ich Sorge mich auch um die drei A-12-Stellen in den Regierungspräsidien für das Bildungszeitgesetz. Werden diese Mitarbeiter ihren Achtstundentag, gestresst vor Langeweile, mit Sudoku-Spielen verbringen müssen?

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Reden Sie jetzt als CDU-Abgeordneter?)

Die CDU unterstützt die Empfehlung des Rechnungshofs, Personalstellen nicht auf-, sondern abzubauen. In diesem Jahrzehnt erreicht jeder vierte Beamte die Altersgrenze für den Ruhestand. Diese Versorgungsbezüge müssen vom Haushalt gestemmt werden.

(Unruhe)

Es ist auch richtig, dass der Rechnungshof bei den Gutachterkosten auf die Bremse tritt, die sich wie ein Hefeteig aufblähen. Sie sind vielfach unnötig, weil wir Experten in der eigenen Landesverwaltung haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Gutachten dürfen nicht zum Transmissionsriemen werden, um Parteifreunde zu bedienen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wen wir beauftragen, das müssen Sie schon uns überlassen!)

Im Untersuchungsausschuss „Schlossgarten II“ durfte eine den Grünen nahestehende Gutachterin eine Expertise abliefern, und obwohl das Untersuchungsausschussgesetz und das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz nur ein Stundenhonorar von 125 € vorsahen, wurde das Doppelte bezahlt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Lassen Sie unabhängige Gutachter außen vor!)

Ich kann mir gar nicht erklären, warum. „Alles in Ordnung“, versicherte die Verwaltung mit hochrotem Kopf – wie die Nase von Rentier Rudolph.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf von den Grünen: Oder Ihre! – Anhaltende Unruhe)

Herr Munding, bereiten Sie uns mehr Probleme, als der Esel an der Krippe Flöhe hat,

(Zurufe von der SPD, u. a.: Das ist ja peinlich! – Lebhafte Unruhe)

dann machen Sie Ihre Aufgabe richtig gut. Ich wünsche Ihnen und Ihren Mitarbeitern die Kraft dazu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Aras.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt kommt das wahre Stuttgart!)

**Abg. Muhterem Aras** GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrter Herr Präsident Munding, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rechnungshof unterstützt das Parlament, die Regierung und die Landesverwaltung. Vor allem versucht er als Anwalt der Steuerzahler darauf zu zielen, dass die Verwaltungen und die Regierungen effizienter arbeiten, sodass Steuergelder effizient eingesetzt werden. Dafür sind wir Ihnen sehr, sehr dankbar.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Entscheidend ist – das möchte ich hervorheben –, dass Sie nicht nur prüfen, ob die Verwaltungen und die Regierungen effizient arbeiten, sondern dass Sie häufig auch Verbesserungsvorschläge vorlegen. Auch dafür ganz herzlichen Dank. Machen Sie weiter so!

Gerade im Rahmen der Haushaltshoheit des Parlaments und der ihm anvertrauten Aufgabe der Haushaltskontrolle sind Ihre Verbesserungsvorschläge entscheidend.

(Muhterem Aras)

Die grün-rote Landesregierung hat in den letzten drei Jahren gezeigt und bewiesen, dass Ihre Arbeit hohe Wertschätzung erfährt. Denn viele Vorschläge von Ihnen wurden aktiv aufgegriffen und umgesetzt, sowohl in der Denkschrift für das Haushaltsjahr 2013 als auch in der aktuellen Denkschrift. Ich erinnere nur an das Thema Landesstraßen. Da hat der Rechnungshof gesagt: Bei knappen Mitteln soll man dem Erhalt Vorrang geben vor dem Neubau. Genau das haben wir gemacht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das Gleiche gilt für den Abbau des Sanierungsstaus. Die Rede war von einer Quote von 2 %. Das haben wir aufgegriffen. Aufgrund Ihres entsprechenden Vorschlags in der aktuellen Denkschrift baut die grün-rote Landesregierung den Landesbetrieb IT, also das Informatikzentrum, auf. Auch das ist ein Beispiel. Ein weiteres Beispiel ist die Forderung nach mehr Effizienz beim Dienstreisemanagement.

Es gibt noch viele weitere Beispiele für Vorschläge, die wir bereits aufgegriffen haben, und viele Vorschläge werden wir in Zukunft aufgreifen. Unsere Bitte ist, dass Sie weiterhin kritisch und konstruktiv die Regierung, die Regierungsfractionen und das Parlament begleiten. Wir sind auf jeden Fall sehr dankbar für Ihre unabhängige und wertvolle Arbeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Natürlich gibt es auch Dissens; das ist völlig legitim; das ist in Ordnung. Der Rechnungshof hält die Nullnettoneuerschuldung bereits 2014 für möglich. Wir sagen: Es ist nicht möglich, weil wir es uns nicht leisten können, bestimmte Strukturen kaputt zu machen. Wir haben einen Plan vorgelegt, wie wir die Nullnettoneuerschuldung im Jahr 2020 erreichen; wir haben den Finanzplan.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie brauchen das Geld für den Wahlkampf!)

Wir betreiben seit der Regierungsübernahme eine klare Haushaltspolitik – Konsolidieren, Sanieren und Investieren –, und wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns auf diesem Weg weiterhin konstruktiv begleiten.

Ganz herzlichen Dank an Sie und Ihr Team.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Maier.

**Abg. Klaus Maier SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Ausschussberatung zum Einzelplan des Rechnungshofs große Einigkeit und Harmonie gehabt. Diesem Einzelplan wurde im Finanzausschuss einstimmig zugestimmt. Leider ist es so: Wenn man den Kollegen Löffler ans Mikrofon lässt, weicht diese Einigkeit und wird zur Peinlichkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD und den Grünen: Bravo! – Super!)

Das hätte jetzt nicht sein müssen.

Beim Rechnungshof gibt es nichts dramatisch Neues. Im Großen und Ganzen sind die Kostenentwicklungen im Rahmen. Die Zahl der Personalstellen bleibt mit 244 konstant. Der Rechnungshof wurde auch bei den Sparbeschlüssen, also bei den Orientierungsplänen, außen vor gelassen, sodass er seine Arbeit für das nächste Jahr mit einer guten finanziellen und personellen Ausstattung durchführen kann. Es sind wieder 30 Denkschriftbeiträge und etwa 130 Prüfungsmitteilungen geplant.

Zur aktuellen Denkschrift 2014, die aus 22 Beiträgen besteht, erfolgten die Vorberatungen im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft weitgehend einvernehmlich. Es gab nur bei vier Beiträgen Beschlussfassungen, die von den Beschlussvorschlägen des Rechnungshofs abwichen. Sie sehen, meine Damen und Herren, Herr Munding: Wir sind bereit, gute Ratschläge anzunehmen.

Die Koalition ist aber auch so selbstbewusst, dass wir unsere politischen Entscheidungen verteidigen. Wir sind vielleicht manchmal anderer Meinung; aber das ist Politik, und diese politischen Entscheidungen verteidigen wir natürlich.

Ich rufe dem Rechnungshof zu: Decken Sie Missstände auf – ruhig auch schnell. Beim EnBW-Deal ging das recht langsam. Es darf also ruhig auch einmal zugelangt werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Zeigen Sie, an welchen Stellen es die Verantwortlichen besser machen können, und begleiten und beraten Sie die Parlamentarier objektiv und unvoreingenommen bei ihrer Arbeit.

Ich weiß, es gibt immer wieder Begehrlichkeiten in Richtung Rechnungshof. Ich halte nichts davon, Ihnen die Prüfungsaufgaben via Parlamentsantrag vorzugeben. Sie sind erfahren. Sie sind unabhängig. Das ist gut so. Wir sind gespannt auf eine gute Denkschrift 2015.

Meine Damen und Herren, der Rechnungshof ist ein wichtiger und kritischer Begleiter. Seine Beiträge sind wichtig zur Konsolidierung des Haushalts. Wir nehmen sie ernst. Wir bearbeiten sie auch sehr ernsthaft in den Vorbereitungen zur Haushaltsplanung.

Im Namen der SPD-Fraktion möchte ich mich bei Ihnen, Herr Munding, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wertvolle Arbeit bedanken. Wir stimmen dem Einzelplan 11 zu.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Reith.

**Abg. Niko Reith FDP/DVP:** Herr Präsident, sehr geehrter Herr Präsident Munding, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unabhängige Kontrolle staatlichen Handelns ist elementarer Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft. Eine der wichtigsten Institutionen in diesem Bereich ist der Rechnungshof. Deshalb werden auch wir dem Einzelplan 11 zustimmen, und ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei Ihnen, Herr Munding, und den Mitarbeitern in Ihrem Haus bedanken – bedanken für eine vorbildliche und geräuschlose Umsetzung der Einsparziele in Ihrem Haus.

(Niko Reith)

Mehr Elan würde ich mir bei der Umsetzung der Einsparziele von der Landesregierung erhoffen. Doch statt seriöser Zukunftspolitik setzt diese lieber auf Symbole und Wahlgeschenke. Trotz hoher Steuereinnahmen werden weiter unnötige Schulden aufgenommen. Von diesem Geld können dann im Wahljahr schöne Wohltaten verteilt werden. Und trotzdem wird sich der Finanzminister feiern lassen für die schwarze Null – die er zugegebenermaßen dem Ministerpräsidenten erst durch seinen überfallartigen Vorstoß im Sommer abringen konnte.

Ehrlicher wäre es freilich gewesen, dem Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion zuzustimmen, eine Schuldenbremse in der Landesverfassung zu verankern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Unter finanziellen Aspekten wäre das problemlos möglich gewesen. Politisch aber ist die Festschreibung soliden Haushaltes in diesem Haus derzeit nicht gewollt, wie wir am 12. November erfahren mussten. Der Rechnungshof hat die Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung übrigens ebenfalls empfohlen.

Statt heute schöne Worte zu machen,

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

sollte die Regierung lieber des Öfteren die Empfehlungen des Rechnungshofs umsetzen.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Das sieht man auch an einem anderen Beispiel. Mit Rekordsteuereinnahmen gehen Rekordzahlungen in den Länderfinanzausgleich einher. Doch die notwendige Reform wird von rot und grün geführten Ländern blockiert. Eine höhere Finanzautonomie mit eigenen Hebesätzen – etwa auf die Einkommensteuer – lehnt auch die baden-württembergische Regierung ab. Wenn es um das eigene Staatsäckel geht, ist Transparenz bei Grün-Rot unerwünscht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

So erklärt sich auch das eigentümliche Bild beim Thema Neuverschuldung. Noch im kommenden Jahr sollen unnötige Schulden aufgenommen werden. Dann aber geht man mit der alten Mär hausieren, der schleppende Schuldenabbau sei Erblasten geschuldet.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, natürlich! Was denn sonst? – Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Doch ich sage Ihnen: Mit dieser allzu offensichtlichen Geschichte werden Sie die Menschen in Baden-Württemberg nicht täuschen können.

(Zuruf von der SPD: Thema verfehlt!)

Wir haben heute Morgen ein Feuerwerk von Zitaten erlebt. Deswegen möchte auch ich jetzt am Schluss der Debatte ein

Zitat bemühen. Es stammt von Abraham Lincoln. Schon er hat gesagt:

*Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen.*

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das gilt auch für Ihre Regierung.

(Zuruf des Abg. Hans-Martin Haller SPD)

Darum sage ich es noch einmal: Setzen Sie öfter einmal einen Vorschlag des Rechnungshofs um. Dann haben Sie eine substanzielle Verbesserung im Haushalt erreicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sagen Sie einmal, in wie vielen Parlamenten sitzen Sie eigentlich noch? – Zuruf von der SPD: FDP – „Fast Drei Prozent“!)

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 11 – Rechnungshof. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6011.

Ich rufe zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Sind Sie damit einverstanden, über die Nummern 1 bis 3, also Kapitel 1101 – Rechnungshof –, Kapitel 1102 – Allgemeine Bewilligungen – und Kapitel 1103 – Staatliche Rechnungsprüfungsämter –, gemeinsam abzustimmen? – Das ist der Fall.

Ich rufe auf

Kapitel 1101 bis Kapitel 1103

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 1101 bis 1103 des Einzelplans 11 einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6011. Der Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 13. November 2014, Drucksache 15/5964, soweit diese den Einzelplan 11 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Damit sind wir, meine Damen und Herren, am Ende der Beratung des Einzelplans 11 und somit auch am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Plenarsitzung findet morgen, 11. Dezember 2014, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 19:56 Uhr**